

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## MAGA

*Torben Lütjen*

AUF DEM WEG IN DEN  
AUTORITÄREN STAAT?

*Michael Hochgeschwender*

ZUR GESCHICHTE  
US-AMERIKANISCHER  
NATIONALISMEN

*Manfred Berg*

TRUMPS AUFSTIEG  
UND COMEBACK IN EINER  
POLARISIERTEN GESELLSCHAFT

*Monika L. McDermott*

MÄNNLICHKEIT IN DER  
AMERIKANISCHEN POLITIK

*Peter Rough*

COULD THIS BE GREAT?  
TRUMP ALS CHANCE

*Jana Puglierin*

NOCH ALLIIERTE  
ODER SCHON GEGNER?  
EUROPA IM ZEITALTER  
VON TRUMP 2.0

*Angela Stanzel*

TRUMP UND DER  
SYSTEMKONFLIKT ZWISCHEN  
DEN USA UND CHINA

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung  DASPARLAMENT



# MAGA

## APuZ 20/2025

**TORBEN LÜTJEN**

**AUF DEM WEG IN DEN AUTORITÄREN STAAT?**  
Die USA sind gerade dabei, sich aus dem Kreis der liberalen Demokratien zu verabschieden. Die entscheidende Frage aber ist, ob diese Entwicklung unumkehrbar ist. Sind die USA dauerhaft auf dem Weg in die Autokratie? Oder wird sich die Demokratie behaupten können?

**Seite 04–09**

**MICHAEL HOCHGESCHWENDER**

**ZUR GESCHICHTE US-AMERIKANISCHER NATIONALISMEN**

Wie ordnet sich der offenkundige Nationalismus der MAGA-Anhänger in die Geschichte nationaler Selbstverständigungsdiskurse ein? Der Glaube an den eigenen Exzeptionalismus, weiße Vorherrschaft und „America First!“ sind historisch gesehen keine Neuigkeiten.

**Seite 10–16**

**MANFRED BERG**

**TRUMPS AUFSTIEG UND COMEBACK IN EINER POLARISIERTEN GESELLSCHAFT**

Trumps Siegeszug ist nur vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen politischen und gesellschaftlichen Polarisierung der USA zu verstehen, die auch den Charakter der Parteien veränderte. Wie die amerikanische Demokratie in Zukunft funktionieren kann, ist offen.

**Seite 17–23**

**MONIKA L. MCDERMOTT**

**MÄNNLICHKEIT IN DER AMERIKANISCHEN POLITIK**

Trumps Wahlsiege 2016 und 2024 sind auch auf eine Krise der Männlichkeit zurückzuführen. Die Globalisierung und die Ausweitung von Frauen- und Minderheitenrechten haben ihr zugesetzt. Trumps hegemoniale Männlichkeit verfängt zunehmend auch bei Minderheiten.

**Seite 24–29**

**PETER ROUGH**

**COULD THIS BE GREAT? TRUMP ALS CHANCE**  
Trumps zweite Amtszeit verändert die transatlantischen Beziehungen tiefgreifend. Europa verliert an Bedeutung, während die US-Politik nationalistischer wird. Europa muss pragmatischer, eigenständiger und innovativer werden, um seine Zukunft aktiv mitzugestalten.

**Seite 30–34**

**JANA PUGLIERIN**

**NOCH ALLIIERTE ODER SCHON GEGNER? EUROPA IM ZEITALTER VON TRUMP 2.0**

Wie geht man damit um, wenn die Schutzmacht zum Bully wird? Muss sich Europa notfalls ganz ohne die USA verteidigen können? Europa muss weiterhin konstruktiv mit den USA zusammenarbeiten, zugleich aber dringend die eigene Selbstständigkeit vorantreiben.

**Seite 35–40**

**ANGELA STANZEL**

**TRUMP UND DER SYSTEMKONFLIKT ZWISCHEN DEN USA UND CHINA**

Trumps zweite Amtszeit verschärft den Systemkonflikt zwischen den USA und China: Neben einem Handelskrieg drohen militärische Spannungen im Indopazifik. Für Beijing eröffnet sich die Chance, sich anderen Staaten als zuverlässiger Handelspartner anzubieten.

**Seite 41–46**

# EDITORIAL

Als Donald J. Trump am 20. Januar 2025 in der Rotunde des Kapitols in Washington, D. C. zum zweiten Mal als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt wurde, kündigte er nichts weniger als den Beginn eines „goldenen Zeitalters“ für sein Land an. Was bei Beobachtern wie dem Philosophen Jürgen Habermas „den Eindruck der klinischen Vorführung eines psychopathologischen Falls“ erweckte, erfüllte viele in Trumps Gefolgschaft mit Genugtuung, sprach er doch just an dem Ort, den Anhänger seiner „Make America Great Again“-Bewegung (MAGA) vier Jahre zuvor noch gewaltsam erstürmt hatten, um die demokratische Amtsübergabe nach seiner Wahlniederlage zu verhindern.

Der neue alte Präsident begann umgehend mit der Umdeutung der damaligen Ereignisse und begnadigte mit einer seiner ersten Amtshandlungen mehr als tausend verurteilte Kapitolstürmer. Die dahinterstehende Botschaft – dass für Trump politische Loyalität über dem Recht steht – beunruhigt viele ebenso sehr wie die fast täglichen Nachrichten darüber, wie Justiz, Wissenschaft und Medien von der Trump-Administration unter Druck gesetzt werden. Dabei ist es nicht nur die US-amerikanische Demokratie, die durch die Entscheidungen in Washington Schaden zu nehmen droht. Durch eine erratische Zollpolitik und eine Kriegs- und Krisendiplomatie, die mit öffentlichen Drohungen und Tatsachenverdrehungen operiert, wird die internationale Ordnung insgesamt infrage gestellt.

Während Trump 2017 noch vergleichsweise unvorbereitet ins Amt kam und vielfach auf etabliertes Personal der Republikaner angewiesen war, kann er sich in seiner zweiten Amtszeit stärker auf ein loyal ergebendes Umfeld seiner MAGA-Bewegung stützen. Ausgleichende Faktoren gibt es kaum mehr. Dass diese Konstellation Amerika (wieder) großartig machen wird, scheint eher zweifelhaft.

*Johannes Piepenbrink*

# AUF DEM WEG IN DEN AUTORITÄREN STAAT?

## Gefährdungen und Selbstbehauptung der US-Demokratie

*Torben Lütjen*

So sehr man sich auch zwickelt, man wacht doch nie auf. Denn all das ist wirklich passiert: Donald Trump, im Januar 2021 mit Schimpf und Schande aus Washington verabschiedet, weil er in der Parodie einer Revolution einen Mob mit seinen Anhängern auf das Kapitol kommandierte, um den friedlichen Machtwechsel zu torpedieren, sitzt nicht etwa im Gefängnis, sondern wieder im Oval Office. Dort angekommen, hat er als erstes eben jene Kapitolstürmer, die in seinem Namen Gewalt ausgeübt haben, begnadigt und lässt dafür im Gegenzug jene Beamten von FBI und Justizministerium durchleuchten, die zuvor diesen Angriff auf das Herz der amerikanischen Demokratie untersucht hatten. Unterdessen hat er Elon Musk, den reichsten Mann der Welt, der seinen Wahlkampf mit schätzungsweise 270 Millionen US-Dollar finanziert hat, mit verfassungsrechtlich unklaren Sondervollmachten ausgestattet, um den amerikanischen Behördenapparat auseinanderzunehmen.

Halten wir daher fest, was vor einem Jahr noch immer ziemlich kühn, vor fünf Jahren als möglich, aber doch unwahrscheinlich, vor einem Jahrzehnt allerdings nach einer Hollywood-Dystopie geklungen hätte: dass die USA wohl gerade dabei sind, sich aus dem Kreis der liberalen Demokratien zu verabschieden. Die entscheidende Frage aber ist eben, ob diese Kehrtwende unumkehrbar ist. Sind die USA dauerhaft auf dem Weg in die Autokratie?

Um die unbefriedigende Schlussfolgerung vorwegzunehmen: Was auf den nächsten Seiten folgt, ist eine ziemliche Kaffeesatzleserei. Die Sozialwissenschaften sind ohnehin mit einer bescheidenen Prognosefähigkeit ausgestattet. Aber in diesem Fall ist die Frage besonders diffizil, weil, so jedenfalls meine These, in Wahrheit wenige Vergleichsmaßstäbe zur Verfügung stehen – nicht einmal für Trump selbst. Die Schwierigkeit unserer Frage liegt darin, dass seine Politik sich zwar einreihen mag in andere Versuche, Demokratien autoritär zu

überformen – so wie es in Ungarn, Polen, Venezuela oder der Türkei passiert ist. Aber der Staat und die Zivilgesellschaft, auf die der Autokrat Trump trifft, sind dann doch von einem anderen Kaliber.

Um zumindest eine Annäherung an diese Frage zu versuchen, gehe ich in einem Dreischritt vor: Zunächst werde ich Trumps erste Amtszeit nochmals kurz analysieren, um zu zeigen, dass die Demokratie von 2017 bis 2021 zwar unter Druck stand, aber nicht ernsthaft in Gefahr war. Dies bereitet auf den zweiten Schritt vor, in dem ich die Ausgangsbedingungen und Konstellationen der zweiten Präsidentschaft in den Blick nehme. Auf diese Weise entsteht ein drastischer Kontrast, der verdeutlicht, dass dieses Mal (fast) alles anders ist: Im Unterschied zu Trump 1.0 haben sich bei Trump 2.0 längst die Konturen eines Projektes zum autoritären Staatsumbau herausgeschält. Es gilt dabei, die Ideen, Strategien und Akteure dieses Projektes zu identifizieren. Im dritten Schritt geht es dann darum, die Immunkräfte der amerikanischen Gesellschaft und des US-Institutionensystems zu ergründen und zu fragen: Wie stehen die Chancen für das Überleben der US-Demokratie?

### TRUMP 1.0: RHETORISCHER AUSNAHMEZUSTAND

Gewiss sollte man nicht den Fehler begehen, Trumps erste Amtszeit im Nachhinein zu verklären. Seine Sprache sprengte schon damals alle Dimensionen des politischen Anstandes: Die Medien bezeichnete er ganz in der Diktion eines Joseph Goebbels als „Volksfeinde“. Er beschimpfte die Justiz und versuchte, das unabhängige Justizministerium zu Ermittlungen gegen seine politischen Widersacher anzustiften.

Doch blieb stets dieser Widerspruch: Rhetorisch schien Trump pro Tag einen Verfassungs-

bruch zu begehen; faktisch passierte aber wenig, was einen wirklich um den Schlaf brachte. Weder ignorierten er und seine Regierung die Urteile der Justiz, noch führten seine Attacken auf die „New York Times“ oder CNN zu tatsächlichen Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Und gegen die ehemalige US-Außenministerin und demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton strengte das US-Justizministerium ebenso wenig ein Verfahren an wie gegen sonst irgendjemanden, mit dem Trump über Kreuz lag und dessen Inhaftierung er im Wahlkampf noch versprochen hatte. Erst am Ende seiner Amtszeit rüttelte Trump an den *checks and balances* der US-Verfassung, als er mit allen Mitteln versuchte, die Wahlniederlage abzuwenden. Aber auch das misslang: Die Gerichte einschließlich des Supreme Court ließen seine teils abstrusen Klagen gar nicht erst zu, und auch seine Versuche, diverse republikanische Politiker aufzufordern, ihm die benötigten Stimmen in einzelnen Bundestaaten „irgendwo zu finden“, scheiterten allesamt kläglich.

Letztlich nämlich war Trump während seiner ersten Amtszeit politisch ziemlich isoliert. Seine Inszenierung als Außenseiter entsprach insofern immerhin der Wahrheit: Er war 2017 ohne wirklich loyale Gefolgschaft ins Amt gestolpert. Er hatte zwar eine riesige Fan-Basis, aber daraus ließ sich (noch) kein politisches Personal rekrutieren. Trump blieb angewiesen auf die Personallisten des Establishments der Republikanischen Partei, auf denen sich gewiss genügend ideologisch verlässliche und stramme Konservative fanden – aber eben keine blinden Loyalisten, die seinen Antipluralismus, seine Paranoia oder seine Neigung zum Rechtsbruch teilten und mitmachten.<sup>01</sup>

Trump hatte eben nicht in die Wege geleitet, was der Führer einer faschistischen Massenbewegung – den viele schon damals in ihm sahen –, natürlich sofort getan hätte: den Staatsapparat so weit wie möglich mit den eigenen Gefolgsleuten zu bestücken. Deshalb besaß er auch zum Zeitpunkt seiner Wahlniederlage 2020 keine Hebel. Für einen koordinierten Angriff auf die Demokratie hätte es in seinem Umfeld überdies ein weithin geteiltes, gemeinsames ideologisches Grundverständnis geben müssen. Das hätte bedeutet, dass Trump sich selbst ideologisch verorten und eine Idee hätte

vorgeben müssen, die über ihn als Person hinausgereicht hätte. Daran aber mangelte es durchweg.

Es war insofern kein Zufall, dass sein Berater Steve Bannon rasch aus seinem engsten Kreis entfernt wurde – war er doch derjenige in Trumps Umfeld, der ein ideologisches Projekt verfolgte, das nicht allein auf Trump zugeschnitten war. Instinktiv hatte der Präsident erkannt, dass ein Ideologe wie Bannon, der als ehemaliger Betreiber der rechtspopulistischen Website „Breitbart“ unmittelbaren Zugang zum Denken und zur Meinungsbildung des harten Kerns von Trumps politischer Basis besaß, eine Gefahr für seinen rein auf persönlicher Loyalität beruhenden Herrschaftsstil war. Wollte man Trumps politischen Führungsstil in seiner ersten Amtszeit analytisch einordnen, stößt man daher auf zahlreiche Widersprüche. In seinem Amts- und Politikverständnis ähnelte er eher einem vormodernen Monarchen als den Erdogans oder Orbáns der Gegenwart – ganz zu schweigen von den Hitlers und Mussolinis der europäischen Zwischenkriegszeit.<sup>02</sup>

Aber was ist, mögen nun einige einwenden, mit dem 6. Januar 2021, dem Sturm auf das Kapitol? Ist das nicht der Beweis, dass bereits Trump 1.0 einen *regime change* versuchte? Natürlich hat Trump gezeigt, dass ihm sein persönlicher Machterhalt über alles geht. Gleichzeitig jedoch fügte sich der Sturm auf das Kapitol in seinem Dilettantismus, seiner Ziellosigkeit, seiner Spontaneität nahtlos in diese Präsidentschaft ein. Bei der Mehrzahl jener, die an diesem Tag ins Kapitol eindringen, handelte es sich nicht um dezidierte Antidemokraten. In ihrer bizarren Eigenwahrnehmung hielten sie sich gerade für das letzte Aufgebot zur Verteidigung der Demokratie. Sie träumten von keiner anderen politischen Ordnung, sondern davon, dass Trump die Wahlen in Wahrheit gewonnen hatte. Es gibt keinen Grund, das zu verharmlosen. Und doch bleibt festzuhalten, dass am 6. Januar 2021 keine revolutionäre Bewegung auf den Plan getreten war, die eine alternative Regierungsform etablieren wollte.

## TRUMP 2.0: KONTUREN DES KOMPETITIVEN AUTORITARISMUS

Damit sind wir beim entscheidenden Unterschied zur Gegenwart. Dieses Mal ist da mehr als reine

<sup>01</sup> Insgesamt zur ersten Präsidentschaft Trumps vgl. Torben Lütjen, *Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert*, Darmstadt 2020.

<sup>02</sup> So schon recht früh und sehr klug: Dylan Riley, *What Is Trump?*, in: *New Left Review* 114/2018, S. 5–31.

Rhetorik; der Angriff auf die Demokratie ist real. Dabei sollte man zunächst allerdings eine Option vom Tisch nehmen: Was in den USA nicht droht, ist die totalitäre Gleichschaltung. Die USA werden kein Ein-Parteien-Staat werden, und im November 2028 werden freie Wahlen stattfinden. Ebenso wird es keine Masseninhaftierung politischer Oppositioneller geben. Die „New York Times“ wird auch zukünftig erscheinen und kein Propagandaministerium ihre Meinungsseite redigieren. Die USA werden nach vier Jahren Trump nicht Russland sein, geschweige denn Hitler-Deutschland oder eine andere faschistische Diktatur.

Abgesehen davon, dass eine solche Totaltransformation der amerikanischen Gesellschaft innerhalb von vier Jahren unmöglich wäre, sprengen solche Szenarien vermutlich selbst den politischen Horizont und die Absichten jener, die in Trumps zweiter Amtszeit tatsächlich das Projekt eines autoritären Staatsumbaus verfolgen. Doch ein Grund zur Entwarnung ist das nicht. Das Vorbild ist nicht Berlin 1933, sondern Budapest 2010: das Jahr, in dem der ehemals liberale ungarische Politiker Viktor Orbán zum zweiten Mal Ministerpräsident seines Landes wurde. Denn seit eben jenem Jahr arbeiten Orbán und seine rechtspopulistisch transformierte Fidesz-Partei planvoll am autoritären Staatsumbau. Fast alle, die in Trumps Umfeld an der Agenda für die zweite Amtszeit gearbeitet haben, sehen in Orbán ein Vorbild.

Da ist etwa Russell Vought, der nicht nur in seiner Rolle als Direktor des Office of Management and Budget enormen Einfluss besitzt. Er hat in den Jahren der Opposition vor allem das „Project 2025“ koordiniert, eine Art Regierungsmanifest, von dem sich Trump im Wahlkampf noch pflichtschuldig distanzierte – dessen Spuren sich aber schon in den ersten zwei Monaten des Regierungshandelns überdeutlich zeigten. Denn dort wird überraschend genau beschrieben, wie der Staat instrumentalisiert werden soll, um den politischen Feind zu neutralisieren. Vought, aber auch andere Intellektuelle im Umfeld der Regierung, stehen für einen bemerkenswerten Wandel. Jahrelang konnten Konservative gar nicht paranoid genug sein, wenn es darum ging, vor der Allmacht des Staates zu warnen: „Der Staat ist nicht die Lösung, sondern das Problem“, sagte etwa Ronald Reagan. In den vergangenen Jahren aber hat eine Radikalisierung stattgefunden und ist ein neuer Typus von „postliberalen“ Intellektuellen aufgetreten, die den Staat und die Gesell-

schaft dermaßen von staatsgläubigen Bürokraten und „woken“ Akademikern durchzogen sehen, dass die alten Rezepte – Schrumpfung des Staates einerseits, Rückbesinnung auf moralische christliche Werte andererseits – ihnen nicht mehr ausreichen. Jetzt geht es darum, den Staat selbst zum Instrument zu machen, um die so empfundene kulturelle Hegemonie des linken Amerikas zu brechen.<sup>03</sup> Dafür hat unter anderem die mit Vought eng verbundene Heritage Foundation, ein rechter Thinktank, schon Monate vor der Wahl 2024 damit begonnen, bis zu 50 000 Menschen zu identifizieren, die für eine künftige Trump-Regierung arbeiten könnten.

Es geht also um einen langfristigen Umbau. Eben das ist der große Unterschied zwischen der autokratischen Welle der vergangenen zwei Jahrzehnte, die Trumps Leuten als Blaupause dient, und der Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts: Bis 1945 nämlich gingen Demokratien schnell, laut und offensichtlich zu Ende. Häufig bedeutete das einen Staats- oder Militärstreich, bei dem Panzer durch die Straßen rollten, Rundfunkanstalten besetzt, Parlamente aufgelöst, Regierungschefs verhaftet oder in einen sehr langen „Urlaub“ geschickt wurden.<sup>04</sup> Die demokratische Regression des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts aber vollzieht sich anders, ob es nun Orbáns Ungarn, das Venezuela des Hugo Chávez, das Peru Alberto Fujimoris oder das Polen der PiS-Partei ist: Sie alle wurden demokratisch ins Amt gewählt, oft auch mehrmals in diesem bestätigt, und das teilweise mit großen Mehrheiten. Es geht also um das, was in der politikwissenschaftlichen Literatur als *executive takeover* bezeichnet wird: die Aushebelung der Demokratie durch eine demokratisch ins Amt gelangte Regierung.<sup>05</sup>

Die politischen Systeme, die in diesem Transformationsprozess entstehen, sind hybrid: Weder handelt es sich um lupenreine Demokratien, noch sind sie so repressiv und autoritär wie die Diktaturen der Vergangenheit. Unter den vielen Bemühungen, diese Regimetypern zu vermessen, sticht vor allem der Versuch der Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Lucan Way hervor, die von

**03** Vgl. Daniel Luban, *Among the Post-Liberals*, in: *Dissent* 1/2020, S. 162–170.

**04** Vgl. hierzu vor allem Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *How Democracies Die*, New York 2018.

**05** Vgl. Milan W. Svobik, *Polarization versus Democracy*, in: *Journal of Democracy* 3/2019, S. 20–32.

einem *competitive authoritarianism* sprechen: ein System, in dem weiterhin freie Wahlen stattfinden, in dem jedoch das Spielfeld und die Spielregeln dermaßen verzerrt sind, dass es der Opposition mindestens stark erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht ist, überhaupt noch Wahlen zu gewinnen. Die formale Architektur der Demokratie bleibt bestehen – Wahlen, Mehrparteiensysteme, vordergründig auch Elemente der Gewaltenteilung –, aber die Parteien an der Regierung nutzen die Macht über den Staatsapparat, um ihre politischen Gegner einzuschüchtern, zu isolieren und Teile ihrer Arbeit für illegal zu erklären.<sup>06</sup>

Und so viel lässt sich bereits nach drei Monaten von Trumps zweiter Amtszeit sagen: Der Präsident und seine Gefolgsleute geben sich alle Mühe, diesem Drehbuch zu folgen. Der erste logische Schritt ist dabei der Versuch, die Behörden überhaupt erst einmal zu politisieren und damit zu Werkzeugen der eigenen Interessen zu machen. Schon in den letzten Zügen seiner ersten Amtszeit hatte Trump versucht, mit einem verfassungsrechtlich fragwürdigen Instrument namens „Schedule F“ den Beamtenapparat umzubauen.<sup>07</sup> Eigentlich ist nämlich nur eine begrenzte – wenngleich im internationalen Vergleich noch immer beachtliche – Zahl von etwa 4000 Beamten als „politische Ernennungen“ deklariert und damit von einer neuen Regierung einfach auszutauschen. Mit „Schedule F“ aber sollte diese Zahl auf rund 50 000 Beamte ansteigen. Im Januar 2025 hat Trump als eine seiner ersten Amtshandlungen eine abgewandelte Version von „Schedule F“ angeordnet. Und damit nicht genug: Parallel hat er – ohne klare verfassungsrechtliche Grundlage – Tesla-Chef Elon Musk als externen Regierungsberater einer Scheinbehörde namens „Department of Government Efficiency“ damit beauftragt, die Bundesbehörden auf Verschwendung von Steuergeldern zu durchforsten. Auch dabei geht es vielfach um die Entlassung von Bundesbeamten, und das Endziel ist wohl weniger die tatsächliche Einsparung von Finanzmitteln, sondern ebenfalls die Säuberung des Staatsapparats von unliebsamen Mitarbeitern.

**06** Vgl. Steven Levitsky/Lucan A. Way, *Elections Without Democracy: The Rise of Competitive Authoritarianism*, in: *Journal of Democracy* 2/2002, S. 51–65.

**07** Vgl. Donald P. Moynihan, *Public Management for Populists: Trump's Schedule F Executive Order and the Future of the Civil Service*, in: *Public Administration Review* 1/2022, S. 174–178.

Und das ist erst der Anfang. Denn während die Trumpisten die Manipulation durch den *deep state* beklagen und seine Vordenker von der Zerschlagung des „Verwaltungsstaates“ fabulieren, ist es in Wahrheit ihr Wunsch, den Staatsapparat für die autoritäre Umformung in Stellung zu bringen. Levitsky und Way haben jüngst dargelegt, mit welchen Methoden andere Demokratien bereits auf diese Weise ausgehöhlt wurden, und welche davon auf die USA zu übertragen wären.<sup>08</sup> Da wäre etwa das beliebte Mittel, Oppositionspolitiker vom Finanzamt durchleuchten zu lassen und sie dadurch einzuschüchtern oder, falls man fündig wird, gleich aus dem politischen Wettbewerb auszuschließen. Da die Trump-Regierung nicht die Gerichte kontrolliert, werden die meisten dieser Versuche vielleicht nicht zu Verurteilungen führen – aber allein die Drohung zeigt oft Wirkung, wie das Beispiel der Türkei unter Erdoğan zeigt. Andere Instrumente, die wir aus dem Repertoire des kompetitiven Autoritarismus kennen, sind ähnlich wenig subtil, und doch raffinierter als die rohe Staatsgewalt, die frühere Diktaturen anwendeten, um ans Ziel zu gelangen. Zu nennen sind etwa die Erschwerung der Vergabe von Sendelizenzen für kritische Medien, die Entziehung von Staatsaufträgen für Unternehmen, die negativ auffallen, oder die Streichung von Fördermitteln für Universitäten, die Protest gegen die Regierung zulassen.

Als hätten Trump und sein Team eine Gebrauchsanleitung bekommen, sind die meisten dieser Maßnahmen bereits in Ansätzen zu beobachten. So wurden Universitäten mit Auflagen belegt, deren Verletzung den Entzug von Fördermitteln nach sich zieht, und der Sender ABC hat sich schon vor der Inauguration auf einen 15 Millionen US-Dollar teuren Vergleich mit Trump eingelassen, nachdem dieser eine Verleumdungsklage angestrengt hatte. Eine besondere Gravitationskraft scheint die Regierung auf die Wirtschaftselite auszuüben. Nicht nur, aber vor allem die großen Tech-Konzerne üben sich in Opportunismus. In einem Fall von vorauseilendem Gehorsam hat etwa der Eigentümer der „Washington Post“, der Amazon-Gründer Jeff Bezos, die Zeitung teilweise auf Regierungslinie gebracht, indem fortan nur noch Meinungsstücke veröffentlicht werden sollen, die die Vorzüge freier Märkte lobpreisen.

**08** Vgl. Steven Levitsky/Lucan A. Way, *The Path to American Authoritarianism*, in: *Foreign Affairs* 2/2025.

Dass seine Zeitung in der Folge Hunderttausende Abonnenten verloren hat, wird er verschmerzen; wichtiger ist ihm das milliarden schwere Cloud-Geschäft mit Amazon und vor allem Staatsaufträge für seine Raketenfirma Blue Origin.

## DEMOKRATISCHE RESILIENZ

Mit keiner der Maßnahmen aus dem Arsenal des kompetitiven Autoritarismus hört die Demokratie sofort auf zu existieren. Aber gerade das ist das Türkische – denn es erschwert die Entscheidung, ab wann wirklich energischer Widerstand geboten ist: Protest, ziviler Ungehorsam, vielleicht sogar ein Generalstreik. Den Bürgern in Demokratien, die sich schleichend in Autokratien verwandeln, kann es daher ergehen wie dem Frosch im sich langsam erhitzenden Kochtopf, der zunächst nicht merkt, wie die Temperatur steigt, bis es plötzlich zu spät ist. Welche Akteure und Faktoren aber sind es, die zur Resilienz der US-Demokratie beitragen?

### Schlafender Riese Zivilgesellschaft

Derzeit – im Frühjahr 2025 – scheint die Opposition zu Trump 2.0 noch äußerst gering. In auffälligem Kontrast zu seiner ersten Amtszeit kam der Protest dieses Mal mit Verspätung und blieb bisher – angesichts der Dramatik der Lage – auch eher verhalten. Und dennoch bleibt festzuhalten: Grundsätzlich verfügen die USA über eine enorm vielfältige und potenziell mobilisierbare Zivilgesellschaft mit Tausenden gut finanzierten und schlagkräftigen Organisationen. Die gewaltigen Proteste im Sommer 2020 gegen Rassismus und Polizeigewalt haben gezeigt, dass die Straße ganz gewiss nicht der politischen Rechten gehört.

Insofern sind die Protesttraditionen und -ressourcen in den USA nicht zu vergleichen mit Ländern, die erst wenige Jahre demokratisch waren, bevor sie wieder autokratische Züge annahmen. Und das gilt für viele Institutionen des amerikanischen Lebens, auch für das Mediensystem, dem unrühmlichen Beispiel der „Washington Post“ zum Trotz. Das gilt auch für einen anderen Anker des liberalen Amerikas, nämlich die vielen sagenhaft reichen Privatuniversitäten des Landes. Zwar kam es auch dort bereits zu einigen Kotaus, weil die Kürzung von Bundeszuschüssen in Milliardenhöhe für die Forschung durchaus Schaden anrichtet. Insgesamt aber bleiben Harvard, Yale, Princeton und viele andere mit ihren Hunderten von Milliarden an Stiftungsvermögen wichtige liberale Player.

### Starke Stellung der Justiz

Nirgendwo sonst wurde die Diskrepanz zwischen Trumps Worten und seinen Taten während seiner ersten Amtszeit so deutlich wie bei seinem Umgang mit der Judikative. Denn Richter, die seiner Politik Grenzen setzten, überzog er mit maßlosen Anschuldigungen – und akzeptierte faktisch doch jedes ihrer Urteile. Schon jetzt wird deutlich, dass es dieses Mal dramatischer wird, denn die Regierung hat bereits damit begonnen, richterliche Anordnungen zu ignorieren.<sup>09</sup>

Die „Dritte Gewalt“ nimmt im US-amerikanischen Institutionensystem der *checks and balances* fraglos einen herausragenden Platz ein.<sup>10</sup> Da ist nicht nur der Supreme Court als letzte Instanz und Hüter der Verfassung, sondern auf einer Ebene darunter gibt es über das ganze Land auf die Bezirke verteilte Bundesgerichte, die sich ebenfalls direkt mit den Entscheidungen der Bundesexekutive befassen und bereits zahlreiche Exekutivanordnungen Trumps gestoppt haben. Früher oder später werden alle diese gerichtlichen Anordnungen, gegen die wiederum die Trump-Regierung klagt, doch vor dem Supreme Court landen. Viele Beobachter versprechen sich hier schon lange keine Schützenhilfe mehr gegen Trumps ausufernde Machtambitionen: Denn seitdem dieser – ein unwahrscheinlicher wie historischer Glücksfall für ihn – während seiner ersten Amtszeit gleich drei der neun auf Lebenszeit ernannten Richter neu nominieren durfte, haben Konservative dort eine satte Sechs-zu-drei-Mehrheit. Diese zahlte sich für Trump bereits vor allem im Urteil „Trump vs. United States“ vom Juni 2024 aus, als der Supreme Court entschied, dass Präsidenten für Amtshandlungen Immunität genießen. Trump wurde damit zum einen vor weiterer Strafverfolgung im Zusammenhang mit dem Sturm aufs Kapitol geschützt, zum anderen erhielt er sehr freie Hand, was sein künftiges Regierungshandeln angeht.

Ganz so hoffnungslos muss man die Lage allerdings nicht sehen: Als Trump 2020/21 seine Klagen wegen vermeintlichen Wahlbetrugs anstrengte, setzte es vom Supreme Court eine Zu-

<sup>09</sup> Vgl. Luke Broadwater/Albert Sun/Annie Correal, A Judge Ordered Deportation Planes to Turn Around. The White House Didn't Listen, 17.3.2025, [www.nytimes.com/2025/03/17/us/politics/timeline-trump-deportation-flights-el-salvador.html](https://www.nytimes.com/2025/03/17/us/politics/timeline-trump-deportation-flights-el-salvador.html).

<sup>10</sup> Vgl. Stephen Gardbaum, Courts and Democratic Backsliding: A Comparative Perspective on the United States, in: Law & Policy 4/2024, S. 349–357.

rückweisung nach der anderen. Im März dieses Jahres schließlich folgte eine scharfe Klarstellung von *Chief Justice* John Roberts, dem Vorsitzenden des Supreme Court, nachdem Trump seine Anhänger aufgestachelt hatte und ein Amtsenthebungsverfahren für ihm nicht genehme Richter forderte: Das Rechtssystem, so Roberts, sei zu achten, der etablierte Weg sei einzuhalten. Grundsätzlich gilt: Institutionen haben in der Regel ein Interesse am eigenen Überleben sowie an der eigenen Relevanz und Wirksamkeit, und das dürfte auch für Richter des Supreme Court gelten. Auch hier ist der Ausgang letztlich offen, aber dass Trump den Supreme Court umstandslos zum Agenten seiner Interessen macht, ist zumindest nicht ausgemacht.

#### Macht der Einzelstaaten

Nichts durchzog schon die Diskussion zur Gründung der Vereinigten Staaten so sehr wie die Furcht vor einer zu starken Zentralregierung. Als Konsequenz wurde in den USA ein föderaler Bundesstaat gegründet, der den Einzelstaaten große Eigenkompetenzen zuweist. Das ist fraglos ein potenzieller Schutzwall gegen Autokratisierungstendenzen, den es in stärker zentralisierten Staaten so nicht gibt.<sup>11</sup> Per Verfassung sind viele Entscheidungskompetenzen bei den Bundesstaaten und nicht in Washington angesiedelt, von der Bildungs- bis zur Steuerpolitik. Diese Autonomie erstreckt sich beispielsweise auch auf die Bestimmungen, die den Ablauf von Wahlen klären, deren Regeln oder Zugangsbeschränkungen nicht von Washington gesteuert werden können.

Das Gleiche gilt für Verfassungsänderungen. Abgesehen davon, dass es hierfür auch im Kongress eine unrealistische Zweidrittelmehrheit geben müsste, müssten außerdem drei Viertel der Bundesstaaten zustimmen – auch dies scheint für Trump derzeit unerreichbar. Insofern wir aber davon ausgehen, dass Trump keine offene Militärdiktatur anstrebt, bräuchte er – wie dies eben bei Chávez, Orbán oder Erdoğan der Fall war – tatsächlich Verfassungsänderungen zur institutionellen Absicherung einer autoritären Herrschaft.

<sup>11</sup> Sehr überzeugend bereits in Bezug auf die Präsidentschaftswahl 2020: David Landau/Hannah J. Wiseman/Samuel Wiseman, *Federalism, Democracy, and the 2020 Election*, in: *Texas Law Review Online* 99/2021, S. 96–121.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Zugegeben: Weder einzeln noch in Summe kann irgendeiner dieser Punkte wirklich beruhigen. Es gibt keine noch so kluge Verfassungsordnung, die den Schutz der Demokratie garantieren kann. Der Satz von „den Institutionen“, die hoffentlich halten werden, entpuppt sich bei tieferem Nachdenken als hohl: Denn es sind ja immer die Menschen in diesen Institutionen, von denen abhängt, ob die Demokratie verteidigt wird. Daher, auch wenn es reichlich pathetisch klingt: Es liegt an den Amerikanern selbst, ihre Demokratie zu verteidigen.

In dieser Hinsicht, das sollte bis hierhin deutlich geworden sein, ist durchaus Skepsis angebracht. Breiterer zivilgesellschaftlicher Protest ist bislang ausgeblieben. Aber gerade das dürfte nicht ewig so bleiben – auch weil sich die Situation in den USA in einem weiteren Punkt wesentlich von der in Venezuela oder Ungarn unterscheidet: Anders als Chávez oder Orbán ist Trump nicht besonders populär. Im März 2025 lag die Zustimmung zu seiner Amtsführung bei nicht einmal 46 Prozent – und das in der Frühphase der Präsidentschaft, die eigentlich als Honeymoon für die Amtsinhaber gilt.

Mehr noch: Die Wahl 2024 gewann er ja nicht allein dank seiner Hardcore-MAGA-Basis. Unter seinen Wählern waren auch viele, die schlicht von den Demokraten enttäuscht oder von der im Land grassierenden Inflation zutiefst verunsichert waren. In vielen Bevölkerungsgruppen interessiert man sich nicht besonders für vermeintlich „woke“ Universitäten oder den Kampf um die Rechte für Transpersonen. Auch die von Trump ins Spiel gebrachte Annexion Grönlands oder Kanadas ist kein Aufreger bei jenen, die nicht wissen, wie sie ihre Kredite abbezahlen oder den College-Besuch ihrer Kinder finanzieren sollen. Fast alles, was Trump seit dem erneuten Einzug ins Weiße Haus getan hat, zielte zuvorderst darauf, seine geifernde Basis zu befriedigen. Sollte aber die Inflationsrate in den USA nicht runtergehen und werden die versprochenen Industriearbeitsplätze nicht zurückkehren, wird sich die Stimmung drehen – und spätestens dann werden sich auch den Demokraten neue Möglichkeiten zur Mobilisierung und zum Widerstand eröffnen.

#### TORBEN LÜTJEN

ist Politikwissenschaftler und Professor für Partizipations- und Demokratieforschung an der Europa-Universität Flensburg.

# AMERICA FIRST

## Zur Geschichte US-amerikanischer Nationalismen

*Michael Hochgeschwender*

Die politischen Erfolge Donald Trumps und seiner „Make America Great Again“-Bewegung (MAGA) werfen viele Fragen auf. Eine davon bezieht sich auf das Bild von Amerika, um das es den MAGA-Anhängern eigentlich geht. Wie verstehen sie die eigene Nation? Wie ordnet sich ihr offenkundiger Nationalismus in die Geschichte nationaler Selbstverständigungsdiskurse ein?

Als die USA sich am 4. Juli 1776 vom britischen Weltreich unabhängig erklärten, waren sie noch kein Nationalstaat, sondern verstanden sich als lose Konföderation souveräner Einzelstaaten, die identitätspolitisch je auf ihre eigene Geschichte als Kolonie zurückblickten. Erst mit der noch heute gültigen Verfassung von 1787 begannen sich die dreizehn Gründerstaaten zunächst zu einer Union und dann, spätestens seit dem Bürgerkrieg (1861–1865), zu einem Nationalstaat weiterzuentwickeln. Die regierungsamtliche Rede von den USA als „Nation“ tauchte wohl erstmalig im zeitlichen Umfeld der Präsidentschaft des Demokraten Andrew Jackson (1829–1837) auf, der den Begriff aber nur ausnahmsweise verwendete. Noch zu Beginn des Bürgerkrieges sprach man im Norden von der „Union“. Erst Abraham Lincoln (1861–1865), der republikanische Unionspräsident der Bürgerkriegszeit, verwendete ab 1863 konsequent „Nation“, wenn er von den USA sprach.

Obwohl Nation als Konzept also eine vergleichsweise späte Erscheinung in der politischen Semantik der USA war, stellte sich bereits seit dem Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) permanent die Frage nach der Identität der jungen Republik.<sup>01</sup> Noch über weite Teile des 19. Jahrhunderts verblieb diese in einer typischen postkolonialen Situation: Einerseits wollten die Amerikaner endgültig keine Briten mehr sein. Andererseits blieben sie von britischen Investitionen abhängig, und die ideellen Traditionen der transatlantischen Kultur waren weiterhin präsent und wirksam, allen voran das Selbstverständnis,

allein weiße, protestantische Männer seien we sensmäßig für politische Freiheit und ökonomischen Fortschritt geeignet. Es galt, mehrere identitätspolitische Probleme zu lösen: Wie konnten die USA ein eigenes, patriotisches Selbstverständnis erzeugen, welches das britische Erbe integrierte, aber nicht verabsolutierte? Wie konnte man nationalidentitäre Diskurse und Narrative so gestalten, dass Menschen sich über ihren Einzelstaat hinaus mit der Union oder der Nation identifizierten? Und wer war der Gegenstand dieser Identifikation, da von vornherein ein essentialistisch-volksbezogener Nationsbegriff wegen des Interesses an Zuwanderung ausfiel, zumindest für die Mehrheit der Amerikaner?

Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts bildeten sich vielfältig miteinander verflochtene Semantiken nationaler Selbstvergewisserung heraus, die es rechtfertigen, vom US-amerikanischen Nationalismus im Plural zu sprechen. Allerdings sollte man diese Vielfalt nicht überbetonen. In den USA einigte man sich früh auf bestimmte Basismythen, die sich nahezu alle Amerikaner gegenseitig erzählten und die etwa durch das seit den 1830er Jahren präsente öffentliche Schulsystem, die Medienöffentlichkeiten sowie die Armee und andere staatliche Institutionen immer wieder aufgegriffen wurden und dadurch an universeller Verbindlichkeit gewannen.<sup>02</sup> Auf dieser Grundlage entwickelte sich, häufig in Kriegszeiten, eine nationalidentitäre Pfadabhängigkeit, die von der in der modernen Historiografie so gerne verwendeten konstruktivistischen Redeweise von der Nation als „imaginierte Gemeinschaft“ nicht wirklich analytisch eingefangen werden kann.<sup>03</sup> Gleichzeitig blieben diese Mythen, Institutionen und Symbole offen genug für abweichende und rivalisierende, parteipolitisch oder konfessionell konnotierte Interpretationen – oder auch für eine universalistische Erweiterung, etwa durch die Frauen- oder die schwarze Bürgerrechtsbewegung. Daraus

entstand eine politische und soziokulturelle Dynamik, die sich immer wieder gewaltsam entlud. Gewalt wurde mithin zu einem der Kernelemente US-amerikanischer Politik, die ihren spezifischen Austrag insbesondere im 19. und frühen 20. Jahrhundert fand.

## STAAT VS. NATION

Beginnen wir mit der Basismythologie des nationalen Selbstverständnisses der USA, die ihren historischen Ort in der Revolution und der Gründungsphase der Republik zugewiesen bekam. Bereits im Verlauf der Revolution war der Kampf gegen die vorgeblichen Anmaßungen des imperialen Westminsterparlaments zum Befreiungskrieg von der britischen Krone umdefiniert worden. In der Folge wurde auch das Verhältnis von individueller Freiheit, Volkssouveränität und Heiligkeit des Privateigentums (*life, liberty, property*) nochmals enger gedacht. Jede Form von Staatlichkeit und staatlicher Intervention war nunmehr an diesen vorgelagerten, nationalidentitär unumgänglichen Prinzipien auszurichten. Die erste Loyalität gilt entsprechend der Nation und nicht dem Staat oder gar der Regierung.

Um dieses fundamentale Verständnis der Revolution herum lagerten sich sakralisierte Mythen und eine ritualisierte Symbolik. Die Gründerväter um George Washington, Thomas Jefferson, Benjamin Franklin und James Madison wurden allmählich ihrer Individualität entkleidet und zu säkularen Heiligengestalten, die mit zivilreligiösen Ritualen, etwa der Feier des 4. Juli, umgeben und in einer sakralen Bildsprache dargestellt wurden. Bei Bedarf konnten diesem Pantheon neue Heilige zugefügt werden, beispiels-

weise Andrew Jackson, der „Retter der Union“ im Bürgerkrieg, Abraham Lincoln oder später Theodore und dann Franklin D. Roosevelt sowie John F. Kennedy. Sie alle wurden mit dem Nimbus besonderer Weisheit, fast schon übernatürlicher Begabung und intensiver Liebe zur Nation umgeben. Gemeinsam mit den Gründervätern wurde auch die Verfassung in den Rang eines heiligen Textes erhoben, über dessen Interpretation das ebenfalls sakralisierte Oberste Bundesgericht zu befinden hatte. Im Vergleich dazu galt der Kongress, also die Legislative, als ebenso politisch banal wie die jeweils regierenden Administrationen der Exekutive.

Die Mythen um die Gründerväter, die Verfassung und den Supreme Court wurden auch, aber nicht primär über staatliche Institutionen (etwa die Schule) propagiert, ebenso ein Geschichtsbild, in dem die USA immer aufseiten der freiheitsliebenden Guten und Bedrängten im Kampf gegen das Urübel von Despotie, Tyrannei und wirtschaftlicher Unfreiheit standen. Der Historiker Detlef Junker hat dies einmal als die „manichäische Falle“ bezeichnet, in der im Kern eine amerikanische Idealität gegen die als böse begriffene Realität der jeweils Anderen stand, was Kompromisse unmöglich machte und den Expansionismus im Namen der Freiheit und des Privateigentums zusätzlich befeuerte.<sup>04</sup> Man sollte indes nicht vergessen, dass diese mythische Konstellation durchweg umstritten war, da zahlreiche Amerikaner dem mit der Expansion verknüpften militärischen Engagement ablehnend gegenüberstanden und an die Vorstellung appellierten, die USA würden ihrem exzeptionellen Auftrag einzig durch ihre bloße Existenz als moralisches Vorbild für sämtliche anderen Nationen Genüge tun.<sup>05</sup>

## MANIFEST DESTINY UND FRONTIER

Der exzeptionalistische Expansionismus, der auf den Demokraten Jefferson zurückging, fand in zweierlei Hinsicht einen populärkulturellen Ausdruck: einerseits in den seit den 1830er Jah-

**01** Vgl. Michael Hochgeschwender, Auf dem Weg zur unteilbaren Nation. Treuekonzepte und Loyalitätsdiskurse in der US-amerikanischen Geschichte des 19. Jahrhunderts, in: Nikolaus Buschmann/Karl Borromäus Murr, Treue. Politische Loyalität und militärische Gefolgschaft in der Moderne, Göttingen 2007, S. 377–420.

**02** Vgl. u. a. Richard Slotkin, A Great Disorder. National Myth and the Battle for America, Cambridge 2024.

**03** Vgl. Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenschweren Konzepts, Frankfurt/M. 2005. Zu den historiografischen Debatten um nationale Identität vgl. Patrice Higonnet, Attendant Cruelties. Nation and Nationalism in American History, New York 2007; Lloyd Kramer, Nationalism in Europe and America: Politics, Culture, and Identity since 1775, Chapel Hill 2011.

**04** Vgl. Detlef Junker, The Manichean Trap. American Perceptions of the German Empire, 1871–1945, Washington, D.C. 1995.

**05** Zum Konzept des *American Exceptionalism* vgl. die luzide Darstellung von Volker Depkat, American Exceptionalism, Lanham 2021.

ren aufkommenden Diskussionen um das *manifest destiny* (deutsch etwa „offenkundiges Schicksal“),<sup>06</sup> andererseits im Konzept der *frontier*, die der Historiker Frederick Jackson Turner 1893 anlässlich der offiziellen Schließung der „Grenze“ vorstellte.

Beide Ansätze waren eng miteinander verwoben und basierten überdies auf gemeinsamen medialen Narrativen. So entstand die Idee, die amerikanische Nation sei berufen, zumindest den nordamerikanischen Kontinent zivilisatorisch zu durchdringen und zu beherrschen. Im Umkreis der *Young-America*-Bewegung, die der Demokratischen Partei verpflichtet war und ihren Expansionismus teilte, forderte der Publizist John L. O’Sullivan 1836 nicht allein die Annexion von Texas, sondern prägte im Vorfeld des Krieges mit Mexiko 1845 überdies das Konzept des *manifest destiny*. Erst nach dem Bürgerkrieg fand der populärkulturelle Expansionismus seine politische Heimat im Lager der bürgerlich-urbanen Republikaner, als sich der postkolonial-republikanische Unionspatriotismus zu einem imperialen und chauvinistischen Nationalismus europäischer Prägung wandelte. William Henry Seward, der Außenminister Lincolns und Andrew Johnsons, folgte einem regelrechten Masterplan, der sogar die Ziele des *manifest destiny* deutlich überschritt, wenn er neben dem Westen die Annexion Kanadas, Grönlands, Alaskas, der karibischen Inseln und Kubas ins Auge fasste. Nach dem Krieg mit Spanien 1898 rückte ganz Lateinamerika in den Fokus hegemonialer Bestrebungen, und mit Puerto Rico, Guam, Hawaii und den Philippinen annektierten die USA erstmalig Überseegebiete und avancierten zur Kolonialmacht.

Der Übergang vom Unionspatriotismus zum Nationalismus fand seinen weiteren Niederschlag in der von Frederick Jackson Turner propagierten Idee, nationale Identität entstehe nicht in den von Europa durchdrungenen urbanen Zentren an der Ostküste, sondern in der Auseinandersetzung kämpferischer Individuen an der Grenze zur Wildnis, der *frontier*. Diese Grenze wanderte beständig westwärts, und mit ihr wanderten Zivilisation und Fortschritt. Die nationalidentitäre Funktion dieser Erzählung lag darin, dass ihr

zufolge der andauernde Kampf mit der Wildnis einen harten, individualistischen Menschenschlag amerikanischer Prägung hervorbrachte. Auf diese Weise konnten auch Migranten integriert werden, die weder Protestanten noch Angelsachsen waren. Umgekehrt drohte sich die Herstellung nationaler Homogenität erheblich zu erschweren, wenn die *frontier* nicht mehr bestehen würde. So blieb nur der nicht ausgesprochene Schluss, die USA müssten sich gewissermaßen neue Grenzen im steten Fluss suchen. Noch im Intro der TV-Serie „Star Trek“ aus den 1960er Jahren hieß es deswegen konsequent: „Space, the final frontier!“<sup>07</sup>

Weder O’Sullivan noch Turner hatten Gewalt gegen Indianer oder Mexikaner in den Mittelpunkt ihrer theoretischen Konzepte gestellt. Faktisch und kulturell rückte sie jedoch bald ins Zentrum beider Ansätze. Im Falle des *manifest destiny* ergab sich das aus der Sache selbst, bei der Erzählung der *frontier* durch die Verbindung mit älteren populärkulturellen Mythen. Schon in den 1780er Jahren war der Trapper Daniel Boone durch eine romanhafte Biografie als „Indianerkämpfer“ überhöht worden, später folgte die Figur des fiktiven Helden *Leatherstocking* in James Fenimore Coopers gleichnamiger Romanserie. Boone und Lederstrumpf fanden alsbald Gesellschaft in den Revolverhelden der Rancher- und Minenkriege (1865–1920) und den Kämpfern des Westens. Buffalo Bill Cody, Pat Garrett, Wyatt Earp, Billy the Kid und zahllose andere Helden gelangten so zu oft posthumer Popularität. Ihnen allen war ihr ambivalentes Verhältnis zu Zivilisation, Fortschritt und Nationalstaatlichkeit gemeinsam. Sie lebten als ungebundene Einzelgänger jenseits der Staatlichkeit und setzten eine Zivilisation durch, in der sie tragischerweise keinen Ort fanden. Durch Buffalo Bill Cody und seine Wildwest-Show, die selbst in Europa große Erfolge erzielte, wurde der „Wilde Westen“ zum international akzeptierten Nationalmythos und ersetzte gewissermaßen Turners reale Grenze durch eine fiktive. Die USA wurden mithin als Nation staatsferner Individualisten charakterisiert, die aus eigener Kraft ihre Ziele erreichten.

Ähnlich popularisierte der Groschenromanautor Horatio Alger den Mythos *from rags to*

<sup>06</sup> Vgl. Higonnet (Anm. 3), S. 122ff. Zum globalstrategischen Kontext vgl. Michael A. Verney, *A Great and Rising Nation. Naval Exploration and Global Empire in the Early US Republic*, Chicago 2022.

<sup>07</sup> Vgl. Matthew Kapell, *Exploring the Next Frontier. Vietnam, NASA, Star Trek, and Utopia in 1960s and 1970s American Myth and History*, New York 2016.

*riches*, dem gleichfalls eine nationalintegrative, zivilisierende Funktion gegenüber Migranten zukam. Sozialer Aufstieg war, so die Botschaft, in einer kapitalistischen Demokratie einzig eigener harter Arbeit und Leistung geschuldet. Vom Staat war, anders als im Weltbild vieler Europäer, nichts zu erwarten. Die Nation, nicht der Staat schuf demnach die Rahmenbedingungen individuellen Sozialaufstiegs. Und wer scheiterte, war selbst schuld.

## GEWALT UND WHITENESS

Die Gewalt der Nationalmythologien blieb nicht auf den Raum der Fiktion beschränkt, ganz im Gegenteil. Mit ihnen verband sich eine Form kriegerischer Männlichkeit, die deutlich belegt, wie intensiv Nationalismus und Debatten um Genderrollen miteinander verbunden sind.<sup>08</sup> Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde die imperiale, gewaltbereite, weiße Männlichkeit zum nationalen Identifikationsmuster. Immer wieder kam es zu antikatholischen oder antimormonischen, teilweise zu antijüdischen Unruhen; im Süden wurden zwischen 1880 und 1920 über 3200 schwarze Männer rituell gelyncht, um die Rassentrennung aufrechtzuerhalten;<sup>09</sup> Polizisten, Soldaten und Detektive gingen gewalttätig gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vor; im Westen wurden Kleinrancher und Minenarbeiter verstümmelt oder getötet; politische Morde waren an der Tagesordnung. Die in den sogenannten Indianerkriegen aus- und eingeübte Gewalt wurde schließlich exportiert, als beispielsweise die Territorien philippinischer Freiheitskämpfer und später der vietnamesischen Kommunisten als „Apache country“ bezeichnet wurden. Wie gegen die Indianer ging die US-Armee dort mit exzessiver Gewalt gegen das im Sinne der „manichäischen Falle“ als das Böse definierte nichtamerikanische Andere vor. Hier zeigte sich die Vorstellung, die amerikanische Nation regeneriere sich durch permanente Gewalt an der stetig fluiden Grenze.<sup>10</sup>

Im Umfeld des Ersten Weltkrieges erreichte der amerikanische Nationalismus im Sinne eines exklusiven, weißen und protestantischen Nationsbegriffs einen Höhepunkt. Dem Konzept der *whiteness* kam dabei eine systemstabilisierende und identitätsstiftende Funktion zu, die fast wichtiger war als die des Protestantismus:<sup>11</sup> Schon in den 1820er Jahren hatten die Demokraten unter Andrew Jackson das allgemeine Wahlrecht für freie, weiße Männer gegen das Zensuswahlrecht der Besitzbürger durchgesetzt. Um aber Varianten klassenkämpferischen Denkens angesichts der großen Unterschiede in der Eigentumsverteilung abzufedern, betonten die Demokraten fortan die *color line* anstelle der liberalen *class line*. Die Demokratie wurde zur *herrenvolk democracy*, die alleine Weißen die Teilhabe an der politischen, ökonomischen und kulturellen Macht zubilligte. Umso wichtiger wurde die Definition, wer denn eigentlich weiß war. Irische Katholiken und Juden mussten lange darum ringen, als weiß akzeptiert zu werden. Den neu zugewanderten Slawen und Südeuropäern sowie Latinos erging es kaum besser. Nun aber, ab 1914, standen auch Deutsche und Österreicher unter Generalverdacht. Im weißen Nationalismus ging die Parole vom *100 percent Americanism* um, die von sämtlichen Migranten verlangte, ihre Loyalität gegenüber der alten Heimat aufzugeben und sich voll und ganz mit der neuen Nation zu identifizieren. Der demokratische Präsident Woodrow Wilson (1913–1921) brachte dies auf die in New Yorker Medien längst geläufige Kurzformel: *America First!*<sup>12</sup>

Die Variante des ethnisch homogenisierenden und völkisch-essentialistischen Nationalismus wurde durch zwei weitere Momente intensiviert: Zum einen kam 1895 Bewegung in die außenpolitische US-Interessenpolitik. Unter dem Stichwort des *Anglosaxonism* sowie angesichts des politischen und ökonomischen Drucks, der vom gerade gegründeten Deutschen Reich ausging, schlossen sich die USA und Großbritannien militärisch und diplomatisch nach Jahrzehnten bitterer Feindschaft enger zusammen. Dabei

**08** Vgl. Kristin L. Hoganson, *Fighting for American Manhood. How Gender Politics Provoked the Spanish-American War and the Philippine-American War*, New Haven 1998.

**09** Vgl. Manfred Berg, *Popular Justice. A History of Lynching in America*, Chicago 2011.

**10** Vgl. Richard Slotkin, *Gunfighter Nation. The Myth of the Frontier in Twentieth-Century America*, Norman 1992.

**11** Zur protestantischen Dimension vgl. Richard T. Hughes/Christina Littlefield, *Christian America and the Kingdom of God. White Christian Nationalism from the Puritans Through January 6, 2021*, Urbana 2025.

**12** Vgl. Sarah Churchwell, *Behold America. A History of America First and the American Dream*, London 2018, S. 45 ff.

spielte die Zugehörigkeit zur als substantielle Einheit verstandenen angelsächsischen, teutonischen oder arischen „Rasse“ eine entscheidende Rolle. Zum anderen gewann, auf der Basis der darwinistischen Evolutionslehre sowie des Sozialdarwinismus in der Soziologie, die Eugenik an Einfluss. Das 1910 eingerichtete Eugenics Record Office strebte programmatisch eine „Endlösung“ der „Rassenfrage“ durch eugenische Zwangsmaßnahmen wie etwa erzwungene Sterilisierungen an. Während evangelikale und fundamentalistische Protestanten dem Darwinismus und der Evolutionslehre skeptisch gegenüberstanden, zeigten sie gegenüber dieser Form des Rassismus aus Gründen nationaler Selbstvergewisserung keinerlei Bedenken.<sup>13</sup>

### INKLUSIVER NATIONALISMUS

Tatsächlich war der essentialistisch-rassistische Nationalismus aber nur eine unter vielen Formen des homogenisierenden, assimilatorischen Nationalismus, der bis weit in liberale und linke Kreise reichte. Daneben bildete sich ab den 1880er Jahren eine alternative Weise heraus, die nationale Mythologie der USA zu interpretieren, nämlich eher inklusiv und universalistisch. Gerade die Migrationswellen der 1840er und 1870er bis 1910er Jahre hatten sowohl bei progressiven Intellektuellen, aber auch bei Arbeitgebern zur Einsicht geführt, die amerikanische Nation verdanke ihre Prosperität und Stärke der Integration, nicht der Exklusion.

Unter dem Schlagwort des *melting pot* wurde diese inklusive Form assimilatorisch, im Sinne einer Totalanpassung der Neuankömmlinge an die Vorgaben der weißen, angelsächsischen und protestantischen Gesellschaft gedeutet.<sup>14</sup> Die Assimilation sollte durch den symbolischen Rekurs auf die amerikanische Leitkultur in Gestalt des Pledge of Allegiance ab 1892 in den Schulen oder des Oath of Allegiance bei Naturalisationszeremonien ab 1929 erreicht werden. Private Initiativen sorgten dafür, Fahnen an sämtliche Schulen, Postbüros und andere öffentliche Einrichtungen zu verteilen. Dieser inszenierte Kult um die

US-Flagge außerhalb von Kriegszeiten wurde ergänzt durch einen patriotischen Geschichtsunterricht, in dem die Mythen über die Gründerväter, die Verfassung, des Exzeptionalismus, des American Dream im Sinne ungehinderten Sozialaufstiegs durch fleißige Arbeit, des kapitalistischen Individualismus und über die Helden der *frontier* immer wieder neu vermittelt wurden – aber eben im Sinne der Integration, nicht der Abschließung.

Die Diskussionen um nationale Identität und Nationalismus wurden ab dem Ersten Weltkrieg von zwei gegensätzlichen Positionen beherrscht – vom *Wilsonian Internationalism* einerseits und dem sogenannten Isolationismus andererseits. Woodrow Wilson war nicht nur der „Erfinder“ des Slogans *America First*, sondern obendrein ein hartnäckiger Rassist. Aber außenpolitisch lehnte er den rassebasierten Imperialismus Theodore Roosevelts (Präsident 1901–1909) und anderer *Anglosaxonists* rundweg ab. Nach seinen Vorstellungen sollte die amerikanische Nation dazu beitragen, eine neue Weltordnung jenseits von mächtigen Reichen und Geheimdiplomatie einzurichten. Ihm schwebte ein System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage selbstbestimmter Nationalstaaten vor, ökonomisch abgesichert durch die Freiheit der Meere und Freihandel. Institutionell plante er den Völkerbund als Instrument des Systems kollektiver Sicherheit, scheiterte aber an den Mehrheitsverhältnissen im Kongress. Unter seinem demokratischen Nachfolger Franklin D. Roosevelt (1933–1945) wurde dieser außenpolitische liberale Internationalismus dann in Gestalt der UN neu gedacht und immer enger mit universalistischen, inklusiven nationalidentitären Diskursen verknüpft.<sup>15</sup>

Die mit dem New Deal verbundene Ordnung wiederum war eine neue Variante des liberalen, inklusiven Nationalismus, indem sie den Staat enger mit der Nation verkoppelte, als es bis dahin der Fall gewesen war.<sup>16</sup> Im Versuch, die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre einzuhegen, ohne das privatkapitalistische Produktions- und Eigentumsregime des klassischen amerikanischen Nationalismus in Gefahr zu bringen, setzte Roo-

<sup>13</sup> Vgl. Christine Rosen, *Preaching Eugenics. Religious Leaders and the American Eugenics Movement*, New York 2004.

<sup>14</sup> Vgl. Noah Pickus, *True Faith and Allegiance. Immigration and American Civic Nationalism*, Princeton 2005.

<sup>15</sup> Diese Entwicklungen waren eng mit der Idee einer westlichen Zivilisation verbunden, die anfangs liberal, dann aber zunehmend konservativ konnotiert war. Vgl. Michael Kimmage, *The Abandonment of the West. The History of an Idea in American Foreign Policy*, New York 2020.

<sup>16</sup> Vgl. Gary Gerstle, *The Rise and Fall of the New Deal Order. America and the World in the Free Market Era*, New York 2022.

sevelt zunehmend auf eine Kombination aus bürokratischer Staatsintervention und den Versuch, den nunmehr gestärkten Staat gemeinsam mit der Großindustrie und den ebenfalls gestärkten Gewerkschaften unter dem Schlagwort *big government*, *big corporationism* und *big labor* zu einer militärkeynesianischen Handlungseinheit zu verschmelzen.

Außenpolitisch mündete dies in einen weiterhin dem dualistischen Schema der „manichäischen Falle“ verpflichteten interventionistischen Liberalismus – das heißt in einen Nationalismus, der sich im Kampf für die weltweite Akzeptanz individueller Freiheit und privatwirtschaftlicher Wirtschaftsweise zu militärischen Interventionen verpflichtet fühlte, wobei geostrategische Interessen durchweg mit liberalen Werthaltungen verknüpft waren. Innenpolitisch hingegen verband sich dieser Interventionismus mit Partizipationsforderungen ethnischer und anderer Minderheiten. Nachdem die Gleichberechtigung der Frauen mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1920 einen massiven Schub erfahren hatte, erhoben nun auch Schwarze, Latinos und ab den 1960er Jahren zunehmend auch Minderheiten mit alternativen sexuellen Orientierungen Anspruch auf Teilhabe. Unter der Präsidentschaft von Lyndon B. Johnson (1963–1969) erreichten der liberale Messianismus nach außen und die sozialpolitische Interventionsstaatlichkeit nach innen mit dem Vietnamkrieg und den Reformen der *Great Society* ihren Höhepunkt.

Die Alternativen zum liberalen Pluralismus waren jedoch nie ganz verschwunden. In den 1920er Jahren hatten sich gerade bei den Republikanern die Anhänger des homogenisierenden und weiterhin staatskritischen Nationalismus zeitweise auf ganzer Front durchgesetzt.<sup>17</sup> Indem sie die Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Ergebnis einer Verschwörung des Finanzkapitals und der Rüstungsindustrie mit britischer Interessenpolitik präsentierten, gelang es ihnen, bis zum japanischen Angriff auf Pearl Harbour im Dezember 1941 die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Bundesexekutive durch Neutralitätsgesetze einzuschränken. Im Vorfeld des Engagements der USA im Zweiten Weltkrieg hatten sich rechts-extreme Isolationisten mit ausgeprägten faschistischen und nationalsozialistischen Neigungen, aber auch antiinterventionistische Republikaner,

Wilson's alten Slogans *America First* bedient.<sup>18</sup> Auf dieser Basis wurde er dann ab 2015 vom neo-isolationistischen Republikaner Donald Trump neu belebt.

## NEUE ALTE NATIONALISMEN

Mit dem Außendruck durch den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg verlor der exklusive, isolationistische Nationalismus an Attraktivität. Der imperialistische Nationalismus der 1890er Jahre hatte diese wegen seiner hohen Kosten an Geld und Menschenleben bereits vor 1917 eingebüßt, weswegen in den 1960er Jahren der liberale, inklusive Nationalismus weithin alternativlos schien. Dann aber kamen die großen soziokulturellen Umbrüche der 1960er Jahre, die man gerne als Jugendrevolte interpretiert. Im Grunde aber handelte es sich um eine Art Verbundbewegung, in der sich der Protest gegen den Vietnamkrieg mit den Aufbrüchen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, der Frauenbewegung, der Homosexuellenbewegung und der Umweltbewegung verband. Dabei wurden auf den radikalen Flügeln all dieser Gruppen die universalistischen Wertegrundlagen des liberal-inklusiven Nationalismus zunehmend durch partikularidentitäre Ideen geleugnet. Erstmals in der Geschichte der USA wurden die fundamentalen Mythen und damit das gesamte nationale Selbstverständnis der USA als globale Erlösnation infrage gestellt. Nation und Nationalismus erschienen als aggressive Relikte einer durch und durch schuldbeladenen Vergangenheit.<sup>19</sup>

Der konservative republikanische Präsident Ronald Reagan (1981–1989) versuchte, diesen Prozessen Rechnung zu tragen und revitalisierte in der Spätphase des Kalten Krieges die amerikanischen Nationalmythen, vor allem insofern sie sich auf Formen militärischer, individualistischer Männlichkeit beriefen. Zudem verknüpften

<sup>18</sup> Vgl. Charles A. Kupchan, *Isolationism. A History of America's Efforts to Shield Itself from the World*, New York 2020. Das Konzept „Isolationismus“ ist insofern irreführend, als es nie um totale Abschottung, sondern um die Abstinenz von politisch-militärischen Bündnissen ging.

<sup>19</sup> Eine sehr kritische Analyse aus einer dogmatischen aufgeklärt-liberalen Position bieten Helen Pluckrose/James Lindsay, *Zynische Theorien. Wie aktivistische Wissenschaft Race, Gender und Identität über alles stellt – und warum das niemandem nützt*, München 2022.

<sup>17</sup> Vgl. Churchwell (Anm. 12), S. 149–185.

er und sein Nachfolger George W. Bush (2001–2009) die Ideale des weißen, christlichen Nationalismus des 19. Jahrhunderts mit neoliberaler Staatskritik und dem liberalen Interventionismus der New Deal Order zu einer wirksamen, aber nicht sonderlich konsequenten Handlungseinheit. Teile der Demokraten, allen voran die Präsidenten Bill Clinton (1993–2001) und Barack Obama (2009–2017) folgten diesen Leitlinien, freilich mit stärkerer Betonung internationalistischer Momente. Solange dieser neue, neoliberale Mischnationalismus unter den Vorzeichen der Globalisierung ökonomische Erfolge zeitigte, funktionierte er auch – nicht zuletzt, weil mit dem islamistischen Terrorismus eine neue Form von Außendruck entstanden war, die aber im Vergleich zur Bedrohungssituation durch den Sowjetkommunismus allenfalls blass blieb.

Zuerst mit der Dotcom-Krise um 2000 und dann mit der Weltfinanzkrise ab 2008 offenbarten sich jedoch die Sollbruchstellen dieser einzig auf wirtschaftlichen Erfolg ausgerichteten Variante des neoliberalen Nationalismus. Von links (Occupy Wall Street) und rechts (Tea Party Movement) kam es zu scharfer Kritik an den Paradigmata der neoliberalen Globalisierung und ihrer sozialen Folgen für die USA. Besonders bei den Republikanern, die nach Reagan nicht mehr in der Lage waren, den radikalen libertären und nationalistischen Flügel ihrer Partei unter Kontrolle zu halten, gärte es. Die konservativen Parteieliten verloren ab den 1990er Jahren schrittweise die Kontrolle, indem sie versuchten, Nationalismus und Internationalismus gleichzeitig zu bedienen. Gleichzeitig büßten die Demokraten die Gefolgschaft der weißen Arbeiterschaft ein. Sie wandten sich einem überkommen geglaubten Nationalismus zu, der sich zur Dominanz von Christentum, traditionellen Geschlechterrollen und weißen Mittelklassewerten bekannte. Obendrein wuchs die Kluft zwischen Arm und Reich in einem Maße wie seit den 1880er und 1890er Jahren nicht mehr, was die Abstiegsängste ausgerechnet in den weißen Mittelklassen intensiviert und sie politisch radikalisierte.

Wie immer kam es dabei zu einer Neuaktivierung der etablierten nationalmythischen Traditionslinien. Der Staat wurde mehr als je zuvor als das Problem, nicht als die Lösung verstanden. Die Hoffnungen der neuen alten Nationalisten richteten sich mehr denn je auf die Macht der individuellen Freiheit. Genau diese Variante

des Nationalismus vermochte und vermag Donald Trump als charismatische und medial erfahrene Führungsfigur zu bedienen, während sich die bis 2010 hegemonialen Formen des amerikanischen Nationalismus gegenwärtig in einer tiefen, womöglich existenziellen Krise befinden. Es mutet indes äußerst paradox an, dass ausgerechnet Trump als Führer dieses staatsfeindlichen, exklusiven und neoisolationistischen Nationalismus sich in seiner zweiten Amtszeit ausgerechnet der Semantik des Hochimperialismus zuwendet und sich über *Executive Orders* eine Machtfülle sichert, die Legislative und Judikative praktisch aushebelt. Im Grunde entkernt er sämtliche Varianten von Nationalismus und nationaler Identität, an die er rhetorisch appelliert.

Auch wenn MAGA-Gefolgsleute heute in der Regierung versuchen, die alten nationalidentitären Mythen gegenüber historischer Kritik jedweder Art zu immunisieren – die Inhalte der exklusiven, weißen und christlichen, partiell isolationistischen Tradition haben keinerlei Bedeutung mehr, und die Versuche des Verteidigungsministeriums, die kollektive Erinnerung an verdiente schwarze, weibliche oder indianische Veteranen auszulöschen, haben keinerlei Bezug zum konservativen Nationalismus früherer Zeiten. In der Trump-Regierung ist der Signifikant „Nationalismus“ leer geworden, obwohl zunehmend der Staat, also die Bundesexekutive, den Anspruch erhebt, die Nation zu definieren. Das aber ist im Kern unamerikanisch.

#### MICHAEL HOCHGESCHWENDER

ist Professor für Nordamerikanische Kulturgeschichte, Empirische Kulturforschung und Kulturanthropologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

# MAKE THE DONALD GREAT AGAIN

## Trumps Aufstieg und Comeback in einer polarisierten Gesellschaft

*Manfred Berg*

Als Donald Trump im Juni 2015 seine Bewerbung um die Präsidentschaftskandidatur der Republikanischen Partei verkündete, war er für die amerikanische Öffentlichkeit kein Unbekannter. Seit den 1970er Jahren hatte sich der Immobilienunternehmer, Reality-TV-Moderator und Lebemann mit waghalsigen Geschäften, saftigen Skandalen und einer unbezähmbaren Prah- und Prunksucht den Status einer „Berühmtheit“ – einer *celebrity* – erworben. Auch seinen politischen Ehrgeiz kannten die Amerikaner bereits, denn immer wieder hatte er sich als Kandidat für das höchste Staatsamt ins Gespräch zu bringen versucht. Nur nahm ihn niemand ernst. Ende 1999 spottete der Kommentator Mark Shields: „Das einzige Hindernis, das zwischen Donald Trump und der Präsidentschaft steht, ist das gute Urteilsvermögen des amerikanischen Volkes.“<sup>01</sup>

Siebzehn Jahre später machten knapp 63 Millionen US-Bürgerinnen und -Bürger Trump zum 45. Präsidenten der USA. Zunächst hielten viele Kommentatoren ihn für einen Zufallspräsidenten, der seinen Überraschungserfolg dem indirekten Wahlsystem der USA verdankte. Sein Vorsprung im Electoral College ermöglichte ihm den Einzug ins Weiße Haus, obwohl er landesweit drei Millionen Stimmen hinter der Demokratin Hillary Clinton lag. Mit seiner Abwahl 2020 schien der „Spuk“ dann aber vorbei zu sein. Angesichts des Sturms auf das Kapitol am 6. Januar 2021, den Trump angezettelt hatte, um die Zertifizierung seiner Wahlniederlage zu verhindern, war völlig unvorstellbar, dass er eine politische Zukunft haben könnte. Doch am 5. November 2024 gelang ihm ein historisches Comeback, als ihn die Amerikaner erneut zu ihrem Präsidenten wählten, dieses Mal sogar mit einer knappen Mehrheit der *popular vote*. Nach dem Demokraten Grover Cleveland 1892 ist Trump erst der zweite Präsident, dem die Wiederwahl nach

vorheriger Abwahl gelang. Unsere Gegenwart, soviel steht schon jetzt fest, wird als *The Age of Trump* – das Zeitalter Donald Trumps – in die Geschichte eingehen.

Wie konnte es dem Milliardär und Erzkapitalisten Trump gelingen, sich unter dem Schlachtruf „Make America Great Again!“ (MAGA) zum Führer einer Bewegung aufzuschwingen, deren Massenbasis (zunächst vor allem) die weiße Arbeiter- und untere Mittelklasse bildet? Wie schaffte er es, die Republikanische Partei, die sich gerne „Grand Old Party“ (GOP) nennt, dem konservativen Establishment zu entwinden, zu einem nationalistisch-populistischen Kampfbund zu machen und einen Personenkult um sich zu inszenieren? Trumps Siegeszug ist nur vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen politischen und gesellschaftlichen Polarisierung der USA zu verstehen, die auch den Charakter der amerikanischen Parteien radikal veränderte.<sup>02</sup> Darüber hinaus profitierte er davon, dass ihn seine Gegner fortgesetzt unterschätzten und die US-Institutionen nach seinem Putschversuch 2021 eklatant versagten. Derzeit steht Trump im Zenit seiner Macht, aber die Zukunft der MAGA-Bewegung ist ungewiss.

### TRIEBKRÄFTE DER POLARISIERUNG

Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen sich die USA als Staatsbürgerkultur, in der ein breiter „liberaler Konsens“ herrschte. Doch in den 1960er Jahren zerbrach dieser Konsens über den Vietnamkrieg, den „Rassenkonflikt“ und die Kulturrevolution der *Radical Sixties*. Im späten 20. Jahrhundert veränderten dann Globalisierung, Masseneinwanderung, der radikale Wandel der sozialen Werte und der Geschlechterrollen sowie die Medienrevolution die Gesellschaft und Politik fun-

damental. Die beiden großen Parteien, die lange als austauschbar galten, sortierten sich in identitätspolitische Lager. Seit den 1990er Jahren repräsentieren die Demokraten das multiethnische, liberale und säkulare Amerika der Großstädte und Küstenstaaten, die Republikaner das traditionalistische, überwiegend weiße, ländliche und religiöse Milieu. Im Kern liegt der Polarisierung ein seit Jahrzehnten schwelender Konflikt über die nationale Identität und die Grundwerte der USA zugrunde.

Der soziale, demografische und kulturelle Wandel der US-Gesellschaft seit dem späten 20. Jahrhundert ist maßgeblich von der Globalisierung angetrieben worden. Diese, so lautet eine sozialwissenschaftliche Diagnose, habe den alten Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit durch einen neuen Antagonismus zwischen gebildeten, liberal denkenden und mobilen „Modernisierungsgewinnern“ einerseits und „Modernisierungsverlierern“ der alten Arbeiter- und Mittelschichten andererseits ersetzt.<sup>03</sup> In vergleichender Perspektive stellt sich Trumps Aufstieg als die amerikanische Variante der nationalpopulistischen Revolte gegen die Globalisierung dar, die seit dem frühen 21. Jahrhundert die liberalen westlichen Demokratien erschüttert. Die Globalisten hätten das Volk verraten, so die populistische Botschaft, der Nationalstaat müsse endlich wieder die Kontrolle über die Politik, die Wirtschaft und die Grenzen übernehmen. Nicht nur in den USA, auch in Westeuropa kam es zu einer massiven Abwanderung der alten Arbeiterklasse ins rechtspopulistische Lager.<sup>04</sup> Im Zweiparteiensystem der USA klappte die Repräsentationslücke besonders weit, weil das Establishment beider Parteien lange Zeit eine liberale Einwanderungspolitik und den Freihandel unterstützte, obwohl Republika-

ner und Demokraten sich gleichzeitig erbitterte Kulturkriege lieferten.

## TRANSFORMATION DER US-PARTEIEN

Die Wurzeln der parteipolitischen Polarisierung reichen in die 1960er Jahre zurück, als sich der weiße Süden und die weißen Arbeiter- und Mittelschichten von der Demokratischen Partei abzuwenden begannen, weil sie sich als Verlierer der liberalen Bürgerrechtspolitik der Kennedy-Johnson-Administrationen fühlten. Nach Richard Nixons Wahlsieg 1968 diagnostizierte der republikanische Stratege Kevin Phillips „eine populistische Revolte der amerikanischen Massen (...) gegen die Mandarine des liberalen Establishments“ und empfahl der GOP, sich auf den weißen Süden zu konzentrieren. Diese sogenannte *Southern Strategy* umfasste auch ein Bündnis mit evangelikalen Wählern, die sich in einer säkularen und freizügigen Gesellschaft immer mehr als bedrängte Minderheit empfanden. Unter Führung Ronald Reagans erzielte diese neue republikanische Koalition in den 1980er Jahren glänzende Erfolge, ohne allerdings einen neuen konservativen Konsens etablieren zu können. Nach dem Ende des Kalten Krieges verfolgte die GOP dann eine Polarisierungsstrategie, die auf den Kampf gegen *big government* und den angeblichen Verfall von Moral, Religion und Patriotismus setzte. Die Partei geriet immer mehr in den Bann ihrer radikalen Basis und der medialen Scharfmacher von „Fox News“ und *Talk-radio*-Formaten.<sup>05</sup>

Auch die Demokraten veränderten sich ab den 1960er Jahren grundlegend. Die Partei rückte zunächst nach links und verlor zunehmend an Rückhalt in der weißen Arbeiterschaft und im Süden. Daran änderte auch die vierjährige Präsidentschaft des glücklosen Jimmy Carter ab 1977 nichts. In den 1990er Jahren unter Bill Clinton passte sich die Partei, die sich traditionell als Interessenvertretung der kleinen Leute verstand, dem neoliberalen Zeitgeist an und vollzog, wie

**01** Zit. nach Jill Lepore, *Diese Wahrheiten. Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, München 2019, S. 872.

**02** Das Folgende beruht zum großen Teil auf meinem Buch: Manfred Berg, *Das gespaltene Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute*, Stuttgart 2024. Vgl. auch Torben Lütjen, *Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Ein Land verliert seine Mitte*, Darmstadt 2020; Stephan Bierling, *Die Unvereinigten Staaten von Amerika. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie*, München 2024.

**03** Vgl. u. a. Andreas Reckwitz, *Das Ende der Illusionen. Politik und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin 2019.

**04** Vgl. Roger Eatwell/Matthew Goodwin, *National Populism: The Revolt Against Liberal Democracy*, London 2018, S. 257–282.

**05** Zit. nach Berg (Anm. 2), S. 106f. (eigene Übersetzung). Zur Ära Reagan vgl. ebd., S. 337–343; zur Entwicklung der Republikaner Torben Lütjen, *Die Republikaner. Über die Implosion des amerikanischen Konservatismus*, Bielefeld 2016; Philipp Adorf, *Die Republikanische Partei in den USA. Geschichte, Parteistruktur, Radikalisierung*, München 2024<sup>2</sup>.

die amerikanische Linke insgesamt, einen Paradigmenwechsel von der Klassen- zur Identitätspolitik, in deren Mittelpunkt die Rechte ethnischer und sexueller Minderheiten stehen. Die Gewerkschaften wurden entmachtet, während reiche Spender und linke Gruppen, die Reparationen für die Sklaverei und offene Grenzen für Einwanderer forderten, an Einfluss gewannen.<sup>06</sup> Kritiker beklagten, dass sich die Partei von der Arbeiterklasse ab- und stattdessen den „Yuppies“ zugewendet habe, doch spiegelte die neue demokratische Wählerkoalition die demografischen Trends der multiethnischen und postindustriellen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wider. Während die republikanische Basis überproportional aus älteren, weißen, auf dem Land lebenden und evangelikalen Wählern bestand, waren die Demokraten in den Segmenten stark, deren Anteil an der Wählerschaft beständig stieg: ethnische Minderheiten, gebildete Weiße, Frauen und junge Wähler. Ihr demografischer Vorteil, so das Kalkül der Parteistrategen, werde der Partei langfristig eine strukturelle Mehrheit sichern. Barack Obamas Wahlsiege 2008 und 2012 schienen diese Prognosen zu bestätigen.<sup>07</sup>

Auch die republikanische Führung sah die Notwendigkeit, die Partei für Minderheiten zu öffnen, doch ließ sich der Kurswechsel nicht gegen die eigene Basis durchsetzen. Ein wichtiger Grund dafür war das Vorwahlsystem, das beide Parteien seit den 1970er Jahren eingeführt hatten, um die Kandidatenauswahl zu demokratisieren. Aber die alten „Parteibosse“, so sehen es die Skeptiker, waren eben auch Torwächter, die radikalen Außenseitern meist den Weg verstellten. Tatsächlich haben die *primaries* vor allem die Rolle der ideologisch motivierten Aktivisten gestärkt, mit der Folge, dass die Kandidaten vor allem die Basis hofieren (müssen), statt sich um Wechselwähler zu bemühen. Der Machtverfall des Establishment-Konservatismus war bereits am Ende der

Amtszeit von George W. Bush 2009 evident, mit Trumps Auftritt trat er in eine akute Phase.<sup>08</sup>

## VON DER TEA PARTY ZU MAGA

Die Große Rezession von 2008/09 setzte ein lange angestautes Wut- und Protestpotenzial unter Amerikas Wählern frei. Auf der Linken manifestierte es sich in der kurzlebigen Occupy-Wall-Street-Bewegung, auf der Rechten in der sogenannten Tea Party. Die Tea Party – benannt nach der Boston Tea Party von 1773, einem Schlüsselergebnis der Amerikanischen Revolution – formierte sich 2009 im Protest gegen die Krisenpolitik der Obama-Administration, die ihre Anhänger als vermeintlichen Einstieg in den Sozialismus ablehnten. Anfangs galt die Bewegung vielen Beobachtern als Geschöpf reaktionärer Medien und Milliardäre, aber bald zeigte sich, dass sie über eine starke Gefolgschaft unter den Republikanern verfügte. Ihre Anhänger wollten keine eigenständige Partei, sondern revoltierten gegen die sogenannten RINOs – „Republicans in name only“ – womit alle Republikaner gemeint waren, die zu Kompromissen mit Obama bereit sein könnten.

Eric Cantor, der republikanische Fraktionsführer im Repräsentantenhaus, verlor 2013 überraschend die Vorwahl gegen einen unbekanntenen Tea-Party-Kandidaten, weil er durch moderate Äußerungen in der Einwanderungspolitik das Missfallen der Rechtspopulisten erregt hatte. Allerdings fehlten der Tea Party organisatorische Stabilität und ein nationaler Führer. In diese Lücke stieß Trump, der sich bereits als lautstarker Sponsor der „Birthers“ in Stellung gebracht hatte. Diese behaupteten wahrheitswidrig, Barack Obama sei nicht in den USA geboren und daher nicht für das Präsidentenamt qualifiziert. Bis zu einem Fünftel der Wähler schenkte den „Birthers“ dennoch Glauben.<sup>09</sup>

Das Klischee von der „feindlichen Übernahme“ der GOP durch Trump führt in die Irre, denn MAGA war keine neue, von Trump geschaffene Bewegung, sondern repräsentierte, wie

**06** Vgl. Thomas Frank, *What's the Matter with Kansas? How Conservatives Won the Heart of America*, New York 2004, S. 242–245; zur Entwicklung der Demokraten vgl. Michael Kazin, *What It Took to Win: A History of the Democratic Party*, New York 2022, S. 281–321; John B. Judis/Ruy Teixeira, *Where Have All the Democrats Gone? The Soul of the Party in the Age of Extremes*, New York 2023.

**07** Vgl. John B. Judis/Ruy Teixeira, *The Emerging Democratic Majority*, New York 2002; Ruy Teixeira/John Halpin, *The Obama Coalition in the 2012 Election and Beyond*, Washington, D.C. 2012.

**08** Vgl. Jonathan Rauch, *How American Politics Went Insane*, in: *The Atlantic*, Juli/August 2016, [www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/07/how-american-politics-went-insane/485570](http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/07/how-american-politics-went-insane/485570).

**09** Zur Tea Party vgl. Ronald P. Formisano, *The Tea Party: A Brief History*, New York 2012; Adorf (Anm. 5), S. 96–107.

schon die Tea Party, den aktivistischen Kern der Republikanischen Partei. Wie schnell der politische Aufsteiger die Parteibasis auf seine Person einzuschwören vermochte, war allerdings überraschend. Trump erwies sich als begnadeter Demagoge, der seinen Anhängern eine „alternative Wirklichkeit“ bot, in der ihre emotionalen Wahrheiten und ihre Wut Resonanz fanden. „Wut ist in Ordnung!“, lautete sein Credo, „Wut und Energie sind, was dieses Land braucht!“ Seine Anhänger empfanden seine Vulgarität und Provokationen nicht nur als politisch befreiend, sondern auch als unterhaltsam. Auch weil Trump wie ein Entertainer auftrat, genoss er pausenlose Medienaufmerksamkeit.<sup>10</sup>

Vor allem profitierte Trump davon, dass er fortgesetzt unterschätzt wurde. Die Vorstellung, die amerikanischen Wähler könnten einen politischen Scharlatan ohne jede Erfahrung in öffentlichen Ämtern zum mächtigsten Mann der Welt machen, erschien schlicht absurd. Das republikanische Partei-Establishment ignorierte ihn zunächst. Als er im Mai 2016 überraschend als Sieger der Vorwahlen feststand, erklärten sich mehrere Parteigranden und „prinzipienfeste“ konservative Intellektuelle zu „Never Trumpers“, doch blieben sie in der Partei isoliert.

Bei Liberalen und Progressiven herrschte die Überzeugung, dass Amerika mit der Präsidentschaft Obamas die Schwelle zur multiethnischen Demokratie überschritten habe und es kein Zurück in die alten Zeiten weißer, männlicher Vorherrschaft mehr geben könne. Die vermeintliche Gewissheit, dass Trump nur der clowneske Wiedergänger einer untergegangenen Epoche sei, spiegelte sich 2016 in der Kandidatur Hillary Clintons. Nach dem ersten Afroamerikaner im Amt sollte nun erstmals eine Frau Präsidentin werden. Die unerwartet starke Konkurrenz, die ihr der „demokratische Sozialist“ Bernie Sanders in den Vorwahlen machte, legte jedoch ihre Schwachstellen bloß. Clinton pflegte gute Beziehungen zur Wall Street und war bei den *working classes* ziemlich unbeliebt. Ihre berüchtigte Schmähung der Trump-Wähler als die „Bedau-

ernswerten“ (*deplorables*), die in ihren rassistischen, sexistischen und homophoben Vorurteilen gefangen seien, werteten Kritiker nicht zu Unrecht als Beleg dafür, wie weit sich die Demokraten von den einfachen Leuten entfernt hatten. Es war kein Zufall, dass die Kandidatin die Wahl vor allem in den Staaten des *Rust Belt* verlor. Mit Clintons Scheitern platzte auch die Illusion von der unschlagbaren Obama-Koalition. Demografie war eben kein Selbstläufer, denn Trump zeigte, dass mit der Mobilisierung der weißen Arbeiter- und Mittelschichten durchaus Wahlen zu gewinnen waren.<sup>11</sup>

## DAS COMEBACK

Auch nach seinem überraschenden Wahlsieg nahmen viele Kommentatoren Trump nicht wirklich ernst. Bald verfestigte sich das Bild vom „Chaos-Präsidenten“, der unterunterbrochen seinen Größenwahn ausleben wollte, aber mit der Macht wenig anzufangen wusste. Jedoch blieb Trump mit scharfem Machtinstinkt der Strategie treu, die ihn ins Weiße Haus geführt hatte. Seine hemmungslose Demagogie und grandiose Selbstinszenierung erfüllten immer auch den Zweck, seinen Anhängern zu beweisen, dass er nach wie vor ihr Mann war. Vor allem behielt Trump das Ziel fest im Blick, sich mit allen Mitteln die Wiederwahl zu sichern. Im Wahlkampf 2020 ließ er keinen Zweifel daran, dass er eine Niederlage nicht akzeptieren werde, und tat alles, um die Integrität der Wahl zu diskreditieren.

Wie weit Trump zu gehen bereit war, sah indes kaum jemand voraus. Mit seiner Lüge von der gestohlenen Wahl, seinen Versuchen, Wahloffizielle zu erpressen, und mit dem von ihm angezettelten Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 stürzte er die amerikanische Demokratie in die schwerste Krise seit dem Bürgerkrieg. Daran, wie die US-Institutionen mit dem Putschversuch durch einen abgewählten Präsidenten umgehen würden, musste sich zeigen, wie wehrhaft Demokratie und Rechtsstaat waren. Eine Rückkehr an die Macht schien nach diesem Schurkenstück ausgeschlossen. Doch die Geschichte von Trumps Comeback begann bereits im Januar 2021. Es ist

<sup>10</sup> Vgl. Lütjen (Anm. 2), S. 91 f.; Adorf (Anm. 5), S. 107–123; zu Trump als Kandidat der Emotionen vgl. Arlie Hochschild, *Fremd in ihrem Land. Eine Reise in das Herz der amerikanischen Rechten*, Frankfurt/M. 2017; Trump zit. nach Charles Duhigg, *Why Are We so Angry? in: The Atlantic*, Januar/Februar 2019, S. 62–75, hier S. 65 (eigene Übersetzung).

<sup>11</sup> Clinton zit. nach Berg (Anm. 2), S. 404; zu Trumps Einbrüchen in ehemals demokratische Hochburgen vgl. Stephanie Muravchik/Jon A. Shields, *Trump's Democrats*, Washington, D. C. 2020.

die Geschichte des fortgesetzten Versagens seiner Gegner und der amerikanischen Institutionen, und sie belegt, wie fest Donald Trump die GOP weiterhin im Griff hatte.<sup>12</sup>

Meinungsumfragen zufolge glaubten drei Viertel der republikanischen Wähler an Wahlbetrug, und nicht mal ein Drittel schrieb Trump eine Mitverantwortung für den Sturm auf das Kapitol zu. Die republikanische Führung im Kongress verweigerte sich dem von der demokratischen Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi eingeleiteten Amtsenthebungsverfahren mit dem Argument, Trump sei ja nicht mehr im Amt. Dieser wiederum drohte, bei den nächsten Vorwahlen gegen alle Abweichler Wahlkampf zu machen. Lediglich sieben republikanische Senatoren stimmten für das Impeachment, sodass die für eine Verurteilung erforderliche Zweidrittelmehrheit klar verfehlt wurde. Anschließend boykottierten die Republikaner den Untersuchungsausschuss zum 6. Januar 2021. Die beiden Trump-Gegner Liz Cheney und Adam Kinzinger, die in dem Gremium mitgearbeitet hatten, wurden praktisch aus der Partei geworfen, weil sie sich an einer von den „Demokraten inszenierten Verfolgung einfacher Bürger beteiligt [hätten], die an einem legitimen politischen Diskurs teilnahmen“.<sup>13</sup>

Derweil benötigte das US-Justizministerium zweieinhalb Jahre, bis es Trump wegen seiner Rolle beim Sturm auf das Kapitol anklagte. Da war freilich längst absehbar, dass Trump gute Chancen auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur hatte und der Prozess kaum vor den Wahlen beginnen würde. Erwartungsgemäß hatte der Ex-Präsident den Obersten Gerichtshof angerufen, der sich mit seiner Entscheidung ebenfalls viel Zeit ließ. Das Urteil, das der Supreme Court schließlich am 1. Juli 2024 verkündete, gewährt Trump zwar nicht die verlangte „totale Immunität“, steckt die Grenzen der präsidentialen Immunität jedoch so weit, dass sie in der Praxis kaum mehr erkennbar sind. Damit war klar, dass keines der gegen Trump laufenden Verfahren bis zu den Wahlen im November zu einem rechtskräftigen Urteil führen würde. Mit seinem Wahlsieg

haben sich alle Anklagen erledigt, weil ein amtierender Präsident nicht der Strafverfolgung ausgesetzt werden darf.<sup>14</sup>

Inzwischen hatte sich Trump in den republikanischen *primaries* mühelos durchgesetzt. Der Mordanschlag, dem er im Juli 2024 nur um Haarsbreite entging, machte ihn in den Augen vieler Anhänger endgültig zum Instrument der Vorsehung. Dagegen mussten die Demokraten den altersschwachen Präsidenten Joe Biden zum Verzicht drängen, nachdem die Fernsehdebatte mit Trump zweieinhalb Wochen zuvor für Biden zum Desaster geraten war. Die Partei nominierte im Schnellverfahren Vizepräsidentin Kamala Harris, die zumindest die Partei hinter sich bringen und das Rennen wieder offener gestalten konnte. Die Aussicht auf einen knappen und umstrittenen Wahlausgang, den fast alle Meinungsforscher prognostizierten, schürte Ängste vor neuer Gewalt, denn Trump ließ durchblicken, dass er eine Niederlage nicht akzeptieren werde. Nicht nur Linke und Liberale, auch viele prominente Konservative warnten davor, eine Wiederwahl Trumps werde die Verfassung, die Demokratie und die Sicherheit der USA gefährden. Es half nichts: Eine knappe Mehrheit der Wähler wollte ihn zurückhaben.

Landesweit trennten Trump und Harris nur etwa 2,3 Millionen Stimmen beziehungsweise 1,5 Prozentpunkte. Gleichwohl war die Niederlage für die Demokraten demoralisierend, denn Trump gewann alle sieben *swing states* und erzielte starke Einbrüche in demokratische Hochburgen und bei den ethnischen Minderheiten. Zudem eroberten die Republikaner den Senat und behaupteten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus. Die USA sind elektoral weiterhin in zwei fast gleichstarke Lager gespalten, aber das *Winner-takes-all*-Prinzip, wonach der Wahlsieger in einem Bundesstaat auch bei knappem Ausgang alle Wahlmännerstimmen erhält, sorgt dafür, dass Trump die ganze Macht zufällt.

Trumps Wahlsieg war gewiss auch den strategischen Fehlern der Demokraten und der Unbeliebtheit der Biden-Administration geschuldet. Präsident Biden hielt zu lange an seiner Kandidatur fest, und Harris konnte die Wähler

<sup>12</sup> Vgl. Berg (Anm. 2), S. 412–425.

<sup>13</sup> Jonathan Weisman/Reid Epstein, G.O.P. Declares Jan. 6 Attack „Legitimate Political Discourse“, 6.2.2022, [www.nytimes.com/2022/02/04/us/politics/republicans-jan-6-cheney-censure.html](https://www.nytimes.com/2022/02/04/us/politics/republicans-jan-6-cheney-censure.html) (eigene Übersetzung).

<sup>14</sup> Vgl. Manfred Berg, Ein gewählter Diktator? Vom Horror des offiziellen und privaten Donald Trump: Das Urteil des US-Supreme Court zur Immunität des Präsidenten bietet Anlass zu großer Sorge, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.7.2024, S. 9.

lerbasis der Partei nicht ausreichend mobilisieren; Harris erhielt rund sechs Millionen Stimmen weniger als Biden 2020. Zudem setzten die Demokraten auf die falschen Themen. Die Abtreibungsfrage interessierte nicht mehr so stark wie bei den Zwischenwahlen 2022, und die Warnungen vor der Gefährdung der Demokratie zeigten kaum Wirkung. Demgegenüber gelang es dem Herausforderer, die Themen Inflation und illegale Immigration ins Zentrum zu rücken. Trump selbst war gar nicht besonders populär. Viele Wähler bekannten, ihn nicht zu mögen, aber wegen seiner angeblichen Wirtschaftskompetenz dennoch zu wählen. Ein moderater Republikaner, so die Einschätzung von Meinungsforschern, hätte sogar Aussichten auf einen Erdrutschsieg gehabt.<sup>15</sup>

### TRUMPS TRIUMPH UND DIE ZUKUNFT VON MAGA

Dennoch war die Präsidentschaftswahl 2024 kein normaler demokratischer Machtwechsel, der zustande kam, weil die Wähler das Land auf dem falschen Weg sahen und eine unpopuläre Administration dafür abstrafte, dass sie die Probleme der „normalen Menschen“ nicht in den Griff bekommen hatte. Dass mehr als 77 Millionen Wähler für einen Kandidaten stimmten, der vier Jahre zuvor einen Putschversuch unternommen hatte und keinen Hehl aus seiner Absicht machte, wie ein gewählter Diktator zu regieren, offenbart eine akute Legitimationskrise der liberalen Demokratie. In einer Umfrage von 2023 erklärten fast 40 Prozent aller US-Amerikaner und fast 50 Prozent der Republikaner, das Land brauche einen starken Führer, der sich auch über Regeln hinwegsetzt, um das Richtige zu tun.<sup>16</sup> Trump gab ihnen genau dieses Versprechen.

Der 47. Präsident der USA, an dieser Einsicht führt seit dem 5. November 2024 kein Weg mehr vorbei, ist der authentische Führer einer starken nationalistischen Bewegung, die ihn zweimal ins

Weißes Haus getragen hat. Trumps Siege belegen, dass der Nationalismus, die erfolgreichste Integrationsideologie der Moderne, im Zeitalter der Globalisierung eine kraftvolle Renaissance erlebt. Inzwischen lässt sich der Schlachtruf „Make America Great Again!“ auch nicht mehr einfach mit „Make America White Again!“ gleichsetzen. Schon 2016 und 2020 genoss Trump, ungeachtet seiner rassistischen Ausfälle gegen Immigranten, beachtliche Unterstützung bei Hispanics. Im vergangenen Jahr erhielt er spektakuläre 45 Prozent der hispanischen Stimmen. Auch bei Afroamerikanern konnte er dazugewinnen und kam auf rund 17 Prozent.<sup>17</sup>

Noch bis vor Kurzem glaubten die meisten Politikwissenschaftler, die Republikaner seien in der demografischen Falle gefangen und würden sich ethnischen Minderheiten nicht öffnen können. Aber erstens denken auch viele Angehörige von Minderheiten, entgegen dem Bild, das sich progressive Akademiker gerne von ihnen machen, in Fragen wie Abtreibung, gleichgeschlechtlicher Ehe und Transgender-Rechten konservativer als angenommen. Und zweitens sind sie als Angehörige der Arbeiterklasse ebenfalls von Deindustrialisierung und Ressourcenkonkurrenz mit neuen Immigranten betroffen und deshalb für Trumps *America-First-Nationalismus* empfänglich, sofern dieser einigermaßen „farbenblind“ daherkommt.<sup>18</sup>

Zeichnet sich also eine „Trump-Koalition“ ab, die sich, ähnlich wie die New-Deal-Koalition der Demokraten Mitte des 20. Jahrhunderts, auf die gemeinsamen ökonomischen Interessen der „kleinen Leute“ gründet? Dass mehr als 60 Prozent der Wähler ohne College-Abschluss für Trump gestimmt haben, macht MAGA objektiv zur Bewegung der *working classes*, während die Demokraten immer mehr zur Partei der gebildeten und gutverdienenden Eliten werden. Traditionelle Demokraten fordern seit Längerem eine Rückbesinnung auf Wirtschaftswachstum und Chancengleichheit und eine Abkehr von politischer Korrektheit, Identitätspolitik und offenen Grenzen. Wie die Demokraten wieder zur „Partei des Volkes“ werden können, steht freilich da-

<sup>15</sup> Vgl. Adam Seesel, *It's the Inflation, Stupid: Why the Working Class Wants Trump Back*, in: *New York Times*, 24. 10. 2024, [www.nytimes.com/2024/10/24/opinion/trump-election-inflation-working-class.html](https://www.nytimes.com/2024/10/24/opinion/trump-election-inflation-working-class.html); Peter Coy, *„The Economy, Stupid“? Not So Much Anymore*, 25. 10. 2024, [www.nytimes.com/2024/10/25/opinion/economy-presidential-elections.html](https://www.nytimes.com/2024/10/25/opinion/economy-presidential-elections.html).

<sup>16</sup> Vgl. PRRI American Values Survey 2023, [www.prii.org/research/threats-to-american-democracy-ahead-of-an-unprecedented-presidential-election](https://www.prii.org/research/threats-to-american-democracy-ahead-of-an-unprecedented-presidential-election).

<sup>17</sup> Vgl. PRRI Post Election-Survey 2024, [www.prii.org/research/analyzing-the-2024-presidential-vote-prii-post-election-survey](https://www.prii.org/research/analyzing-the-2024-presidential-vote-prii-post-election-survey).

<sup>18</sup> Vgl. Adorf (Anm. 5), S. 201 f.; Judis/Teixeira (Anm. 6), S. 1 f., S. 28–34.

hin. Die Biden-Administration betrieb seit 2021 eine wirtschaftsnationalistische Investitions- und Infrastrukturpolitik und distanzierte sich von Neoliberalismus und Globalisierung, dennoch gewann Trump bei den *working classes* weiter an Unterstützung.<sup>19</sup>

Dass die Arbeiter- und unteren Mittelschichten die elektorale Basis der Republikaner bilden, bedeutet indessen nicht, dass die GOP, traditionell die Partei der Wirtschaft und des Marktradikalismus, tatsächlich Politik für die breite Bevölkerung macht. Bereits vor zwanzig Jahren beklagte der Journalist und Historiker Thomas Frank in seinem Buch „What’s the Matter with Kansas?“, der neue populistische Konservatismus sei eine „Bewegung der Arbeiterklasse, die der Arbeiterklasse historischen Schaden“ zufüge.<sup>20</sup> Die Steuergeschenke, die Trump in seiner ersten Amtszeit verteilte, kamen in erster Linie oberen Schichten zugute, und seit dem 20. Januar 2025 kann man sich erneut kaum des Eindrucks erwehren, dass die Stimmen der *working classes* die Plutokratie an die Macht gebracht haben, die nun ihre Ideen von einem Anarchokapitalismus umzusetzen versucht. Allerdings dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis die Basis der MAGA-Bewegung gegen den direkten politischen Einfluss der Tech-Milliardäre aufbegehrt, die eigentlich die globalistische Elite repräsentieren und von Einwanderung und Freihandel profitieren. Die MAGA-Nationalisten dagegen stehen für rigide Einwanderungsbeschränkungen und Protektionismus. Ihr Vordenker Steve Bannon polemisiert bereits kräftig gegen den „Technofeudalismus“ und Elon Musk, der als Tesla-Chef zum reichsten Mann der Welt und in der zweiten Trump-Administration zu einem der engsten Berater des Prä-

sidenten geworden ist. Vermutlich wird es nicht allzu lange dauern, bis die XXL-Egos von Musk und Trump aneinandergeraten.<sup>21</sup>

Bislang ist Trumps Führungsanspruch unangefochten, aber angesichts seines Alters und seiner begrenzten Amtszeit stellt sich die klassische Frage nach der Zukunft einer Bewegung, der ihr Führer abhandenkommt. Vor den Wahlen hofften Liberale ebenso wie traditionelle Konservative, dass MAGA im Falle einer Niederlage Trumps zerfallen werde. Andere Beobachter bewerteten die Nominierung von JD Vance zum Vizepräsidentenskandidaten dagegen als Signal, dass dieser Trumps politisches Erbe antreten solle und MAGA kein kurzlebiger Personenkult bleiben, sondern sich als dauerhafte nationalistisch-populistische Kraft etablieren werde. Zugleich wird seit Langem darüber spekuliert, ob Donald Trump, dem nicht zu Unrecht ein vormodernes Verständnis von Macht und Herrschaft nachgesagt wird, nicht doch eine Familiendynastie anstreben könnte.<sup>22</sup>

Wer auch immer Trumps politisches Erbe antreten wird: Es wird vergiftet sein. Dass die Grand Old Party in absehbarer Zeit wieder zu einer respektablen konservativen Partei werden wird, erscheint höchst unwahrscheinlich. Schon vor Trump hatten sich die Republikaner radikalisiert, doch spätestens mit ihrer Reaktion auf den 6. Januar 2021 haben große Teile der Partei den demokratischen Konsens aufgekündigt. Wie die amerikanische Demokratie unter diesen Umständen in Zukunft funktionieren kann, ist eine offene Frage.

**19** Vgl. Judis/Teixeira (Anm. 18), S. 266f.; Ruy Teixeira, *The Shattering of the Democratic Coalition. It’s Time to Face the Facts*, 7. 11. 2024, [www.liberalpatriot.com/p/the-shattering-of-the-democratic](http://www.liberalpatriot.com/p/the-shattering-of-the-democratic).

**20** Frank (Anm. 6), S. 6 (eigene Übersetzung).

**21** Vgl. Steve Bannon on „Broligarchs“ vs. Populism, 31. 1. 2025, [www.nytimes.com/2025/01/31/opinion/steve-bannon-on-broligarchs-vs-populism.html](http://www.nytimes.com/2025/01/31/opinion/steve-bannon-on-broligarchs-vs-populism.html).

**22** Vgl. David French, *MAGA Is Nothing Without Trump*, 8. 9. 2024, [www.nytimes.com/2024/09/08/opinion/maga-move-ment-trump-election.html](http://www.nytimes.com/2024/09/08/opinion/maga-move-ment-trump-election.html); Michael Lind, *Trump’s Transformation of the Republican Party Is Complete*, 20. 7. 2024, [www.nytimes.com/2024/07/20/opinion/trump-republican-party.html](http://www.nytimes.com/2024/07/20/opinion/trump-republican-party.html); Jelani Cobb, *What Is Happening to the Republicans?*, *The New Yorker*, 8. 3. 2021, [www.newyorker.com/magazine/2021/03/15/what-is-happening-to-the-republicans](http://www.newyorker.com/magazine/2021/03/15/what-is-happening-to-the-republicans).

## MANFRED BERG

ist Curt-Engelhorn-Stiftungsprofessor für Amerikanische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Heidelberg.

# TOUGH AN DER WAHLURNE

## Zur Rolle von Männlichkeit in der amerikanischen Politik

Monika L. McDermott

Die Verbindung von Männlichkeit und politischer Macht hat in den USA eine lange Tradition. Das zeigt sich nicht zuletzt beim höchsten Amt des Landes, dem Präsidenten. Viele Präsidenten pflegten ihr Image als *tough guy* und eine damit verbundene spezifische Form des männlichen Auftretens. So präsentierte sich der Republikaner Theodore „Teddy“ Roosevelt (1901–1909) gern als Gewehr schwenkender Abenteurer hoch zu Ross im damaligen „Wilden Westen“. Der Demokrat Lyndon B. Johnson (1963–1969) oder „LBJ“, wie er allgemein genannt wurde, gab sich als *good ol' boy*, als kumpelhafter Typ aus dem ländlichen Texas, der kein Blatt vor den Mund nahm, wenn es um seine Männlichkeit ging, die er stolz „Jumbo“ nannte. Selbst Ronald Reagan (1981–1989), der sich ursprünglich als Schauspieler einen Namen gemacht hatte – nicht gerade der härteste oder männlichste aller Berufe – erfand sich neu und zeigte sich im Präsidentschaftswahlkampf als Cowboy, der den Kommunisten die Stirn bot. George W. Bush kaufte zur Vorbereitung auf seine Wahlkampagne ums Weiße Haus im Jahr 2000 sogar eine Ranch in Texas, damit Reporter ihn mit seinem Pickup oder beim Roden von Gestrüpp fotografieren konnten – eine wahrhaft männliche Betätigung.

Das soll nicht heißen, dass nur harte Kerle Präsident der USA werden können, doch es hat denjenigen, die dieses Image pflegten, sicher nicht dabei geschadet, die Öffentlichkeit für sich einzunehmen – und schließlich an die Macht zu kommen. So gaben bei einer Umfrage, die im März 1971 zu Richard Nixon erstellt wurde, 63 Prozent der Befragten an, dass ihr idealer Präsident in Bezug auf die Fähigkeit, hart durchzugreifen (*toughness*), auf einer Skala von 1 bis 7 über dem Mittelwert liegen sollte, und 93 Prozent wünschten sich das in Bezug auf seine Stärke (*strength*).<sup>01</sup>

Ein *tough guy* zu sein, ist zwar nur ein Aspekt der Maskulinität, er war in der US-amerikanischen Kultur und ihrer Vorstellung von Männlichkeit aber schon immer von maßgeblicher

Bedeutung. In jüngerer Zeit haben jedoch viele in den USA, vor allem Männer, das Gefühl, diese Männlichkeit sei in Gefahr. Im Zuge der Globalisierung sank die Zahl der Stellen für typisch „männliche“ Arbeit in den USA massiv – etwa im Bereich der gewerkschaftlich organisierten Fabrikarbeit. In Verbindung mit der zunehmenden wirtschaftlichen Macht und Unabhängigkeit der Frauen sehen viele dadurch traditionelle Geschlechterrollen bedroht. Der *backlash* gegen diese Entwicklung, vor dem Hintergrund der männlichen Führungstradition in den USA, bot ideale Bedingungen für Donald Trumps Wahl 2016 – und bietet sie bis heute.

Im Folgenden werde ich einige dieser Aspekte näher betrachten, um den Aufstieg Trumps und seiner „Make America Great Again“-Bewegung (MAGA) zu erklären. Zunächst jedoch beginne ich mit einer kurzen Definition von Männlichkeit und erläutere, wie der Begriff in diesem Beitrag verwendet wird.

### MÄNNLICHKEIT IN DEN USA

Große Teile der amerikanischen Politikwissenschaften hinken bei der Unterscheidung zwischen Geschlecht und Gender anderen Disziplinen wie der Soziologie und der Psychologie hinterher, auch wenn sich allmählich Fortschritte zeigen. Einstweilen wird auf die Definitionen und Maßstäbe verwandter Fachgebiete zurückgegriffen. Wie in der Psychologie und Soziologie wird auch in diesem Beitrag Geschlecht nicht als biologische Unterscheidung zwischen Männern, Frauen und anderen definiert, sondern als soziales Konstrukt (*gender*), das zuweilen die biologischen Geschlechter (*sex*) unter Druck setzt, sich den kulturell definierten Geschlechterrollen anzupassen. Dies ist vor allem in den USA der Fall.<sup>02</sup>

In ihrem maßgeblichen Werk über Maskulinität definiert die Soziologin Raewyn Connell das Ideal maskuliner Männlichkeit als eine „hege-

moniale Männlichkeit“, die zwar viele anstreben, aber, wenn überhaupt, nur wenige erreichen.<sup>03</sup> Hegemoniale Männlichkeit beschreibt Männer an der Spitze der sozialen Geschlechter- oder Männlichkeitshierarchie. Connell beschränkt dieses Ideal auf Männer, obgleich es nach anderen Maßstäben auch bei Frauen zu beobachten ist. Obwohl Connell selbst kein zählbares Maß anlegt, wird dieses Konzept in den Sozialwissenschaften inzwischen häufig verwendet, um zu messen, wie stark in einer bestimmten Kultur männliche Stereotype unterstützt werden. Das „perfekte männliche Ideal“ ist dadurch zum Maßstab geworden, um die relative Männlichkeit eines Individuums zu beurteilen.

Eine weitere Form der Bemessung von Männlichkeit, die sich mit dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit deckt, ist die sogenannte Männlichkeitsideologie: Sie steht für das Ausmaß, in dem eine Person an den idealisierten männlichen Prototyp beziehungsweise an die traditionelle männliche Geschlechterrolle glaubt.<sup>04</sup> Aus ihr entwickelten Psychologen das *Male Role Norms Inventory* (MRNI, deutsch etwa: Inventar männlicher Rollennormen), das mithilfe eines standardisierten Fragebogens erhoben wird. Die Maßstäbe hierfür berücksichtigen in der Regel verschiedene Teilbereiche, vor allem Selbstvertrauen und Härte, Vermeidung von Weiblichkeit, die Bedeutung von Status und Leistung sowie Aggression.<sup>05</sup>

Bei Wahlen bevorzugen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner regelmäßig Politiker, die Züge dieser „idealen Männlichkeit“ aufweisen. Dieses Verhalten liegt zum Teil in der Ansicht begründet, dass Männer eben Männer und Frauen eben Frauen sein sollten – beide im traditionellen Sinne: Die Männer sollen das Geld nach Hause bringen und die Frauen sich um Haushalt und Kinder kümmern. Tatsächlich sind die Ameri-

kaner dafür bekannt, dass sie klare und getrennte Geschlechterrollen für Männer und Frauen befürworten. So zeigt auch die Forschung, dass Menschen in amerikanischen und europäischen Kulturen eher dazu neigen, Merkmale deutlich stärker in „männliche“ und „weibliche“ Kategorien einzuteilen als Menschen in asiatischen oder afrikanischen Kulturen, in denen geschlechtsspezifische Merkmale nicht so scharf getrennt sind.<sup>06</sup> Erfolgreiche US-Politiker sind daher, wie bereits angesprochen, häufig Personen, die sich zumindest im Auftreten besonders männlich geben.

## BEDROHTE AMERIKANISCHE MÄNNLICHKEIT

In seinem Buch „Of Boys and Men“ befasst sich der Sozialwissenschaftler Richard Reeves mit den Schwierigkeiten, mit denen amerikanische Jungen und Männer heute konfrontiert sind: Jungen hinken bei der Bildung hinterher, erreichen im Vergleich zu Mädchen einen niedrigeren Notendurchschnitt und machen seltener einen Abschluss. Das hat dazu geführt, dass sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Bildung umgekehrt haben. Während Männer in den 1970er und 1980er Jahren bei College- und höheren Abschlüssen in der Mehrheit waren, liegen seit den 1990er Jahren die Frauen vorne. Heute ist der Anteil der Frauen, die einen Hochschulabschluss machen, 40 Prozent höher als bei den Männern. Auch auf dem Arbeitsmarkt haben Männer zu kämpfen, weil sie vom Stellenabbau im Zuge der Rezession 2007 bis 2009 deutlich stärker betroffen waren. Darüber hinaus ist auch die Vaterrolle zunehmend einem Wandel unterworfen und bietet weniger Stabilität. Da viele Männer den Familienunterhalt nicht mehr allein bestreiten, weichen traditionelle Familienstrukturen auf. Gleichzeitig gibt es kaum Unterstützung für Männer, mit dieser neuen Realität umzugehen.<sup>07</sup>

In der Folge fühlen sich viele Männer „entmannt“ oder zumindest in ihrer Männlichkeit bedroht. Da Männer, insbesondere *weiße* Männer, das Machtgefüge in den USA traditionell dominiert haben, mag vielen ihre privilegierte sozi-

**01** Vgl. Opinion Research Corporation, ORC Public Opinion Index, Question 64, USORC.033071.R03O1, Cornell University, Ithaca NY 1971; Roper Center for Public Opinion Research, <https://doi.org/10.25940/ROPER-31107609>.

**02** Vgl. Geert Hofstede, *Masculinity at the National Cultural Level*, in: Y. Joel Wong/Stephen R. Wester (Hrsg.), *APA Handbook of Men and Masculinities*, Washington, D.C. 2016, S. 173–186.

**03** Vgl. Raewyn Connell, *Gender and Power*, New York 1987.

**04** Vgl. Edward H. Thompson/Joseph H. Pleck/David L. Ferrera, *Men and Masculinities: Scales for Masculinity Ideology and Masculinity-Related Constructs*, in: *Sex Roles* 27/1992, S. 573–607.

**05** Vgl. Monika L. McDermott/David R. Jones, *Measuring Masculinity Across Disciplines*, in: Monika L. McDermott/Dan Cassino (Hrsg.), *Masculinity in American Politics*, New York 2025.

**06** Vgl. Paul T. Costa Jr./Antonio Terracciano/Robert R. McCrae, *Gender Differences in Personality Traits Across Cultures*, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 81/2001, S. 322–331.

**07** Vgl. Richard V. Reeves, *Of Boys and Men*, Washington, D.C. 2022 (dt. Ausgabe: *Von Jungen und Männern*, Berlin 2023).

ale Stellung nur recht und billig vorgekommen sein. Die angespannte wirtschaftliche Situation lässt diese Veränderungen nun weitaus gravierender erscheinen. Die im 20. und 21. Jahrhundert aufgekomenen Bewegungen für die Rechte von Afroamerikanerinnen und Afroamerikanern, Frauen und der LGBTQ+-Community wurden daher als zusätzliche Bedrohung für die Stellung weißer Männer aufgefasst. Als diesen Gruppen mehr Rechte eingeräumt wurden, begannen weiße – und auch andere – Männer, sich Sorgen um ihre eigenen Rechte zu machen, weil sie glaubten, es handele sich um eine Art Nullsummenspiel. Wenn Männern ihre privilegierte Position nie bewusst war, erscheint es ihnen also wie eine ungerechte Zurücksetzung, wenn diese Bevorteilung – ob tatsächlich oder nur in ihrer Wahrnehmung – zu erodieren beginnt.<sup>08</sup>

Der *backlash* ließ nicht lange auf sich warten: Viele weiße Männer sahen in anderen Gruppen und allgemein in einer progressiven Politik – als Quelle verschiedener Bürgerrechtsbewegungen – eine Bedrohung ihrer Männlichkeit. In einigen wenigen Fällen war diese Reaktion extrem und führte zu Gewalt. Im Großen und Ganzen aber führte sie vor allem zu Wut und Unzufriedenheit. Diese Stimmung verschärfte sich vermutlich auch deshalb weiter, weil 2008 erstmals ein Schwarzer zum US-Präsidenten gewählt wurde: der Demokrat Barack Obama, Sohn einer weißen amerikanischen Mutter und eines kenianischen Vaters.

Kurz vor Ende seiner zweiten Amtszeit folgte ein weiterer politischer Schock für das männliche Selbstverständnis: 2016 wurde Hillary Clinton zur Präsidentschaftskandidatin der Demokraten gekürt. Clinton war nicht nur die erste Frau, die von einer großen Partei nominiert wurde, sondern auch eine Kandidatin, die aufgrund ihrer Bekanntheit und Erfahrung durchaus Erfolgsaussichten hatte. Dies war die ultimative Kränkung für Männer, die ohnehin das Gefühl hatten, sie hätten ihre traditionelle Rolle in der Gesellschaft eingebüßt – was den männlichen *backlash* weiter befeuerte.

Dieser zeigt sich jüngst auch im neu entfachten Eifer, mit dem konservative Amerikanerinnen und Amerikaner traditionelle Geschlechterrollen verteidigen. Fast die Hälfte der amerikanischen Männer war 2024 der Meinung, dass Frauen wie-

der ihre traditionelle gesellschaftliche Rolle einnehmen sollten. Darüber hinaus vertreten fast acht von zehn republikanischen Männern und über zwei Drittel der republikanischen Frauen die Ansicht, die amerikanische Gesellschaft sei „zu weich und weiblich“ geworden.<sup>09</sup> All diese Emotionen – die gefühlte „Entmännlichung“ der Männer, die Wut und die Unzufriedenheit – sowie der Wunsch nach traditionellen Geschlechterrollen boten Ansatzpunkte im Wahlkampf des vergangenen Jahres. Wer so empfand, war bereit für einen Kandidaten, der Menschen wie *sie* in den Vordergrund stellen würde, der Männern die Aufmerksamkeit zuteilwerden ließ, die sie ihrer Meinung nach verdienten, und gleichzeitig die Opposition als Schreckgespenst oder Monster darstellte, das ihnen das alles eingebrockt hatte.

### TRUMPS ERSTER TRIUMPH: MAGA 2016

Donald Trump – Milliardär, Geschäftsmann, Playboy und ehemaliger Reality-TV-Star – hatte schon einige Zeit mit dem Gedanken geliebäugelt, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen, bevor er sich 2016 schließlich wirklich dafür entschied. In Interviews nannte er den wesentlichen Grund für seine Kandidatur: Aufmerksamkeit und Ansehen. Das Streben nach der Präsidentschaft hatte er schon länger als Selbstvermarktungsstrategie genutzt – eine mögliche Kandidatur hatte er bereits 1987 erwähnt, als sein Buch „The Art of the Deal“ erschien. Indem er immer wieder darüber sprach und mit seinem Namen und seinen groß angelegten unternehmerischen Aktivitäten auffiel, blieb er als (potenzieller) politischer Akteur präsent, wenn auch zunächst nur am Rande. 2016 schien sowohl aus persönlicher wie geschäftlicher Perspektive der richtige Zeitpunkt gekommen. Dank der Reality-TV-Show „The Apprentice“ und dem damit verbundenen Promi-Status war er einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Und er wusste, dass die Präsidentschaftskandidatur, selbst wenn er die Wahl nicht gewinnen sollte, ihm neue geschäftliche Möglichkeiten eröffnen würde. Er hatte also sowohl die Mittel als auch ein Motiv.

<sup>08</sup> Vgl. Michael Kimmel, *Angry White Men. American Masculinity at the End of an Era*, New York 2013 (dt. Ausgabe: *Angry White Men. Die USA und ihre zornigen Männer*, Zürich 2015).

<sup>09</sup> Vgl. Michael Tesler/John Sides/Colette Marcellin, *Republican Men and Women Are Changing Their Minds About How Women Should Behave*, 27.2.2025, [www.nytimes.com/2025/02/27/opinion/trump-republicans-masculinity-gender-traditional.html](https://www.nytimes.com/2025/02/27/opinion/trump-republicans-masculinity-gender-traditional.html).

Und er hatte eine günstige Wahlgelegenheit. Trump hatte stets das Leben eines Alphamännchens geführt – umgeben von viel Geld, schönen Frauen und mit der Einstellung, die Welt liege ihm zu Füßen. Im Grunde verkörperte er das Bild des hegemonialen amerikanischen Mannes, das viele Männer anstrebten. Damit schien er perfekt geeignet für die Rolle des Anführers, den das Land nach Ansicht vieler, meist weißer, Männer brauchte. Und, ein weiterer wichtiger Faktor: Er folgte auf den ersten Schwarzen US-Präsidenten. In vielerlei Hinsicht war Trump der Gegenentwurf zu Obama. Er hatte es sich zu einer Art Hobby gemacht, Obama zu bekämpfen, und ging dabei sogar so weit, dessen US-Staatsbürgerschaft infrage zu stellen, um ihn für die Präsidentschaft zu diskreditieren. Trump betrat außerdem zu einem Zeitpunkt die Bühne, als die Tea-Party-Bewegung – in erster Linie weiße „patriotische“ Gegner von Obamas Politik und Präsidentschaft – gerade von ihr abtrat. Und wer wäre für einen hegemonialen Mann im Kampf um die Präsidentschaft besser als Gegner geeignet als eine starke und maskulin wirkende Frau?

Donald Trump passte sich den Gegebenheiten nahezu perfekt an, indem er sich ungeniert mit seinen geschäftlichen und sexuellen Erfolgen brüstete. Seine berüchtigte Aussage über das Begrabschen von Frauen („grab ’em by the pussy“) oder das Theater, dass er angesichts der Behauptung machte, er habe kleine Hände – womit ein Konkurrent, der heutige Außenminister Marco Rubio, nahelegen wollte, dass Trump kleine Geschlechtsteile habe –, erinnerten an Lyndon B. Johnson und dessen Umgang mit seiner Männlichkeit. Dahinter stand das Bedürfnis, als „echter Mann“ wahrgenommen zu werden, und nicht als das verwöhnte, unsportliche, reiche Kind, das er in Wirklichkeit gewesen war. Diese besondere Form der sexuellen Männlichkeit in Verbindung mit seinem offensichtlichen beruflichen Erfolg und seinen Kontakten zur Welt der Reichen und Schönen machte Trump zur Verkörperung hegemonialer Männlichkeit.

All die genannten Faktoren boten ihm im Wahlkampf 2016 Möglichkeiten, die sich in anderen Wahljahren vielleicht nicht ergeben hätten. In gewisser Weise war Trump der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Keiner seiner Konkurrenten in den Vorwahlen der Republikanischen Partei wusste die Wut der weißen Männer, die in jener Zeit unter (und häufig auch an) der Oberfläche brodelte, so zu nutzen wie Trump.

Er stand für eine andere Art von Politiker, weil er kein Politiker war, und hob sich damit von seinen Konkurrenten ab. Er nahm kein Blatt vor den Mund und sprach mehr oder weniger ungefiltert aus, was ihm in den Kopf kam. Doch keine Peinlichkeit und kein Tabubruch fiel auf ihn zurück, wie es bei anderen Kandidaten, deren Persönlichkeit weniger gefeiert wurde, wohl der Fall gewesen wäre. Stattdessen fand er damit genau bei denjenigen Anklang, die nur darauf warteten, endlich offen darüber zu diskutieren, was mit den USA angeblich nicht stimmte: bei wütenden Männern. Trumps hegemoniale Männlichkeit und deren unverhohlene Zurschaustellung – von unflätigen Bemerkungen über Frauen bis hin zur offenen Ablehnung politischer Korrektheit oder gar der Androhung körperlicher Gewalt gegen Demonstranten bei seinen Auftritten – waren Balsam für Männer mit einer beschädigten Männlichkeit.

Der vielleicht erfolgreichste Faktor in Trumps Wahlkampf war sein Slogan, den er von Ronald Reagans Kampagne 1980 übernommen hatte: „Make America Great Again“. Obwohl er sehr vage blieb, auf welche Zeit sich dieses „Wieder“ bezog und wie diese Größe damals ausgesehen hatte, weckte Trump damit nostalgische Sehnsüchte bei all jenen, die sich eine Zeit zurückwünschten, als Männer in ihren Augen noch Männer sein durften. Trump erlaubte den weißen Männern, die Opfer zu sein, als die sie sich selbst wahrnahmen – er gab ihnen praktisch die ausdrückliche Genehmigung dafür. Damit stand er in deutlichem Kontrast zur Demokratischen Partei und der politischen Linken, die die Klagen weißer Männer – ob nun zu Recht oder zu Unrecht – als anstößig empfanden. Und das alles sprach nicht nur weiße Männer an, sondern die Arbeiterklasse im Allgemeinen: junge Wähler, die sich Sorgen um ihr wirtschaftliches Auskommen und ihre berufliche Zukunft machten, und diejenigen mit geringerer Bildung. In vielen dieser Gruppen waren auch Frauen, die sich Sorgen um die Ausrichtung des Landes und die traditionellen Geschlechterrollen machten – denn auch viele Amerikanerinnen glauben an die Männlichkeitsideologie und unterstützen traditionelle männliche und weibliche Rollen.

Dass Trump viele weiße männliche Stimmen erhielt, zeigt die Nachwahlbefragung 2016: Im Vergleich zum 2012 unterlegenen republikanischen Kandidaten Mitt Romney legte Trump 2016 unter den Männern um fünf Prozentpunkte zu. Außerdem gewann er gegenüber 2012 fünf Prozentpunk-

te in der jüngsten Wählergruppe (18- bis 29-Jährige), zehn Prozentpunkte unter Wählern mit einem College- oder Junior-College-Abschluss und erstaunliche 14 Prozentpunkte bei Weißen ohne College-Abschluss. Trump erzielte auch einen hohen Stimmenzuwachs bei Wählern mit niedrigem Einkommen.<sup>10</sup> Sein Erfolg im *Rust Belt*, dem einstigen Industriezentrum im Nordosten der USA, wo viele Männer ihre Arbeit verloren hatten, gründete auf diesem Zuwachs und verschaffte ihm die erforderlichen Wahlmännerstimmen, obwohl er nicht die Mehrheit aller Wählerstimmen (*popular vote*) für sich verbuchen konnte.

Alles in allem sicherte Trump sich die „Männlichkeitsstimmen“ (*masculinity vote*), also derjenigen, die jemanden wie ihn geradezu herbeigeseht hatten. Laut einer Untersuchung der Psychologen Theresa K. Vescio und Nathaniel E. C. Schermerhorn war hegemoniale Männlichkeit – gemessen als Männlichkeitsideologie – sowohl bei den Wahlen 2016 als auch 2020 ein wesentlicher Faktor für die Stimmabgabe zugunsten Trumps.<sup>11</sup> Bei der Wahl 2020 schien die breite Öffentlichkeit allerdings genug zu haben von seiner unverhohlenen Maskulinität und Negativität. Einer Studie des Pew Research Center zufolge waren 2019 mehr als acht von zehn US-Bürgerinnen und -Bürgern der Ansicht, dass die politische Debatte in den USA sehr negativ, weniger respektvoll und weniger faktenbasiert geworden sei.<sup>12</sup> Vielleicht hatte sich Trump mit seinem Versprechen, in Washington den „Sumpf trockenlegen“, selbst ein Bein gestellt. Nun war schließlich er der amtierende Präsident und wurde für das geringe Vertrauen in die Regierung und die Unzufriedenheit damit, wie die Dinge angegangen wurden, verantwortlich gemacht.

## WIEDERAUFSTIEG VON MAGA 2024

Die Wahl 2024 wies zahlreiche Parallelen zur Wahl 2016 auf. Die Unzufriedenheit unter wei-

ßen Männern bestand nach wie vor, womöglich war sie sogar noch gewachsen. Zudem glaubten viele, 2020 sei Trump der Wahlsieg gestohlen worden. Darüber hinaus trat Trump wieder gegen eine Frau an, dieses Mal gegen eine Kandidatin mit indisch-afrokaribischen Vorfahren. Kamala Harris stieg erst spät in den Ring, nachdem Präsident Joe Biden sieben Wochen vor dem Wahltag zurückgezogen hatte. Trump hatte nicht nur erneut weibliche Konkurrenz, sondern auch wieder den Vorteil, nicht der aktuelle Amtsinhaber zu sein. Harris versuchte zwar, sich von Bidens Wirtschaftspolitik zu distanzieren, hatte damit jedoch keinen Erfolg.

Und so konnte Trump mit seiner MAGA-Botschaft erneut punkten, vor allem bei der Arbeiterklasse. Doch auch in einstigen Hochburgen der Demokraten gewann Trump bei männlichen People of Color verblüffend viele Stimmen hinzu. Zum ersten Mal verfiel sein Appell an die Männlichkeit auch jenseits der angestammten weißen Wählergruppe. Zwischen 2016 und 2024 hatte sich für Männer in den USA nicht viel geändert, der Negativtrend hatte sich allenfalls noch verschärft. Von Arbeitsplatzverlusten waren weiterhin überwiegend Männer betroffen, während die Beschäftigungsquote bei Frauen gestiegen war.<sup>13</sup>

Arbeitsplätze und Wirtschaft waren 2024 die dominierenden Wahlkampfthemen – was sich für Amtsinhaber häufig nachteilig auswirkt. Gerade erwerbslosen Männern erschien Trump als Heilsbringer. Und dieses Mal stieß er ethnische und andere Minderheiten nicht mit saloppen Sprüchen vor den Kopf, die viele als rassistisch oder zumindest als Provokation betrachteten,<sup>14</sup> sondern setzte sich für ihre Sache ein – auch wenn er sich dabei nicht politisch korrekt ausdrückte. Beim TV-Duell gegen Biden im Juni 2024 sagte Trump über Einwanderer: „Sie nehmen *Black jobs*, sie nehmen *Hispanic jobs*, aber das Schlimmste, was in unserer Geschichte passieren wird, das werdet ihr erst noch sehen.“<sup>15</sup> Trump bemühte sich, seine Position auszubauen, um auch bei denen anzu-

**10** Vgl. Election 2016: Exit Polls, 8. 11. 2016, [www.nytimes.com/interactive/2016/11/08/us/politics/election-exit-polls.html](http://www.nytimes.com/interactive/2016/11/08/us/politics/election-exit-polls.html).

**11** Vgl. Teresa K. Vescio/Nathaniel E. C. Schermerhorn, Hegemonic Masculinity Predicts 2016 and 2020 Voting and Candidate Evaluations, in: Proceedings of the National Academy of Sciences 118/2021, <https://doi.org/10.1073/pnas.2020589118>.

**12** Vgl. Pew Research Center, Public Highly Critical of State of Political Discourse in the U.S., 19. 6. 2019, [www.pewresearch.org/politics/2019/06/19/public-highly-critical-of-state-of-political-discourse-in-the-u-s](http://www.pewresearch.org/politics/2019/06/19/public-highly-critical-of-state-of-political-discourse-in-the-u-s).

**13** Vgl. Reeves (Anm. 7), S. 20.

**14** Vgl. Brian P. Tilley, „I Am the Law and Order Candidate.“ A Content Analysis of Donald Trump’s Race-Baiting Dog Whistles in the 2016 Presidential Campaign, in: Psychology 11/2020, S. 1941–1974.

**15** Vgl. Rob Wile/Char Adams, „Black Jobs“? Trump Draws Pushback After Anti-Immigration Rant, 28. 6. 2024, [www.nbcnews.com/news/nbcblk/trumps-anti-immigration-black-jobs-reactions-presidential-debate-rcna159375](http://www.nbcnews.com/news/nbcblk/trumps-anti-immigration-black-jobs-reactions-presidential-debate-rcna159375).

kommen, die nicht zu seiner weißen männlichen Stammwählerschaft gehörten. Und die Strategie ging auf.

Trumps hegemoniale Männlichkeit zog auch bei Schwarzen Männern und Latinos. Mit Harris als Gegenkandidatin hatte Trump es zwar bei Schwarzen Frauen schwerer – sie konnten Harris mehr abgewinnen als Biden –, gleichzeitig legte er aber bei Schwarzen Männern im Vergleich zu 2016 um acht Prozentpunkte auf nun 21 Prozent zu. Das ist bei Weitem nicht die Mehrheit, jedoch eine deutliche Verbesserung. Sein Abschneiden unter lateinamerikanischen Männern war noch verblüffender: Hier gewann Trump mit einem Vorsprung von zehn Prozentpunkten vor Harris und schaffte damit eine deutliche Trendwende, denn 2016 hatte er hier noch 31 Prozentpunkte hinter Clinton gelegen. Bei den Latinas steigerte sich Trump 2024 von 25 auf 39 Prozent und lag damit nur noch 19 Prozentpunkte hinter Harris – in einer Gruppe, bei der er acht Jahre zuvor noch 44 Prozentpunkte hinter Clinton gelegen hatte. Auch in anderen Hochburgen der Demokraten konnte Trump mit seiner männlichen MAGA-Botschaft Harris Stimmen abjagen. Seine Unterstützung bei People of Color mit geringer formaler Bildung stieg im Vergleich zu 2016 um 14 Prozentpunkte auf 34 Prozent. Und bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern konnte er den Vorsprung der Demokraten auf 11 Prozentpunkte begrenzen – 2016 hatte er noch 19 Prozentpunkte betragen.<sup>16</sup>

Unter den jungen Wählerinnen und Wählern ließ sich bei der Wahl 2024 eine große geschlechterspezifische Diskrepanz ausmachen – was vor allem an den jungen weißen Männern lag, die in Scharen zu Trump strömten. Er lag in dieser Gruppe 28 Prozentpunkte vor Harris. Überhaupt fiel das Wahlergebnis 2024 bei jungen Wählerinnen und Wählern stärker republikanisch und konservativ aus als üblich.<sup>17</sup> Da ist es auch kein Zufall, dass Trump zum ersten Mal die Mehrheit der Erstwählerinnen und -wähler von sich überzeugen konnte.

<sup>16</sup> Vgl. Zachary B. Wolf/Curt Merrill/Way Mullery, *Anatomy of Three Trump Elections. How Americans Shifted in 2024 vs. 2020 and 2016*, 6. 11. 2024, [www.cnn.com/interactive/2024/politics/2020-2016-exit-polls-2024-dg](http://www.cnn.com/interactive/2024/politics/2020-2016-exit-polls-2024-dg).

<sup>17</sup> Vgl. Center for Information & Research on Civic Learning and Engagement, *The Youth Vote in 2024*, 15. 1. 2025, <https://circle.tufts.edu/2024-election#gender-gap-driven-by-young-white-men,-issue-differences>.

Dabei wurde er unter anderem von seinem Sohn Baron unterstützt, der selbst im Collegealter war und seinem Vater riet, die vielen Podcasts zu nutzen, die nicht zuletzt auch aufgrund der Männlichkeitskrise in den USA wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Und so trat Trump in etablierten Podcasts wie dem von Joe Rogan auf, aber auch in neueren, die als *hang-outs for bros* gelten, und nutzte sie als politische Plattform und reichweitenstarkes Megafon. Bislang gibt es noch keine wissenschaftlichen Studien zu diesen Podcasts, ihrer Hörerschaft und ihrem Einfluss auf Trumps Stimmenanteil – doch war es sicher nicht von Nachteil, unzufriedene junge Männer auf diese Weise anzusprechen.

## FAZIT

Wie schon festgestellt, war Donald Trump vermutlich der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort, um die Krise der amerikanischen Männlichkeit für sich zu nutzen. Die Daten und Fakten sprechen jedenfalls dafür. Trumps Auftreten im Wahlkampf – das übrigens, so berichten Beobachter, auch nicht anders sei als sein sonstiges Auftreten – war extrem maskulin.

Dafür wird häufig, zum Teil auch in akademischen Kreisen, der Begriff „toxische Männlichkeit“ verwendet. Das Problem ist nur, dass es keine wissenschaftliche Definition dieser „toxischen Männlichkeit“ gibt. Der Begriff ist zudem ein normatives Statement, doch in den Sozialwissenschaften ziehen wir es vor, diese Art von Werturteil zu vermeiden. Vielleicht wäre „Hypermaskulinität“ der bessere Ausdruck, um Trumps Selbstinszenierung zu beschreiben. Ob nun definiert in Hinblick auf Persönlichkeitsmerkmale, männliche Idealformen oder die Männlichkeitsideologie – Trumps Verhalten liegt auf jeden Fall am äußersten Ende der Skala männlicher Performance.

Aus dem Englischen von Heike Schlatterer, Pforzheim.

## MONIKA L. MCDERMOTT

ist Professorin für Politikwissenschaften an der Fordham University, New York. Zuletzt erschien von ihr als Herausgeberin *„Masculinity in American Politics“* (NYU Press 2025).

# COULD THIS BE GREAT?

## Trump als Chance

*Peter Rough*

Im Juni 2018, siebzehn Monate nach dem Beginn von Donald Trumps erster Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, kommentierte der ehemalige Außenminister und Doyen der US-Diplomatie Henry Kissinger: „Trump könnte eine jener historischen Figuren sein, die von Zeit zu Zeit auftauchen, um das Ende einer Ära zu markieren und diese zu zwingen, den alten Schein aufzugeben.“<sup>01</sup> Diese Einschätzung hat sich als vorausschauend erwiesen. Sämtliche Illusionen, die von Europäern und Amerikanern gehegt wurden, dass die erste Trump-Regierung keine Spur in den Geschichtsbüchern hinterlassen werde, machte die Wiederwahl Trumps zunichte. Joe Biden verkörpert jetzt die Vergangenheit, während Donald Trump für die Zukunft steht. Trump ist heute keine bloße Fußnote der Geschichte, sondern ein Vorbote dessen, wie sich der Stil und das Gebaren in den Auslandsbeziehungen bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts wandeln könnten. Wenn Europa sich ernsthaft mit Trump auseinandersetzt, kann es den Dialog mit den USA stärken, sich für die kommenden Turbulenzen wappnen und sich in der Welt von morgen positionieren.

Wie mein Kollege Walter Russell Mead feststellte, erschüttert die Informationsrevolution den Westen so fundamental wie die Industrielle Revolution die Gesellschaften im 19. Jahrhundert.<sup>02</sup> Es wäre töricht zu denken, dass derart grundlegende gesellschaftliche Veränderungen keinen Einfluss auf unsere Politik hätten. Die USA sind nur eines von vielen westlichen Ländern, deren politische Konventionen im Mahlstrom des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels auf den Kopf gestellt worden sind.

Die Intensität dieses Sturms ist das Ergebnis zweier zusammenlaufender Entwicklungen. Da ist zum einen die Deindustrialisierung. Nach dem Kalten Krieg schuf der Westen ein Netz aus Institutionen und Initiativen, bekannt als Washington-Konsens, um den Liberalismus rund um den Globus

voranzubringen. Während drei der vergangenen vier Jahrzehnte ist es diesem System jedoch nicht gelungen, die politische Grundherausforderung des 21. Jahrhunderts zu lösen: Wie können sich freie und offene Gesellschaften gegen Akteure schützen, die ihnen von innen heraus schaden wollen? In den 2000er Jahren bezog sich diese Fragestellung vor allem auf den internationalen Terrorismus, neuerdings wird sie auch mit der Volksrepublik China in Verbindung gebracht. Die Kritik, dass liberale Institutionen wie die Welthandelsorganisation das Erstarken einer doppelzüngigen Volksrepublik erleichtert haben, statt es zu verhindern, ist in den USA heute sehr verbreitet. Seit sie zur Supermacht aufgestiegen ist, hat die Volksrepublik die Fertigungswirtschaft Amerikas niedergerissen und sein industrielles Herzland ausgehöhlt.

Zum anderen erlebt die Welt revolutionäre Veränderungen, wie Informationen verbreitet werden. Die Demokratisierung der Informationsverbreitung durch Social-Media-Plattformen hat neuen Stimmen, und so auch den Kritikern des liberalen Systems, eine Möglichkeit gegeben, den Status quo herauszufordern. Diese Stimmen haben die traditionellen Medien aufgemischt, die ihrerseits Fehler begingen. Im Laufe der Zeit begannen viele Amerikaner, die etablierten Medien mit ideologischem Liberalismus zu verbinden. So wurde 2024 der Kommentar von JD Vance, dass man das „ganze Projekt [der liberalen Ordnung] überdenken“ müsse, bei seinem Aufstieg vom Senator zum Vizepräsidenten eher für politisches Kapital als für einen Makel gehalten.<sup>03</sup>

Natürlich ist es möglich, dass diese Verschiebungen überbewertet werden. Viele politische Anführer in den USA, die der Republikanischen Partei inbegriffen, betrachten die Bretton-Woods-Institutionen und die NATO weiterhin als wichtige Bestandteile der amerikanischen Machtausübung. Doch die US-Außenpolitik wird zunehmend transaktional und nationalistisch und weniger wertebasiert und multilateral. Dieser Trend hat sieben Folgen für Europa.

## FOLGEN FÜR EUROPA

*Erstens* sollte Europa nicht auf uneingeschränkte amerikanische Unterstützung für das Projekt der europäischen Integration zählen. In Bereichen, von denen die USA glauben, dass die EU wirtschaftliche Interessen Amerikas voranbringen oder behindern könnte, wird Washington sich engagieren. In Bereichen, in denen die gemeinsame EU-Politik unterentwickelt ist, wie in der Außen- und Sicherheitspolitik, dürfte Washington wenig Interesse an Brüssel zeigen. Ende Februar 2025 lehnte US-Außenminister Marco Rubio es ab, Kaja Kallas zu treffen, die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, nachdem diese bereits nach Washington gereist war, und schrieb die Entscheidung „Termingründen“ zu. Die neue Trump-Regierung wird Europa weniger als einheitlichen Akteur betrachten, sondern mehr als ein Mosaik aus Nationalstaaten mit verschiedenen Interessen und Prioritäten, von denen viele oft miteinander konkurrieren.

*Zweitens* kann Europa die gemeinsam erbrachten Opfer früherer Zeiten nicht nutzen, um das transatlantische Bündnis von heute zu rechtfertigen. Es ist wahrscheinlicher, dass Präsident Trumps Wahrnehmung des transatlantischen Bündnisses von seinem Frust über Europas Trittbrettfahrertum und Handelsüberschuss gefärbt ist als von irgendwelchen Verweisen auf die Vergangenheit. Allerdings gibt es Ausnahmen: Trumps Affinität für das Vereinigte Königreich, seine Zuneigung zum französischen Präsidenten Emmanuel Macron und seine Wertschätzung von Polens Verteidigungsausgaben bieten Europa Anknüpfungspunkte. Doch Trump ist entschlossen, die transatlantischen Beziehungen zugunsten der Vereinigten Staaten umzugestalten. Was zählt, ist das Hier und Jetzt – und das, wozu die europäischen Nationen bereit sind, um etwas ins Gleichgewicht zu bringen, was Trump für eine einseitige Beziehung hält.

**01** Henry Kissinger: „We are in a very, very grave period“, 20.7.2018, [www.ft.com/content/926a66b0-8b49-11e8-bf9e-8771d5404543](http://www.ft.com/content/926a66b0-8b49-11e8-bf9e-8771d5404543).

**02** Vgl. Walter Russell Mead, *The Information Economy and Global Revolution*, 7.1.2020, [www.youtube.com/watch?v=ADVCO94Aoi8](http://www.youtube.com/watch?v=ADVCO94Aoi8).

**03** Vgl. Ian Ward, *The Grand Strategy Behind J.D. Vance's Latest Push To Kill Ukraine Aid*, 18.4.2024, [www.politico.com/news/magazine/2024/04/18/jd-vance-ukraine-aid-00153201](http://www.politico.com/news/magazine/2024/04/18/jd-vance-ukraine-aid-00153201).

*Drittens* sollte Europa von Präsident Trump nicht die Sprache der *soft power* erwarten. In Anbetracht seiner Vorliebe für Marketing dürfte es überraschend klingen, dass der Präsident wenig dafür übrig hat. Nach seinem Verständnis der Welt werden Länder angetrieben von nationalen Interessen und nicht von einem altruistischen Pflichtgefühl gegenüber einem wertebasierten Bündnis. Innerhalb der ersten sechs Wochen seiner Amtszeit hat Trump treue Verbündete wie Kanada und Dänemark in Aufruhr gebracht und wichtige Partner wie Mexiko und die Ukraine verärgert. Ob diese Länder von seinem Verhalten irritiert oder empört sind, ist für ihn belanglos. Seiner Meinung nach wird ihr Handeln von einer nüchternen Betrachtung nationaler Interessen bestimmt.

*Viertens* muss sich Europa mit der Tatsache abfinden, dass es nicht länger das *Primum Mobile* globaler Angelegenheiten ist, das den maßgeblichen Ausschlag für entscheidende Veränderungen gibt. Präsident Trump glaubt nicht an europäischen Exzeptionalismus. In seinem Denken ist Europa bei Weitem nicht das Kernstück der amerikanischen *grand strategy*. Stattdessen widmet die Trump-Regierung der westlichen Hemisphäre und Ostasien mindestens genauso viel Zeit und Anstrengung wie Europa. Tatsächlich verstärkt Europas Bedeutung als Ursprung ausländischer Direktinvestitionen und starker Handelspartner lediglich die Sicht der Trump-Regierung, dass der Kontinent reich genug ist, um die meisten seiner Sicherheitsprobleme selbst zu lösen. Wie Trump Anfang März 2025 signalisierte, wird seine Regierung im Blick behalten, welche Länder ihr Ziel bei den Verteidigungsausgaben erreichen und welche weiter hinterherhinken. Das bedeutet nicht, dass die USA die NATO direkt verlassen werden, aber es stellt sich die Frage nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages, der sogenannten Beistandsklausel.<sup>04</sup>

*Fünftens* sollte Europa erkennen, dass Präsident Trump fest entschlossen ist, als Friedensstifter in die Geschichte einzugehen. Seine Regierung lässt keine Gelegenheit aus, um über die Bedeutung von Frieden zu sprechen. Wie Trump in seiner Antrittsrede am 20. Januar 2025 sagte, möchte er, dass sein Vermächtnis definiert werde von „den Kriegen, die wir beenden, und viel-

**04** Vgl. Trevor Hunnicuttt/David Brunnstrom, *Trump: If NATO Members Don't Pay, US Won't Defend Them*, 6.3.2025, [www.reuters.com/world/trump-if-nato-members-dont-pay-us-wont-defend-them-2025-03-07](http://www.reuters.com/world/trump-if-nato-members-dont-pay-us-wont-defend-them-2025-03-07).

leicht am wichtigsten, den Kriegen, in die wir gar nicht erst geraten“.<sup>05</sup> Dies wird besonders deutlich an seiner Ukraine-Politik, ist aber auch eine Ordnungsidee für den Nahen Osten, wo Trumps Hauptpriorität darin besteht, das 2020 von Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain geschlossene Abraham-Abkommen auf Saudi-Arabien auszuweiten. Zudem möchte Trump einen Krieg mit Iran vermeiden. Kurz nach seinem Amtsantritt beschrieb er seine Iran-Politik folgendermaßen: „Es gibt zwei Wege, sie zu stoppen: Mit Bomben oder einem Stück Papier. Mir wäre es viel lieber, einen Deal zu machen, der ihnen nicht wehtut.“<sup>06</sup> Trump hat die Fähigkeit, zur selben Zeit Drohungen auszusprechen und Annäherung zu suchen. Während seiner ersten Amtszeit drohte er Nordkorea mit Vernichtung, bevor er Beziehungen zu Kim Jong-un aufnahm. Dieses Muster zeigt sich auch heute, wenn Trump der Hamas droht und sie zugleich in Gespräche einbezieht. In ähnlicher Weise wird die Trump-Regierung auch in diesem Fall die Geiseldiplomatie vorantreiben, um die Freilassung gefangener US-Amerikaner zu erwirken – so wie es in Verhandlungen mit Venezuela und Russland bereits gelungen ist.

*Sechstens* sollte sich Europa darauf vorbereiten, dass die USA ihre Beziehungen zu Russland wiederherstellen. In den vergangenen Jahren sahen diejenigen, die nun auf höchster Ebene der Trump-Regierung dienen, mit Entsetzen zu, wie Russland und die Volksrepublik China begannen, gemeinsam Einfluss auf die eurasische Landmasse auszuüben. „Das Einzige, was man niemals will, ist, dass Russland und China sich vereinen“, sagte Trump auf seiner Wahlkampftour im November 2024. „Ich werde sie ent-einen müssen, und ich denke, dass ich das auch kann. Ich muss sie ent-einen.“<sup>07</sup> Im Vorfeld der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz führte Vance das Denken der Regierung weiter aus: „Es liegt nicht in Putins Interesse, der kleine Bruder in einer Koalition mit China zu sein“, er-

klärte er.<sup>08</sup> Weil der Status als Juniorpartner Chinas am russischen Nationalstolz nage, sei Moskau diesem Denken nach für eine ökonomische und politische Alternative zu Beijing bereit. Angetrieben vom Wunsch nach strategischer Stabilität wird die Trump-Regierung einen umfassenden Neustart mit Moskau anstreben.

*Siebtens* sollte die EU erkennen, dass die USA frustriert sind vom europäischen Opportunismus. Trumps Feindseligkeit gegenüber der EU leitet sich zum Teil von der Tatsache ab, dass Europa groß genug ist, um sich in ökonomischen Angelegenheiten gegenüber den USA unflexibel zu zeigen, während es in der militärischen Arena von Washington abhängig bleibt. Oftmals schließt sich der Kontinent zu einem Block zusammen oder spaltet sich aufgrund nationaler Interessen, je nachdem, was ihm in seinen Beziehungen zu den USA am besten dient. Das geht Trump auf die Nerven – während sich seine asiatischen Partner den USA gegenüber flexibler verhalten und dabei weniger moralisieren.

## WAS EUROPA TUN KANN

Während jeder einzelne dieser sieben Punkte in Europa für Fassungslosigkeit sorgen mag, stellen sie zusammengenommen den Kontinent vor eine neue Ära. Der Hinweis, dass jede Veränderung auch neue Möglichkeiten mit sich bringt, ist zwar abgedroschen – aber je früher Europa sein Playbook für die anstehende Ära aktualisiert, desto besser wird es ihm ergehen.

*Erstens* sollte Europa Wertschätzung für die US-amerikanische Unterstützung zeigen. Das heißt nicht, dass Kriecherei gefragt ist. Bisweilen findet jedoch ein sanfter Antiamerikanismus, der unter europäischen Eliten in Mode ist, seinen Weg in den X-Feed ranghoher US-Regierungsbeamten. Und in der Welt sozialer Medien können selbst Randbemerkungen oder beiläufige Kommentare leicht zu viralen Posts manipuliert werden. Einer nationalistischen und populistischen US-Regierung, die sich auf innere Angelegenheiten konzentriert und empfindlich auf Kränkungen reagiert, werden Sticheleien ranghoher Europäer gegen den Strich gehen.

**05** Donald Trump, The Inaugural Address, 20. 1. 2025, [www.whitehouse.gov/remarks/2025/01/the-inaugural-address](http://www.whitehouse.gov/remarks/2025/01/the-inaugural-address).

**06** President Donald Trump: We Will Be Bigger, Better and Stronger Than Ever Before, 10. 2. 2025, [www.foxnews.com/video/6368624897112](https://www.foxnews.com/video/6368624897112).

**07** Zit. nach Tom Porter, Trump Said He Will Divide Russia from China. It's a Tough Bromance to Break, 7. 11. 2024, [www.businessinsider.com/donald-trump-plan-divide-china-russia-axis-is-likely-fail-2024-11](https://www.businessinsider.com/donald-trump-plan-divide-china-russia-axis-is-likely-fail-2024-11).

**08** Zit. nach Bojan Pancevski/Alexander Ward, Vance Wields Threat of Sanctions, Military Action to Push Putin Into Ukraine Deal, 14. 2. 2025, [www.wsj.com/world/europe/vance-wields-threat-of-sanctions-military-action-to-push-putin-into-ukraine-deal-da9c18ac](https://www.wsj.com/world/europe/vance-wields-threat-of-sanctions-military-action-to-push-putin-into-ukraine-deal-da9c18ac).

*Zweitens* sollte Europa anbieten, sich mit den USA bei konkreten Friedensinitiativen zusammenzuschließen. Es könnte solche Angebote in Konflikten jenseits der Ukraine machen, etwa bei den laufenden Verhandlungen zwischen Aserbaidschan und Armenien. Europa sollte tun, was in seiner Macht steht, um diese Gespräche zu fördern, indem es sich mit Washington abstimmt und auf diesem Wege Einfluss auf Schlüsselbeamte zu nehmen versucht. Darüber hinaus kann Europa den Zugang, den Führungsfiguren wie die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zur Trump-Regierung gewonnen haben, nutzen, um eine transatlantische Brücke in der Ukraine-Politik zu bauen. In der ersten Amtszeit Trumps schmeichelten sich die mittel- und osteuropäischen Länder durch eine Kombination aus schneidigem Nationalismus, proamerikanischen Haltungen und erhöhten Verteidigungsausgaben bei republikanischen Anführern ein. Von Polen über Litauen bis hin zur Tschechischen Republik sind diese Länder in einer guten Position, um die US-Politik zu beeinflussen, wenn sie ihren Rat konstruktiv einbringen, auch mit Blick auf den Krieg in der Ukraine.

*Drittens* könnte Europa hochrangige Wirtschaftsdiplomatie mit den USA in Betracht ziehen. Da Trump die Welt durch die Augen eines Geschäftsmanns betrachtet, sind es vor allem ausländische Direktinvestitionen, die das Weiße Haus beeindrucken – und hochrangigen Europäern begehrte Zeit im Terminkalender des Präsidenten sichern können. Im Gegenzug können solche Ankündigungen Europa helfen, die Beziehungen zu den USA zu verbessern und eine Dynamik in Gang zu setzen, die sich längerfristig auszahlen könnte.

*Viertens* sollte Europa das Wirtschaftswachstum gegenüber sozialen Ausgaben priorisieren. Europa riskiert, in kritischen Technologien, die die Zukunft der globalen Ordnung bestimmen werden – von künstlicher Intelligenz bis zu Quantencomputern –, weiter hinter die USA (und China) zurückzufallen. Statt diese Technologien durch den Binnenmarkt zu regulieren, sollte Europa eine Politik verfolgen, die es dem Kontinent erlaubt, hier voranzugehen. Ohne Innovation wird Europa in der Bedeutungslosigkeit versinken. Um den Respekt und die Aufmerksamkeit der USA zu gewinnen, müssen die Länder Europas ihre wirtschaftliche Leistung steigern.

*Fünftens* müssen die Länder Europas ihre Defizite bei der Verteidigung angehen. Es liegt nahe,

dass Europa selbstständiger und weniger abhängig von den Vereinigten Staaten werden möchte. Gleichzeitig ist Europa nicht in der Lage, die amerikanische Rüstungsindustrie auf absehbare Zeit zu ersetzen. Im Segment der Artillerieraketen produziert zum Beispiel kein europäisches Land außer der Türkei Mehrfachraketenwerfersysteme. Europa verfügt zudem über keinen Ersatz für amerikanische Luft- und Raketenabwehrsysteme. Noch schlechter ist es um die europäischen Verteidigungsfähigkeiten mit Blick auf die Kriegführung der nächsten Generation bestellt, sei es in Weltraumtechnologien oder bei Überwachung und Aufklärung. Wenn Europa die Rüstungsindustrie der USA in diesen Bereichen unterstützt, erhält es nicht nur Beifall aus dem Weißen Haus, sondern hilft sich selbst.

*Sechstens*: Während die USA versuchen, einen Keil zwischen Russland und die Volksrepublik China zu treiben, sollte Europa sich darauf vorbereiten, einer Charmeoﬀensive aus Beijing zu widerstehen. Heute gibt es drei ökonomische Zentren auf der Welt: Nordamerika, Europa und Ostasien. Kissingers *triangular diplomacy* lehrt uns, dass man in solch einer Welt besser zu zweit ist als allein. Europäische Beamte sollten ihren amerikanischen Amtskollegen verdeutlichen, dass die Volksrepublik versuchen wird, jeden Riss in den transatlantischen Beziehungen auszunutzen, um Europa im sino-amerikanischen Wettbewerb zu neutralisieren. Beijing wird Europa anbieten, Einfluss auf Moskau auszuüben, sofern im Gegenzug chinesisches Fehlverhalten geduldet wird. Wenn Europa Washington bei diesem Thema klug einbezieht, kann es amerikanischen Entscheidungsträgern die weitergehenden strategischen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der Unterstützung seitens der NATO verdeutlichen. Die USA sollten Europa an ihrer Seite haben wollen.

*Siebtens* hat Europa die Gelegenheit, in die Lücke zu stoßen, die durch Amerikas Reduzierung von Auslandshilfen in Europa und im globalen Süden verursacht wurde. Während der ersten Wochen im Amt hat die Trump-Regierung ihre Entwicklungsprogramme drastisch gekürzt und die entsprechenden Institutionen auf den Kopf gestellt. Dies könnte Europa wirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Außerdem könnte europäische Unterstützung in Grenzstaaten wie der Republik Moldau dort anknüpfen, wo die US-Hilfe zurückgefahren wird, und seine Unterstützung als eine Alternative zu dem schädlichen Einfluss

von Beijing und Moskau sowie als Zeichen transatlantischer Lastenteilung präsentieren.

*Achtens* sollte Europa möglicherweise proaktive Empfehlungen in Betracht ziehen, um Entscheidungen der Trump-Regierung zuvorzukommen, US-Truppen aus Europa abzuziehen. Es liegt nahe, dass die USA im Rahmen einer umfassenden strategischen Neubewertung die konventionellen Truppen auf dem Kontinent reduzieren werden. Gleichzeitig hat Washington nur wenig über seine Vereinbarungen zur nuklearen Teilhabe verlautbaren lassen. Um die Abschreckung zu verstärken, könnten europäische Staaten versuchen, die Trump-Regierung dazu zu bewegen, einen Truppenabzug mit einer Aktualisierung der nuklearen Teilhabe der NATO zu verknüpfen, mit einem besonderen Augenmerk auf Mittel- und Osteuropa. Es ist durchaus denkbar, dass Polen eine Stationierung von US-Atomwaffen auf seinem Gebiet begrüßen würde.

*Neuntens* sollte Europa von Japan lernen. In den 1970er Jahren sah Japan dabei zu, wie die USA ihre Unterstützung von der Republik China (Taiwan) hin zur Volksrepublik China verlagerten. Während Europa am Ende des Kalten Krieges den Sieg der liberalen Demokratie feierte, erkannte Asien, dass die US-Außenpolitik nicht moral- sondern interessengeleitet ist. Dies brachte Tokyo dazu, eine gezielt pragmatische Herangehensweise gegenüber Washington zu entwickeln. Noch vor Präsident Trumps zweiter Amtseinführung versuchte Japan mit der neugewählten Regierung über konkrete Ideen für die Zusammenarbeit zu sprechen, ehe Premierminister Shigeru Ishiba im Februar 2025 das Weiße Haus besuchte. Während der zweiten Amtszeit Trumps sollten sich die Anführer Europas ein Beispiel an Shinzō Abe und Shigeru Ishiba nehmen statt an Angela Merkel und Olaf Scholz.

## ZUM HANDELN GEZWUNGEN

Die zweite Trump-Regierung erschüttert Europa in seinen Grundfesten. Doch das transatlantische Bündnis kann überleben. Mit einer proaktiven Herangehensweise hat Europa die Chance, seine Länder von US-Protectoraten zu vollwertigen Partnern zu machen. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen sollte der Krieg in der Ukraine stehen.

Russlands Überfall auf die Ukraine hat die drängendste Krise verursacht, der Europa gegenübersteht. Ob es Putin gelingt, die Ukraine zu

unterwerfen, sei es durch direkte militärische Eroberung oder durch hybride Mittel, wird davon abhängen, inwieweit Europa darauf vorbereitet ist, Kyjiw zu unterstützen. Indem er auf Gespräche drängt, zwingt Trump Europa dazu, sich seinen Schwächen zu stellen, ehe Russland eine militärische Konfrontation mit einem NATO-Mitgliedstaat vom Zaun bricht.

Zu viele westliche Anführer haben sich hinter hoffnungsvollen Worten über eine zukünftige NATO-Mitgliedschaft der Ukraine versteckt. Dies schürte Erwartungen in Kyjiw, selbst als die USA und Deutschland sich in der Ablehnung solch eines Schrittes einig waren. Nun ist der Moment gekommen, in dem Europa harten Entscheidungen gegenübersteht, ob es willens und fähig ist, bei der Verteidigung der Ukraine die Führung zu übernehmen. Ein guter erster Schritt für die Großmächte Europas bestünde darin, auf die Beschlagnahmung eingefrorener russischer Vermögenswerte zu drängen, die fast vollständig unter europäische Gerichtsbarkeiten fallen.

Als nächstes sollte Europa seine politische Struktur einer kritischen Prüfung unterziehen. Aktuell wird die NATO von den USA dominiert, während Europa von einem mühsamen konsensorientierten Prozess der Entscheidungsfindung gebremst wird. Indem er Europa der Macht Russlands ausgesetzt hat, ohne das amerikanische Engagement auf dem Kontinent ganz zu beenden, hat Trump Europa zum Handeln gezwungen. Aber die USA haben sich nicht so weit zurückgezogen, dass die historischen Rivalitäten des Kontinents in einen offenen Konflikt münden. Dies gibt den Führungsmächten Europas die Gelegenheit, eine „Koalition der Willigen“ zu bilden, die Abschreckung losgelöst von Washington schaffen kann. Nichts davon legt nahe, dass Europa das transatlantische Bündnis aufgeben sollte, das für seine Sicherheit unentbehrlich bleibt. Doch es sollte kreativ darüber nachdenken, wie es die kontinentale Verteidigung stärkt. Solch ein Vorhaben wäre Kissinger würdig – und der neuen Ära, in die wir nun eingetreten sind.

Aus dem Englischen von Maximilian Murmann, München.

### PETER ROUGH

ist Politikwissenschaftler und Direktor des Center on Europe and Eurasia am Hudson Institute in Washington, D.C.

# NOCH ALLIIERTE ODER SCHON GEGNER?

## Europas schwieriger Balanceakt im Zeitalter von Trump 2.0

*Jana Puglierin*

„Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts passiert, und Wochen, in denen Jahrzehnte passieren.“ Von wem dieses Zitat auch stammt (Lenin war es nicht!), er hatte sicher Wochen wie die im Februar 2025 vor Augen. Irgendwann in der kurzen Zeitspanne zwischen der Rede des US-Verteidigungsministers Pete Hegseth beim Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe in Brüssel am 12. Februar, der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar und dem Rauswurf des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj aus dem Weißen Haus am 28. Februar ist etwas Grundlegendes zwischen Europa und den USA zerbrochen – vielleicht sogar das westliche Bündnis selbst.

In seiner ersten Rede vor europäischen NATO-Mitgliedstaaten stellte Hegseth gleich zu Beginn fest, was aus US-Sicht alles nicht mehr zur Debatte stehe: weder eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als Teil der Friedensverhandlungen mit Russland, noch eine vollständige Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität („ein illusorisches Ziel“) oder gar eine Beteiligung der NATO oder von US-Truppen an einer künftigen Absicherungsmission.<sup>01</sup> Noch vor Beginn von offiziellen Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland hatte die neue US-Regierung damit ohne Not weitreichende Zugeständnisse an die russische Seite gemacht, diese mit den Europäern vorab nicht koordiniert und ihnen gleichzeitig die Hauptverantwortung für die zukünftige militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine übertragen. Zusätzlich machte Hegseth klar, dass europäische Sicherheit für Washington keine Priorität mehr sei und Europa für seine konventionelle Verteidigung selbst sorgen müsse.

Zwei Tage später erklärte Vance einem konservativen europäischen Publikum auf der Münch-

ner Sicherheitskonferenz, die größte Gefahr für Europa sei ohnehin nicht Russland oder China, sondern die „Gefahr von innen“. In seiner Rede zeichnete er ein Zerrbild der europäischen Demokratien, in denen die Meinungsfreiheit ausgehöhlt und der Wählerwille systematisch missachtet werde. Dann forderte er die Europäer implizit auf, sich ideologisch der MAGA-Bewegung anzunähern und die Brandmauern zu den europäischen Rechtspopulisten einzureißen, wenn sie Verbündete Amerikas bleiben wollten.<sup>02</sup> Letztere Botschaft richtete sich insbesondere an den CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz – eine Woche vor der Bundestagswahl.

Am 28. Februar kam es schließlich im Weißen Haus zu einem Eklat, als US-Präsident Trump und sein Vize den ukrainischen Präsidenten Selenskyj vor laufender Kamera demütigten, worauf dieser überstürzt abreiste. Zuvor hatte Trump deutlich gemacht, dass er die USA nicht länger als Partner an der Seite der Ukraine sehe, sondern als unparteiischen „Makler“ zwischen den Kriegsparteien. Das Gespräch hatte aller Welt gezeigt, dass die Wiederherstellung der Beziehungen zu Russland für ihn deutlich wichtiger war als ein gerechter Frieden für die Ukraine. Vier Tage später setzte Trump die amerikanische Militärhilfe und die Versorgung mit Aufklärungsdaten für die Ukraine vorübergehend aus, um Kyjiw – und nicht Russland – zu Zugeständnissen zu zwingen.

Während des US-Präsidentenwahlkampfes und auch noch nach Trumps erneutem Wahlsieg am 5. November 2024 hatten die Europäer zunächst geschwankt zwischen vorsichtigem Optimismus (nach dem Motto „In Trumps erster Amtszeit waren die Beziehungen auf Arbeitsebene viel konstruktiver als erwartet“) und der weit verbreiteten Sorge, dass eine Regierung

Trump 2.0 ihr sicherheitspolitisches Engagement in Europa deutlich zurückfahren und die Ukraine weniger unterstützen könnte. Nach den Ereignissen vom Februar ist der Optimismus selbst in den „transatlantischsten“ Ländern Europas verflogen.<sup>03</sup> Und zu der Sorge, von den USA im Stich gelassen zu werden, hat sich eine noch größere gesellt: nämlich, dass Trumps Regierung versuchen wird, Europa nach ihren eigenen illiberalen Vorstellungen von Demokratie und Meinungsfreiheit umzugestalten.

Die Europäer stehen nun vor der Frage: Wie geht man damit um, wenn die Schutzmacht über Nacht zum Bully wird? Einer, der im Umgang mit der Ukraine, Dänemark oder Kanada bereits gezeigt hat, dass er nicht davor zurückschreckt, Partnern und Verbündeten die Daumenschrauben anzulegen, wenn sie nicht bereit sind, nach Trumps Playbook zu spielen. Einer, der das Wertefundament der EU als feindlich begreift. Aber auch einer, von dem die Sicherheit Europas noch immer existenziell abhängt – und mit dem die Europäer engste Handelsbeziehungen pflegen. Trumps Rückkehr ins Weiße Haus ist eine tiefe Zäsur. Die Europäer müssen sich nun als Kollektiv neu erfinden – oder aber ihr Schicksal in die Hände anderer legen.

## TRANSATLANTISCHE ZEITENWENDE MIT VORBOTEN

Dabei schien die NATO noch im April 2024, als sie ihr 75-jähriges Bestehen feierte, so relevant wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Mit Finnland und Schweden hatte sie zwei mächtige neue Mitglieder gewonnen. Die europäischen Verteidigungsausgaben waren in die Höhe geschneit, und der damalige US-Präsident Joe Biden nannte die NATO während des Jubiläumsfestaktes „die größte und effektivste Vertei-

digungsallianz in der Weltgeschichte“. Die Amerikaner wüssten, so Biden, „dass wir mit unseren Freunden stärker sind. Und wir verstehen, dass dies eine heilige Verpflichtung ist.“<sup>04</sup>

Im Rückblick erscheint die Biden-Präsidentschaft gleichermaßen als letzte Sternstunde der transatlantischen Beziehungen und als Vorboten für deren Niedergang. Als Biden im Januar 2021 nach vier disruptiven Jahren im Zeichen von *America First* unter Trump 1.0 sein Amt antrat, war seine wichtigste Botschaft an die Welt: „America is back, the transatlantic alliance is back.“<sup>05</sup> Gerade in den europäischen Hauptstädten wurde dies mit Erleichterung aufgenommen. Endlich, so die kollektive Wahrnehmung, hatte der Albtraum ein Ende, und die USA nahmen in der Weltpolitik wieder ihre angestammte Rolle ein. Viele hofften, die Wahl Trumps 2016 sei in der amerikanischen Politik ein Einzelereignis *sui generis* gewesen.<sup>06</sup> Die Zwischenwahlen zum Kongress (*midterms*) im November 2022 schienen dies zu bestätigen: Die von den Republikanern erhoffte „rote Welle“ blieb aus. Die Demokraten verloren zwar das Repräsentantenhaus, behielten aber die Kontrolle über den Senat. Trumps Macht über die Republikanische Partei schien gebrochen. Viele in der Partei waren überzeugt, dass sie ohne seine Einmischung bei der Kandidatenauslese wesentlich besser abgeschnitten hätten.<sup>07</sup>

Nach der russischen Völlinvasion der Ukraine im Februar 2022 erwies sich die Präsidentschaft Bidens als Glücksfall für Europa. Seine Regierungsmannschaft verbrachte viel Zeit und Mühe damit, die Europäer einzubinden und die west-

**01** Vgl. Opening Remarks by Secretary of Defense Pete Hegseth at Ukraine Defense Contact Group, 12. 2. 2025, [www.defense.gov/News/Speeches/Speech/Article/%204064113/opening-remarks-by-secretary-of-defense-pete-hegseth-at-ukraine-defense-contact](https://www.defense.gov/News/Speeches/Speech/Article/%204064113/opening-remarks-by-secretary-of-defense-pete-hegseth-at-ukraine-defense-contact).

**02** Für den Wortlaut der Rede und ihre Einordnung vgl. Philippe Bernard et al., Behind the Words of JD Vance's Historic Munich Speech, 21. 2. 2025, [www.lemonde.fr/en/opinion/article/2025/02/21/behind-the-words-of-jd-vance-s-historic-munich-speech\\_6738424\\_23.html](https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2025/02/21/behind-the-words-of-jd-vance-s-historic-munich-speech_6738424_23.html).

**03** Vgl. Stefan Locke, Wendet sich Trump von Polen ab?, 2. 3. 2025, [www.faz.net/-110327038.html](https://www.faz.net/-110327038.html).

**04** Remarks by President Biden on the 75th Anniversary of the North Atlantic Treaty Organization Alliance, 9. 7. 2024, <https://bidenwhitehouse.archives.gov/briefing-room/speeches-remarks/2024/07/09/remarks-by-president-biden-on-the-75th-anniversary-of-the-north-atlantic-treaty-organization-alliance>. Bei allen Zitaten aus englischsprachigen Quellen handelt es sich um eigene Übersetzungen.

**05** Remarks by President Biden at the 2021 Virtual Munich Security Conference, 19. 2. 2021, <https://bidenwhitehouse.archives.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/02/19/remarks-by-president-biden-at-the-2021-virtual-munich-security-conference>.

**06** In diesem Sinne ist auch der Aufruf deutscher Transatlantiker aus Trumps erster Amtszeit zu verstehen: Deidre Berger et al., Trotz alledem: Amerika, 18. 10. 2017, [www.zeit.de/2017/42/transatlantische-partnerschaft-strategie-usa-deutschland-europa](https://www.zeit.de/2017/42/transatlantische-partnerschaft-strategie-usa-deutschland-europa).

**07** Vgl. Sahil Kapur, Did Trump Hurt Republicans in the 2022 Elections? The Numbers Point to Yes, 13. 11. 2022, [www.nbcnews.com/politics/rcna56928](https://www.nbcnews.com/politics/rcna56928).

liche Unterstützung für Kyjiw zu koordinieren. Anders als die US-Regierung hatten die meisten Europäer den Krieg nicht kommen sehen. Er traf sie deshalb vollkommen unvorbereitet. Biden verstärkte rasch die amerikanische Truppenpräsenz in Europa und stellte Kyjiw umfangreiche militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung sowie Geheimdienstinformationen und militärische Beratung zur Verfügung. Er arbeitete dabei eng mit der Europäischen Union zusammen, um abgestimmte Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

Mehr als dankbar überließen die Europäer – wie in so vielen Krisen des Kalten Krieges – den USA die Führung. Anstatt sich auf den Tag vorzubereiten, an dem Washington die Sicherheit Europas nicht mehr als vitales amerikanisches Interesse definieren könnte, begaben sie sich in eine noch größere Abhängigkeit vom Weißen Haus – politisch wie militärisch.<sup>08</sup> Gemeinsam priesen die Verbündeten den wiedererstarkten „Westen“.

Währenddessen hatten die Europäer allerdings allzu bereitwillig ausgeblendet, dass der Krieg gegen die Ukraine zwei grundlegende Trends in den USA nicht verändert hatte: die Fokussierung der amerikanischen Außenpolitik auf Asien und die tiefe innenpolitische Spaltung in der Frage, ob die USA weiterhin in die Verteidigung Europas investieren sollen. Dabei hatte es auch unter dem europafreundlichen Biden nicht an Warnungen in diese Richtung gefehlt. Der mit den Europäern nicht abgestimmte Abzug der US-Truppen aus Afghanistan im Sommer 2021 und der AUKUS-Deal, der im darauffolgenden Herbst eine neue Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA, Großbritannien und Australien zu Lasten Frankreichs begründete, waren die Umsetzung einer bereits von Bidens Vorgängern Obama und Trump angekündigten neuen Schwerpunktsetzung der US-Außenpolitik, der nun auch Biden folgte.

Schon damals wurden die Europäer mit den Folgen ihrer übergroßen sicherheitspolitischen Abhängigkeit von amerikanischen Fähigkeiten konfrontiert. Ohne die amerikanische Un-

terstützung hätten sie nicht einmal die Evakuierungsmission am Flughafen Kabul bewältigen können. „Europe, Afghanistan Is Your Wake-Up Call“, schrieb der damalige Außenbeauftragte der EU Josep Borrell in einem Kommentar für die „New York Times“.<sup>09</sup> Leider zog Europa es vor, wie schon so oft nach vorherigen Weckrufen, die Schlummer-Taste zu drücken. Derweil rutschte die europäische Sicherheit auch unter Biden auf der Prioritätenliste in Washington immer weiter nach unten. Trotz des Krieges in der Ukraine wurde in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom Oktober 2022 China – und nicht Russland – als wichtigste strategische Herausforderung für die USA genannt.<sup>10</sup>

Auch die Verabschiedung neuer industriepolitischer Maßnahmen wie des Inflation Reduction Act (IRA) und des CHIPS and Science Act 2022 hätte den Europäern als Warnung dienen können. Trotz der potenziell verheerenden Auswirkungen der 369 Milliarden US-Dollar umfassenden Klimasubventionen im Rahmen des IRA auf die europäische Industrie wurden die Folgen für die europäischen Verbündeten in der über ein Jahr andauernden Debatte über das Gesetz im Kongress kaum erwähnt. Wie die erste Trump-Administration förderte auch die Biden-Administration eine protektionistisch ausgerichtete Industriepolitik, die sich am unmittelbaren Nutzen für die US-Bürger orientierte. Wie zuvor beim Abzug aus Afghanistan und beim Abschluss des AUKUS-Abkommens wurden die Europäer nicht vorab konsultiert, sondern die Amerikaner folgten dem Prinzip der „Ex-post-Koordinierung“ – was letztlich darauf hinauslief, sie vor vollendete Tatsachen zu stellen.<sup>11</sup>

## TOTALE DISRUPTION UNTER TRUMP

Manches von dem, was die Europäer seit Trumps zweiter Amtseinführung am 20. Januar 2025 als tiefen Schock erleben, war also schon länger absehbar – und wäre auch bei einem ande-

**08** Vgl. Jana Puglierin/Jeremy Shapiro, *The Art of Vassalisation: How Russia's War On Ukraine Has Transformed Transatlantic Relations*, European Council on Foreign Relations, ECFR Policy Brief, 4. 4. 2023, <https://ecfr.eu/wp-content/uploads/2023/04/The-art-of-vassalisation-How-Russias-war-on-Ukraine-has-transformed-transatlantic-relations.pdf>.

**09** Vgl. Joseph Borrell, *Europe, Afghanistan Is Your Wake-Up Call*, 1. 9. 2021, [www.nytimes.com/2021/09/01/opinion/afghanistan-europe-nato.html](https://www.nytimes.com/2021/09/01/opinion/afghanistan-europe-nato.html).

**10** Vgl. *National Security Strategy*, Oktober 2022, <https://bidenwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2022/11/8-November-Combined-PDF-for-Upload.pdf>.

**11** Vgl. Puglierin/Shapiro (Anm. 8).

ren Wahlausgang auf sie zugekommen. So oder so besteht die Notwendigkeit für Europa, einen weitaus größeren finanziellen, personellen und materiellen Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten, weil die USA ihre militärischen Ressourcen für das Engagement im indopazifischen Raum freisetzen wollen. Auch die amerikanische Erwartung, dass Europa einen immer größeren Anteil an der Unterstützung der Ukraine übernehmen und zudem den Löwenanteil der Kosten des Wiederaufbaus tragen sollte, ist keine Neuigkeit. Gleiches gilt für die europäische China-politik, die die USA gerne stärker an der eigenen ausgerichtet sehen würden. Ebenso wäre Europa wohl auch im Falle eines Wahlsiegs der Demokraten mit einer tendenziell protektionistischen US-Agenda konfrontiert gewesen, die auf strategische Industriepolitik und *reshoring*, also die Rückverlagerung von Produktionsprozessen in die USA, zielt.

Das Ausmaß des Umbruchs, den die transatlantischen Beziehungen unter Trump nun erfahren, hat jedoch eine völlig neue Qualität – und ist auch nicht mit seiner ersten Amtszeit zu vergleichen. Die ersten Wochen von Trump 2.0 sind nicht einfach die weitere Umsetzung einer bereits seit Längerem laufenden strategischen Neuausrichtung der US-Außenpolitik. Sie bedeuten den Bruch mit dem überparteilichen Grundkonsens der vergangenen acht Jahrzehnte, der davon ausging, dass Amerikas Allianzen in Asien und Europa das Rückgrat der sogenannten liberalen internationalen Ordnung bilden und dass diese Ordnung dazu beiträgt, Amerikas Interessen und Werte zu schützen. In diesem Sinne galten die Verbündeten grundsätzlich als Multiplikatoren für Amerikas Macht und globale Strahlkraft – selbst wenn es innerhalb dieser Bündnisse immer wieder zu teils massiven Konflikten kam.

Für Trump hingegen sind Verbündete etwas, das Amerika schwächt: eine Last, kein Gewinn. Im TV-Duell mit seiner Kontrahentin Kamala Harris während des Präsidentschaftswahlkampfes 2024 sagte er: „Wir wurden von den europäischen Nationen sowohl beim Handel als auch bei der NATO abgezockt.“<sup>12</sup> Die EU sieht er als feindliche Organisation, die gegen die Interes-

sen Amerikas arbeitet. Die internationale Ordnung, die die USA über Jahrzehnte maßgeblich mitgestaltet haben, gilt den Akteuren der Trump-Administration nicht nur als „obsolet“, sondern als „Waffe, die gegen die USA gerichtet ist“ – so US-Außenminister Marco Rubio bei der Anhörung vor seiner offiziellen Berufung vor dem Auswärtigen Ausschuss des US-Senats.<sup>13</sup>

## AUSWEITUNG DES KULTURKRIEGES AUF EUROPA

Diese Überzeugungen waren zwar schon während der ersten Amtszeit Trumps handlungsleitend. Bei seinem Amtsantritt nach dem überraschenden Wahlsieg 2016 fehlte es ihm jedoch an erfahrenen Mitarbeitern, sodass er bei der Besetzung wichtiger Posten auf die „Erwachsenen im Raum“ zurückgreifen musste, wie es damals hieß. Gemeint waren jene Mitglieder der traditionellen republikanischen außenpolitischen Elite, die die globale Führungsrolle der USA aufrechterhalten wollten und Amerikas Engagement in der NATO als strategisches Interesse Amerikas betrachteten. Aus dieser Erfahrung hat Trump eine wesentliche Lehre gezogen. Er und seine Unterstützer haben die Biden-Jahre dafür genutzt, Strategien zu entwickeln und qualifiziertes Personal zu rekrutieren, um sicherzustellen, dass Trump seine Ziele diesmal erreicht – und zwar ohne daran von den „Erwachsenen“ oder vom sogenannten *deep state* gehindert zu werden.<sup>14</sup>

Bei den Republikanern wurden all diejenigen, die ehemals traditionelle außenpolitische Positionen wie jene von der amerikanischen Vormachtstellung in der liberalen Weltordnung (*American Primacy*) und das Eintreten für den Freihandel befürworteten, marginalisiert und von der Postenvergabe ausgeschlossen. In die Administration berufen wurden *prioritizers*, die in der Konfrontation mit China die größte Herausforderung sehen, und *restrainers*, die das amerikanische

<sup>13</sup> Opening Remarks by Secretary of State-designate Marco Rubio Before the Senate Foreign Relations Committee, 15. 1. 2025, [www.state.gov/opening-remarks-by-secretary-of-state-designate-marco-rubio-before-the-senate-foreign-relations-committee](https://www.state.gov/opening-remarks-by-secretary-of-state-designate-marco-rubio-before-the-senate-foreign-relations-committee).

<sup>14</sup> Vgl. Jeremy Shapiro/Zsuzsanna Végh, The Orbanisation of America: Hungary's Lessons for Donald Trump, ECFR Policy Brief, 9. 10. 2024, <https://ecfr.eu/publication/the-orbanisation-of-america-hungarys-lessons-for-donald-trump>.

<sup>12</sup> ABC News Presidential Debate: Harris and Trump meet in Philadelphia, 11. 9. 2024, [www.youtube.com/watch?v=kRh6598RmHM](https://www.youtube.com/watch?v=kRh6598RmHM).

Engagement im Ausland grundsätzlich zurückfahren wollen.<sup>15</sup>

Unter der Leitung seines Beraters Elon Musk und dessen „Department of Government Efficiency“ hat sich Präsident Trump in den ersten Wochen seiner Amtszeit darauf konzentriert, die Regierungsbehörden zu demontieren, einschließlich der Schließung der United States Agency for International Development (USAID). Zehntausende von Spitzenbeamten wurden entlassen – laut Trump „die kranke politische Klasse, die unser Land hasst“,<sup>16</sup> und durch loyale Unterstützer seiner MAGA-Bewegung ersetzt. Das Ziel ist es, Trump so viele Einflussmöglichkeiten wie möglich zu verschaffen, und die Widerstände im System zu durchbrechen oder außer Kraft zu setzen. Der Präsident soll seine Exekutivgewalt durchsetzen können, auch gegenüber den Gerichten und dem Kongress, um die Politik in neue Bahnen zu lenken.<sup>17</sup>

Trump und seinen Anhängern geht es um die Beseitigung dessen, was sie als tief verwurzelte „liberale Voreingenommenheit“ im amerikanischen System ansehen. Es ist der Versuch, die amerikanische Demokratie von einem in den Augen der MAGA-Bewegung „fehlgeleiteten“ Liberalismus zu befreien. Diesen Kulturkampf, und das ist das Neue unter Trump 2.0, hat Vizepräsident Vance im Februar 2025 auf Europa ausgeweitet. Das Bestreben, die liberalen Eliten zu entmachten, erstreckt sich nicht länger nur auf Amerika. Die Trump-Administration will auch Europa verändern und es ihrer Vorstellung von Demokratie anpassen. Damit verlieren viele europäischen Regierungen nicht nur ihren wichtigsten Wertepartner und mächtigsten Verbündeten im internationalen Systemwettbewerb.<sup>18</sup> Die liberalen Demokratien Europas werden von der Trump-Administration auch als ideologische Gegner gesehen. Vances Kampf für die Freiheit

richtet sich nicht gegen die Autokraten dieser Welt. Sein Kampf ist, wie der britische Journalist Gideon Rachman treffend schreibt, „ein Kampf zur Rettung der ‚westlichen Zivilisation‘, wie sie von Elon Musk und anderen definiert wird, vor der doppelten Bedrohung durch die Masseneinwanderung und den ‚woke mind virus‘“.<sup>19</sup>

Gleichzeitig war Vance mit einem Angebot nach Europa gereist, denn auch in Europa gibt es radikale politische Kräfte, die dem Geiste der MAGA-Bewegung nahestehen. Den Rechtspopulisten Europas bietet er ein neues transatlantisches Projekt an – vielen von ihnen sprach er in seiner Münchner Rede aus dem Herzen. Mit MAGA verbindet sie die Verachtung für „die herrschenden Eliten“ und den *deep state* sowie der Kampf gegen Migranten, die „Klimalüge“ und die „Cancel Culture“. Gemeinsam ist ihnen auch die Ablehnung der EU als Institution, die vermeintlich „Wokeismus“ verbreite und versuche, das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken.<sup>20</sup> Durch die Trump-Regierung erfahren Parteien wie die AfD in Deutschland, die Fidesz in Ungarn oder die PiS in Polen mächtigen Rückenwind, und auf Musks Plattform X bekommen sie Sichtbarkeit und Reichweite.

Zudem müssen sich die Europäer darauf einstellen, dass die Trump-Administration ihr sicherheitspolitisches Engagement in Europa künftig an ideologische Gemeinsamkeiten knüpfen wird. Auf der für die MAGA-Bewegung wichtigen Conservative Political Action Conference in Washington am 20. Februar 2025 kritisierte Vance die Regulierung der Meinungsfreiheit im Internet durch die deutsche Bundesregierung und warnte davor, dass die amerikanische Öffentlichkeit die Verteidigung Deutschlands durch US-Soldaten nicht unterstützen könne, wenn man gleichzeitig „für einen bösen Tweet ins Gefängnis geworfen“ werde.<sup>21</sup> Der Kulturkrieg in den USA und die europäische Sicherheit können nicht länger separat betrachtet werden – Trumps Transaktionalismus nutzt jede Form der Abhängigkeit, um Alliierte auf Linie zu bringen.

**15** Vgl. Majda Ruge, *Up Close and Personnel: What Donald Trump's Administrative Picks Mean for US Foreign Policy and Europe*, ECFR Commentary, 15. 11. 2024, <https://ecfr.eu/article/up-close-and-personnel-what-donald-trumps-administrative-picks-mean-for-us-foreign-policy-and-europe>.

**16** So Trump in seiner Rede auf der Conservative Political Action Conference (CPAC), 6. 3. 2023, [www.youtube.com/watch?v=6M4pFDd3IBM](https://www.youtube.com/watch?v=6M4pFDd3IBM).

**17** Vgl. Peter M. Shane, *The Unbearable Lightness of the Unitary Executive Theory*, 11. 3. 2025, <https://verfassungsblog.de/the-unbearable-lightness-of-the-unitary-executive-theory>.

**18** Vgl. Max Boot, *Why Trump Is Ending U.S. Democracy Promotion Abroad*, 16. 3. 2025, [www.washingtonpost.com/opinions/2025/03/16/voa-freedom-house-trump-attack](https://www.washingtonpost.com/opinions/2025/03/16/voa-freedom-house-trump-attack).

**19** Gideon Rachman, *Vance's Real Warning to Europe*, in: *Financial Times*, 17. 2. 2025, [www.ft.com/content/11f121f9-391c-4597-93f7-f12894e1b79d](https://www.ft.com/content/11f121f9-391c-4597-93f7-f12894e1b79d).

**20** Vgl. Jana Puglierin, *Trump dürfte die EU immer noch als „Feind“ und „Höllenschloß“ ansehen*, 31. 1. 2025, [www.handelsblatt.com/100104001.html](https://www.handelsblatt.com/100104001.html).

**21** JD Vance Full Speech at CPAC 2025, 21. 2. 2025, [www.youtube.com/watch?v=TWCxISJb6w](https://www.youtube.com/watch?v=TWCxISJb6w).

## ZWISCHEN MANAGEMENT VON ABHÄNGIGKEITEN UND SELBSTBEHAUPTUNG

Die transatlantischen Beziehungen haben in den zurückliegenden 80 Jahren viele Krisen erlebt. Die Zahl der Veröffentlichungen, die ein „Ende des Westens“ beschworen haben, ist zahlreich – dennoch konnte bislang jeder Riss zwischen den Bündnispartnern wieder geschlossen werden. Doch dieses Mal ist es anders. Selbst wenn die Amerikaner in vier Jahren wieder einen europafreundlicheren Kandidaten (oder eine Kandidatin) wählen, gäbe es kein Zurück mehr zum Status quo ante. Trump hat der Partnerschaft die Geschäftsgrundlage entzogen. Seine Wiederwahl bestätigt die Regel, nicht die Ausnahme. Europa kann sich nicht auf ein Amerika verlassen, das „immer vier Jahre davon entfernt [ist], einen weiteren autoritären Nihilisten zu wählen“, wie es der „New York Times“-Kolumnist David Brooks formulierte.<sup>22</sup>

Inwieweit Trump die sicherheitspolitische Rolle der USA in Europa neu definieren wird, ist noch unklar. Nach Hegseths Brüsseler Rede weiß man, dass es das Ziel ist, die konventionelle Verteidigung so weit wie möglich auf die Europäer zu übertragen. US-Truppen sollen nicht mehr länger das Rückgrat der Vorwärtsverteidigung an der NATO-Ostflanke bilden, sondern nur noch als letztes Mittel zur Verfügung stehen. Geht es also vor allem darum, von einer tragenden Säule der europäischen Sicherheit zu einer unterstützenden Kraft zu werden? Oder muss sich Europa notfalls ganz ohne die USA verteidigen können? Schon nach den Erfahrungen der ersten Wochen von Trumps zweiter Amtszeit sollten die Europäer mit letzterem Szenario rechnen und entsprechend reagieren. Sie müssen die Fragmentierung der europäischen Verteidigungslandschaft überwinden, eine starke, wettbewerbsfähige und innovative verteidigungstechnologische und -industrielle Basis in Europa aufbauen und insgesamt mehr und intelligenter in ihre Verteidigungsfähigkeit und innovative Technologien investieren. Nur so können sie ihre Erpressbarkeit verringern.

Aber sie dürfen sich keinen Illusionen hingeben. Auch wenn sie jetzt mit Hochdruck daran arbeiten, ihre eigenen Fähigkeiten aufzubauen, ihre Streitkräfte zu verstärken und die amerikanischen Beiträge zur europäischen Sicherheit qualitativ und quantitativ zu ersetzen: Ohne die USA werden sich die Europäer mindestens in den nächsten fünf bis zehn Jahren nicht verteidigen können. Die Amerikaner stellen den Löwenanteil der sogenannten *strategic enabler*, zum Beispiel Aufklärung, Luftbetankung und Satellitenkommunikation. Sie können auf eine große Zahl schnell verlegbarer, kampfstarker Streitkräfte mit umfangreichen Munitionsvorräten zurückgreifen, über die die meisten europäischen Staaten nicht verfügen. Angesichts der nuklearen Drohgebärden Putins ist die amerikanische Nukleargarantie zudem ein elementarer Bestandteil der Abschreckung Russlands und die Lebensversicherung Europas. Frankreichs atomare *force de frappe* kann eine Ergänzung sein, und es lohnt sich, darüber mit Paris ins Gespräch zu kommen. Aber sie kann die erweiterte nukleare Abschreckung durch die USA nicht ersetzen.

Die Europäer haben also keine Wahl: Sie müssen alles daran setzen, auch mit der Trump-Administration konstruktiv zusammenzuarbeiten und gleichzeitig ihre eigene Unabhängigkeit mit hohem Tempo voranzutreiben. Im Idealfall gelingt es ihnen, mit den USA einen Plan auszuhandeln, in dem konkrete Schritte und eine Zeitachse für die Übernahme der konventionellen Verteidigungsfähigkeit Europas festgelegt werden. Ob sie diesen schwierigen Balanceakt vier Jahre lang durchhalten können, ist alles andere als sicher. Wenn sie sich nicht auseinanderdividieren lassen, wird am Ende ein neues Europa stehen.

### JANA PUGLIERIN

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und leitet das Berliner Büro des European Council on Foreign Relations (ECFR).

<sup>22</sup> David Brooks, *It Isn't Just Trump. America's Whole Reputation Is Shot*, 13.3.2025, [www.nytimes.com/2025/03/13/opinion/america-trump-europe.html](https://www.nytimes.com/2025/03/13/opinion/america-trump-europe.html).

# MAKE CHINA GREAT AGAIN

## Trump und der Systemkonflikt zwischen den USA und China

*Angela Stanzel*

Während des US-Präsidentenwahlkampfes 2024 beherrschte eine Kernaussage die chinesische Berichterstattung, nämlich dass sich an der grundsätzlichen Ausrichtung der amerikanischen Chinapolitik nicht viel verändern werde, ganz gleich, welche Regierung ins Amt komme. Demokraten wie Republikaner seien sich einig, dass sich die USA in einer strategischen Rivalität mit der aufstrebenden Großmacht China befänden und daher zunehmend auf Konfrontationskurs gehen müssten.<sup>01</sup> Dennoch hat mit dem zweiten Amtsantritt von Donald Trump für die Volksrepublik China eine Zeit großer Unsicherheit begonnen.

Die chinesische Führung ist auf einen neuen Handelskrieg eingestellt, ohne sich aber im Klaren darüber zu sein, wie weit Trump zu gehen bereit ist. Außen- und sicherheitspolitisch muss China eine militärische Aufrüstung im eigenen Umfeld befürchten. Sollte Washington die Kommunikation mit Beijing abbrechen, besteht gar das Risiko einer Eskalation des sino-amerikanischen Konflikts. Von einer potenziellen Abkehr der USA von multilateraler Kooperation und der Bündnispolitik vorheriger Administrationen könnte die Volksrepublik aber auch profitieren und sich für andere als alternativen, zuverlässigeren Partner präsentieren.

### RÜCKBLICK

In den Vereinigten Staaten dominiert mittlerweile die Einschätzung, dass sich die USA und China nicht mehr nur in einer Großmacht-, sondern auch in einer systemischen Rivalität befinden, also in einer Konkurrenz zwischen zwei gegensätzlichen politischen Systemen. Unter der Präsidentschaft von Barack Obama ab 2009 hatte die US-Regierung zunächst noch versucht, eine „neue Form der Großmachtbeziehungen“

(„new type of great power relations“) zu entwickeln, in der China und die USA als gleichberechtigte Mächte anzusehen wären.<sup>02</sup> Ernüchterung setzte aber in Washington ein, als China mit dem Amtsantritt des Präsidenten Xi Jinping 2013 begann, deutlich aggressiver nach außen und repressiver nach innen aufzutreten. Die US-Administration unter Präsident Barack Obama reagierte mit einer Neuorientierung der amerikanischen Asienpolitik („Pivot to Asia“), die im Kern eine Verstärkung der militärischen Präsenz der USA im Pazifik sowie die Vertiefung der außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen mit den Verbündeten in der Region vorsah. Die Volksrepublik sah sich damit in ihrer Befürchtung bestätigt, dass sich hinter der amerikanischen Asienpolitik tatsächlich eine Eindämmungsstrategie verbirgt, um den weiteren Aufstieg Chinas zu verhindern.

Dieser Kurs wurde von der ersten Trump-Administration ab 2017 weitgehend fortgesetzt. Washington vertiefte etwa die Beziehungen zu Taiwan, und die US-Kriegsmarine erhöhte ihre Präsenz im indopazifischen Raum. Im Fokus standen vor allem Maßnahmen, um das bilaterale Handelsdefizit mit China auszugleichen, und die USA belegten China mit einer Serie von Wirtschaftssanktionen. Dies nahm die chinesische Führung zum Anlass, die geplante technologische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von US- beziehungsweise westlichen Technologien zu beschleunigen. Aus Sicht der chinesischen Regierung geht es den USA schon lange nicht mehr nur darum, China sicherheitspolitisch sowie mit Blick auf seinen technologischen und wirtschaftlichen Aufstieg einzudämmen – der Handelskonflikt mit den USA wird auch in Beijing als Systemkonflikt verstanden.

Wirtschaftliche Erfolge belegen aus chinesischer Sicht die besondere Stärke des eigenen Sys-

tems. Die chinesische Wirtschaftspolitik entwickelt sich daher bereits seit der Machtübernahme Xis in Richtung volkswirtschaftlicher Autonomie, um die Anfälligkeit für äußeren wirtschaftlichen Druck zu verringern. Ein vorrangiges Ziel ist es daher, von ausländischen Hightechprodukten unabhängig zu werden. In der Automobilbranche ist es China bereits gelungen, mit den heimischen elektrischen Fahrzeugen westliche Hersteller technologisch zu überholen. In jüngerer Zeit machen zudem auch chinesische Applikationen auf dem Feld der künstlichen Intelligenz den amerikanischen Tech-Giganten Konkurrenz.

Auch unter der Präsidentschaft von Joe Biden ab 2021 änderten die USA die grundsätzliche Ausrichtung ihrer Chinapolitik nicht. Seine Administration hatte beispielsweise den Handelskonflikt, den Trump gegen China eingeleitet hatte, nie beendet. Ganz im Gegenteil, unter Biden wurden Instrumente geschaffen, die den Fokus gezielt darauf richteten, die Entwicklung Chinas in entscheidenden Bereichen zu verlangsamen – etwa durch den 2022 verabschiedeten CHIPS and Science Act, der Chip-Exporte nach China kontrolliert. Im Gegensatz zu Trump setzte Biden jedoch darauf, mit Verbündeten Koalitionen gegen China zu schmieden. So wurde die internationale Zusammenarbeit strategisch gestärkt, unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine insbesondere die transatlantische. Der Westen, so hat China während der Biden-Präsidentschaft gelernt, kann nicht so einfach abgeschrieben werden. Zugleich suchte Washington aber auch den Dialog mit Beijing und bemühte sich darum, zuvor auf Eis gelegte Kommunikationskanäle wieder aufzutauen, etwa jene zwischen den Streitkräften beider Länder.

Mit dem Wechsel von Biden zu Trump 2025 droht eine weitere Verschlechterung der sino-amerikanischen Beziehungen und eine enorme Unsicherheit für die Stabilität in der indopazifischen Region. Trumps neues Kabinett besteht aus einer Reihe bekannter China-Hardliner und lässt vermuten, dass die mühsam etablierten Kommunikationskanäle zwischen Washington und

Beijing wieder einfrieren werden. So könnte es schwieriger sein, Eskalationsrisiken beispielsweise in einem Handelskonflikt oder durch militärische Manöver zu vermeiden.

## TRUMPS KABINETT

Einige Akteure in Trumps zweiter Administration sind in China bereits bekannt: So etwa Außenminister Marco Rubio, der wegen seiner scharfen Kritik an Beijing – zum Beispiel, was den Umgang mit der Corona-Pandemie oder mit den Entwicklungen in Hong Kong betrifft –, nicht mehr nach China einreisen darf. Oder der Anfang Mai 2025 als US-Botschafter bei den Vereinten Nationen nominierte Michael Waltz, der die USA in einem neuen Kalten Krieg mit China sieht und in seiner vorherigen Funktion als Nationaler Sicherheitsberater darauf drängte, militärische Ressourcen von Europa in Richtung Pazifik zu verlagern. Der Unterstaatssekretär für Verteidigungspolitik, Elbridge Colby, sieht in der Volksrepublik die größte externe Bedrohung für Amerika und wirbt für eine US-Verteidigungsstrategie, die sich auf einen militärischen Konflikt mit China vorbereitet. Auch Peter Navarro ist für die chinesische Regierung als ehemaliger Wirtschaftsberater Trumps (und als Autor des 2011 erschienenen Buches „Death by China“) kein Unbekannter. Er spielte seinerzeit eine Schlüsselrolle im Handelskrieg zwischen China und den USA, wurde von Beijing ebenfalls sanktioniert, und ist nun als Handels- und Produktionsberater ins Weiße Haus zurückgekehrt. Der ehemalige Senator von Georgia, David Perdue, gilt ebenfalls als China-Hardliner und wurde von Trump zum Botschafter in China ernannt. Viele der wichtigsten Posten im Kabinett Trump sind von jenen „China-Falken“ besetzt, die für „strategische Entkopplung“ und eine aggressive Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber China stehen. Die politische Klasse in China dürfte auf eine angespannte und konfliktträchtige zweite Amtszeit Trumps vorbereitet sein.

Für Beijing ist es daher umso wichtiger, Kommunikationskanäle zu jenen Beratern im Umfeld von Trump zu identifizieren und etablieren, die China wohlgesonnener sind. Der Milliardär und enge Trump-Berater Elon Musk ist dafür wohl der vielversprechendste Kandidat: Musks Unternehmen Tesla ist auf den chinesischen Markt angewiesen, da dieser nach den USA der zweitwich-

**01** Vgl. Wang Jisi/Hu Ran/Zhao Jianwei, Does China Prefer Harris or Trump? Why Chinese Strategists See Little Difference Between the Two, 1.8.2024, [www.foreignaffairs.com/united-states/does-china-prefer-harris-or-trump](http://www.foreignaffairs.com/united-states/does-china-prefer-harris-or-trump).

**02** Vgl. Dong Wang, The Xi-Obama Moment. A Post-Summit Assessment, 21. 10. 2013, [www.nbr.org/publication/the-xi-obama-moment-a-post-summit-assessment](http://www.nbr.org/publication/the-xi-obama-moment-a-post-summit-assessment).

tigste für den Elektrofahrzeughersteller ist. Somit dürfte Musk erhebliches Interesse daran haben, dass der Handelskonflikt zwischen den USA und China nicht vollständig eskaliert. Einem amerikanischen Beobachter zufolge „herrschte in den vergangenen Monaten große Neugier in China, ob Musk der neue Kissinger sein könnte, der dabei hilft, einen Deal zwischen Washington und Beijing auszuhandeln“.<sup>03</sup>

Der neue Handelsminister Howard Lutnick hat über seine ehemaligen Firmen BCG Group und Cantor Fitzgerald ebenfalls geschäftliche Interessen in der Volksrepublik und könnte sich möglicherweise ebenfalls für einen sanfteren Kurs im Handelskonflikt mit China einsetzen. Lutnick hat sich zusammen mit dem neuen Finanzminister Scott Bessent bereits dafür ausgesprochen, dass die Vereinigten Staaten mit China zu einer Übereinkunft im Handelskonflikt kommen sollten.<sup>04</sup>

## HANDELSKRIEG 2.0

Vor dem Hintergrund des 2018 von Trump eingeleiteten Handelskonflikts und seinen Ankündigungen im Wahlkampf 2024 dürfte Beijing darauf vorbereitet gewesen sein, dass Trump auch in seiner zweiten Amtszeit auf neue „Strafzölle“ gegen China setzen würde. Der selbsternannte „Tariff Man“ hatte bereits im Wahlkampf neue Zölle auf chinesische Produkte angekündigt, Anfang April 2025 verhängte er schließlich einen Zoll von 34 Prozent auf alle chinesischen Waren, worauf China umgehend mit derselben Maßnahme für alle US-Waren antwortete. Im nächsten Schritt erhöhte Trump die Zölle für Einfuhren aus China auf 125 Prozent (für manche Waren gar auf 145 Prozent), was die Volksrepublik mit Gegenzöllen in gleicher Höhe beantwortete. Ende April deutete sich eine leichte Deeskalation an, zunächst jedoch nur rhetorisch.<sup>05</sup> Die US-Zölle sollen unter anderem dazu

dienen, der Fentanyl-Krise in den USA ein Ende zu bereiten, für die Trump China verantwortlich macht. Außerdem geht es dem US-Präsidenten vor allem darum, das bilaterale Handelsdefizit ausgleichen, das vermeintlich durch „unfair practices“ entstanden sei.<sup>06</sup>

Darüber hinaus fordert die Trump-Administration die Aufhebung des Meistbegünstigungsstatus (Most Favored Nation, MFN) der Volksrepublik – eine Maßnahme, die China in eine andere Zollklasse einordnen und Zölle auf chinesische Importe in Schlüsselsektoren deutlich erhöhen würde. Auch diese Idee stammt bereits aus der ersten Amtszeit Trumps. Der Vorsitzende des Sonderausschusses des Repräsentantenhauses zur Kommunistischen Partei Chinas, John Moolenaar, stellte im November 2024 den Restoring Trade Fairness Act vor, in dem er ebenfalls die Aberkennung des MFN-Status Chinas forderte.<sup>07</sup> Zuvor hatten schon die Senatoren Tom Cotton, Josh Hawley und Marco Rubio einen Gesetzesentwurf zur Beendigung der normalen Handelsbeziehungen mit China eingebracht.<sup>08</sup> In beiden Entwürfen wurden zudem die schrittweise Einführung von 35-prozentigen Basiszöllen auf die meisten chinesischen Waren sowie 100-prozentige Zölle auf strategische Güter wie kritische Mineralien und Pharmazeutika gefordert.

Die von der Trump-Administration verhängten Zölle könnten die chinesische Wirtschaft stark beeinträchtigen, denn es besteht nach wie vor eine hohe wirtschaftliche Interdependenz zwischen China und den USA. Gleiches gilt jedoch umgekehrt für chinesische Maßnahmen, die der amerikanischen Wirtschaft erheblich schaden könnten. Bislang hat sich die chinesische Führung darauf beschränkt, die USA nicht zu provozieren und

**03** Scott Kennedy, Center for Strategic and International Studies, 12. 11. 2024, <https://x.com/KennedyCSIS/status/1856227876640829858> (eigene Übersetzung).

**04** Vgl. Ana Swanson, Trump Eyes a Bigger, Better Trade Deal with China, 19. 2. 2025, [www.nytimes.com/2025/02/19/business/economy/trump-china-trade-deal.html](https://www.nytimes.com/2025/02/19/business/economy/trump-china-trade-deal.html).

**05** Wegen der Dynamik der Ereignisse richtete die Online-Redaktion der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gar einen „Liveblog Trump-Zölle“ ein, dem der jeweils aktuelle Stand zu entnehmen ist. Siehe [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/-110405237.html](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/-110405237.html).

**06** Dieses Motiv ist bereits deutlich im „Trump Reciprocal Act“ zu erkennen, den Trump als Präsidentschaftsanwärter im Sommer 2023 vorstellte. Vgl. Agenda47: Cementing Fair and Reciprocal Trade with the Trump Reciprocal Trade Act, 21. 6. 2023, [www.donaldjtrump.com/agenda47/agenda47-cementing-fair-and-reciprocal-trade-with-the-trump-reciprocal-trade-act](https://www.donaldjtrump.com/agenda47/agenda47-cementing-fair-and-reciprocal-trade-with-the-trump-reciprocal-trade-act).

**07** Vgl. The Select Committee on the CPC, Moolenaar Introduces Legislation to Revoke China’s Permanent Normal Trade Relations, Pressemitteilung, 14. 11. 2024, <https://selectcommittee-on-the-cpc.house.gov/media/press-releases/moolenaar-introduces-legislation-revoke-chinas-permanent-normal-trade>.

**08** Vgl. Tom Cotton, Cotton, Rubio, Hawley Introduce Legislation to End Permanent Normal Trade Relations with China, Pressemitteilung 26. 9. 2024, [www.cotton.senate.gov/news/press-releases/cotton-rubio-hawley-introduce-legislation-to-end-permanent-normal-trade-relations-with-china](https://www.cotton.senate.gov/news/press-releases/cotton-rubio-hawley-introduce-legislation-to-end-permanent-normal-trade-relations-with-china).

lediglich mit entsprechenden Gegenmaßnahmen auf die US-Handelspolitik zu reagieren, ganz nach dem Motto: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Bereits Anfang Dezember 2024 hatten die USA etwa strengere Ausfuhrkontrollen für moderne Chips und Chipherstellungsanlagen nach China angekündigt. Als Reaktion darauf kündigte das chinesische Handelsministerium ein Exportverbot für kritische Mineralien wie Gallium oder Germanium an, die beispielsweise für die Produktion von Halbleiterchips notwendig sind.

China dürfte darauf hoffen, dass eine weitere Eskalation im Handelskonflikt vermieden werden kann und dass beide Staaten zu einem Abkommen gelangen.<sup>09</sup> Es besteht aber eine große Unsicherheit in Beijing in Bezug auf das Ziel der Trumpschen Wirtschaftspolitik: Geht es dem US-Präsidenten darum, einen Deal mit China auszuhandeln, oder geht es ihm um die vollständige Entkopplung der USA von China? Diese Unsicherheit dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein, dass die chinesische Führung sich darin bestärkt sieht, die ihrerseits bereits eingeleitete Abkopplung von der amerikanischen Wirtschaft und westlichen Technologien mit Nachdruck voranzutreiben.

Die Handels- und Wirtschaftspolitik der zweiten Trump-Administration gegenüber China wird auch den Rest der Welt, inklusive Europa, beeinflussen. Ausländische Industrien sind betroffen von den US-Exportkontrollen, von den Maßnahmen zur technologischen Entkopplung und von Sanktionen gegen chinesische Finanzinstitute. Unternehmen in den Partnerländern der USA dürften stärker unter Druck geraten, sich ebenfalls vom chinesischen Markt abzukoppeln und zu deinvestieren. Bei einem Handelskrieg mit den USA wird China vermutlich seine Überkapazitäten vermehrt nach Europa oder woandershin exportieren. Davon könnten jene Staaten profitieren, denen es gelingt, die Exportabhängigkeit Chinas zu ihrem Vorteil zu nutzen. Andere Staaten könnten sich gezwungen sehen, Markteintrittsbarrieren zum Schutz ihres Marktes zu erhöhen, wie es Anfang 2025 bereits mit den Strafzöllen der EU auf die Einfuhr von elektrischen Fahrzeugen geschehen ist.

**09** „Zollkriege, Handelskriege und Technologiekriege verstoßen gegen den historischen Trend und die wirtschaftlichen Gesetze, und es wird Gewinner geben“, sagte Xi etwa am 10. 12. 2024 im chinesischen Staatsfernsehen.

## UNSICHERHEIT IM INDOPAZIFIK

Mit Sorge blickt Beijing auch auf die Außen- und Sicherheitspolitik Trumps im Indopazifik. Einerseits könnten die „China-Falken“ im US-Kabinett eine (noch) härtere Politik gegenüber China vorantreiben und etwa die US-Präsenz im Südchinesischen Meer verstärken. Der neue US-Verteidigungsminister Pete Hegseth sagte Anfang März 2025 diesbezüglich, dass die USA ihr Militär aufrüsten würden, um China abzuschrecken, denn: „Wer sich nach Frieden sehnt, muss sich auf Krieg vorbereiten.“<sup>10</sup> Trump könnte die Zusammenarbeit mit Partnern wie Indien und Japan – zu deren Regierungschefs Narendra Modi und Shinzō Abe er während seiner ersten Amtszeit sehr gute persönliche Beziehungen pflegte – weiter vertiefen, ebenso mit den Philippinen. So könnte sich die Volksrepublik in den kommenden Jahren einer erstarkenden Anti-China-Allianz gegenübersehen.

Andererseits hatte Trump im Wahlkampf auch betont, dass er mehr finanzielle Gegenleistungen für das amerikanische Engagement von jenen Partnern erwartet, die bisher vom Schutz der USA profitiert haben und weiterhin davon profitieren wollen. Im Mittelpunkt der US-Sicherheitspolitik steht die Durchsetzung nationaler Interessen. Bisher ist jedoch ungewiss, mit welcher Höhe der finanziellen Gegenleistungen die Verbündeten wie Japan oder Südkorea rechnen müssen. Beijing muss befürchten, dass die amerikanischen Waffenexporte nach Japan, Südkorea oder Taiwan ansteigen werden und diese wie auch andere Staaten unter dem Druck Washingtons stehen, sich wirtschaftlich von China abzukoppeln. Eine Trump-Administration, die unter den Verbündeten über das US-Allianzsystem Zweifel sät, könnte die Länder in der Umgebung Chinas zu dem Schluss führen, sich eigenständig aufrüsten zu müssen. In Südkorea unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung bereits eine nukleare Aufrüstung, die das Land auch ohne den Schutz der USA gegen Nordkorea verteidigungsfähig machen soll.<sup>11</sup>

**10** U.S. Department of Defense, DOD News, Defense Secretary Discusses Security at Home, Abroad Ahead of Border Visit, 5. 3. 2025, [www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/4105309/defense-secretary-discusses-security-at-home-abroad-ahead-of-border-visit](https://www.defense.gov/News/News-Stories/Article/Article/4105309/defense-secretary-discusses-security-at-home-abroad-ahead-of-border-visit) (eigene Übersetzung).

**11** Vgl. Kim Seung-yeon, 66 Pct of S. Koreans Support Developing Nuclear Weapons: Poll, 27. 6. 2024, <https://en.yna.co.kr/view/AEN20240627011200315>.

## CHANCEN FÜR CHINA

Die besondere Aufmerksamkeit Beijings gilt Taiwan, dessen „Wiedervereinigung“ mit der Volksrepublik eisernes Ziel der Xi-Führung ist. Die Inselrepublik ist in hohem Maße vom politischen Willen in den USA abhängig, weiterhin als Schutzmacht Taiwans zu agieren und es entsprechend zu unterstützen.<sup>12</sup> Viele Taiwaner befürchten, dass die Unterstützung aus Washington abnehmen wird, was Beijing darin bestärken könnte, eine gewaltsame Einnahme der Insel einzuleiten. Trump hatte Taiwan bereits im Juli 2024 in einem Interview dazu aufgefordert, mehr in die nationale Verteidigung zu investieren und in diesem Kontext auch mehr Waffen aus den USA zu kaufen.<sup>13</sup> Dazu ist die taiwanische Regierung durchaus bereit. Taipeh plant, ein großes Paket amerikanischer Waffen anzuschaffen, darunter das Waffensystem „Aegis“ für Kriegsschiffe, um der Regierung Trump zu zeigen, dass es bereit ist, die eigenen Verteidigungsanstrengungen gegen China zu erhöhen.<sup>14</sup>

Allerdings ist es unrealistisch, dass Taiwan sein Verteidigungsbudget auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht, wie Trump es gefordert hatte. Taipeh verlässt sich zwar weitgehend darauf, dass die starke überparteiliche Unterstützung für Taiwan auch unter Trump anhalten wird, muss aber womöglich mehr Überzeugungsarbeit in Washington leisten, um das amerikanische Engagement zu erhalten. China könnte beide Szenarien – mehr oder weniger US-Unterstützung für Taiwan – nutzen, um den militärischen Druck auf die Insel zu erhöhen. 2024 war bereits das Jahr mit den größten chinesischen Militärmanövern in der Taiwanstraße, und die militärischen Übungen gehen 2025 unvermindert weiter. In der komplexen Dynamik der drei Akteure China, USA und Taiwan ist zu befürchten, dass unter der zweiten Trump-Regierung die Friktionen nur wachsen und Eskalationen wahrscheinlicher werden.

**12** Die informelle, auch militärische, Unterstützung der USA für Taiwan ist im „Taiwan Relations Act“ von 1979 geregelt.

**13** Vgl. Helen Davidson, *Trump Says Taiwan Should Pay the US for Its Defence as „It Doesn't Give Us Anything“*, 17.7.2024, [www.theguardian.com/world/article/2024/jul/17/donald-trump-taiwan-pay-us-defence-china-national-convention](http://www.theguardian.com/world/article/2024/jul/17/donald-trump-taiwan-pay-us-defence-china-national-convention).

**14** Vgl. Demetri Sevastopulo/Kathrin Hille, *Taiwan Considers Big US Defence Purchases as Overture to Donald Trump*, 11.11.2024, [www.ft.com/content/7b218d0f-31dc-4b74-b993-797388767b85](http://www.ft.com/content/7b218d0f-31dc-4b74-b993-797388767b85).

Die enorme Unsicherheit in der Konfliktodynamik zwischen den USA und China dürfte nicht im chinesischen Interesse sein, insbesondere aufgrund des steigenden Risikos einer wirtschaftlichen oder gar militärischen Eskalation. Die US-Administration unter den Demokraten hatte auf multilaterale Formate gesetzt und darauf, in Koordination und Kooperation mit Partnern Lösungen für Konflikte und globale Probleme zu suchen. Unter der zweiten Trump-Regierung droht eine Politik des unilateralen Handelns und ein Rückzug der USA aus multilateralen Formaten, von denen sie sich keine unmittelbaren Vorteile verspricht. Eine Abkehr von Bidens partnerschaftlich-orientiertem Ansatz wird es weitaus schwieriger machen, globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der derzeit unzureichenden internationalen Rüstungskontrolle zu begegnen.

Das gilt einerseits auch für China, andererseits könnte sich die Volksrepublik gegenüber anderen Staaten als alternativer Partner zu den USA präsentieren. Je mehr Zölle die USA etwa verhängen, desto mehr kann sich China als der zuverlässigere Handelspartner anbieten. Die massiven Kürzungen der amerikanischen Entwicklungshilfe beispielsweise schaffen ein Vakuum, in das China vordringen könnte. Für China bietet sich somit die Chance, die finanziellen und machtpolitischen Lücken dort auszufüllen, wo es einen Nutzen darin sieht, die USA als *soft power* in Drittstaaten und in internationalen Organisationen zu ersetzen. Den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen könnte China ebenfalls als Chance nutzen und versuchen, eine führende Rolle in der Klimadiplomatie einzunehmen. Im Systemwettbewerb mit den USA wäre dies ein Gewinn für China. Dem chinesischen US-Experten Wang Wen zufolge habe Trump unter chinesischen Internetnutzern bereits den Spitznamen *Chuan Jianguo*, was „Mach China großartig“ bedeute – weil er mit seiner *America-First*-Politik unwissentlich und unbeabsichtigt China stärke.<sup>15</sup>

Die chinesische Regierung dürfte Trumps zweite Amtszeit auch dazu nutzen, die Risse im Lager der liberalen Demokratien zu vertiefen und

**15** Vgl. Wang Wen, *Trump 2.0: The View from China*, 6.3.2025, [www.counterpunch.org/2025/03/06/trump-2-0-the-view-from-china](http://www.counterpunch.org/2025/03/06/trump-2-0-the-view-from-china).

es weiter zu spalten. Sollte die Trump-Administration etwa die US-Unterstützung der Ukraine tatsächlich auch langfristig drastisch reduzieren, böte das daraus folgende transatlantische Zerwürfnis für Beijing eine Gelegenheit, einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union stärker in Richtung strategischer Autonomie zu drängen. Aus der Sicht Chinas bedeutet mehr Distanz zu den USA immer auch die Chance zu verbesserten Beziehungen zur Volksrepublik.

Schließlich könnte sich China auch die Chance bieten, mit der Trump-Administration – möglicherweise vermittelt durch Elon Musk – zu einem umfassenden Abkommen zu kommen, also zu einer Vereinbarung, die nicht nur Fentanyl-, Handels- und Wirtschaftsfragen betrifft, sondern auch die Sicherheitsangelegenheiten und -interessen beider Staaten. In einem solchen *grand bargain* könnte China den Forderungen der USA in den Bereichen Handel, Investitionen und Technologien nachgeben, und im Gegenzug könnte die Trump-Administration der chinesischen Regierung signalisieren, dass die Vereinigten Staaten der Volksrepublik künftig mehr geopolitischen Raum im Indopazifik zugestehen werden. Ein solcher „großer Deal“ könnte nur zulasten Dritter gehen, in erster Linie vermutlich Taiwan, sollte Washington die Zusage widerrufen, Taiwan gegen eine chinesische Aggression zu verteidigen. Aber auch andere Verbündete und Partner der USA müssten befürchten, dass ihre Sicherheit für die zweite Trump-Administration weniger wichtig ist. Ihnen droht eine Aufteilung der Welt in Einflusszonen der Großmächte, in der China eine Führungsposition im Indopazifik innehat und dafür die US-Dominanz in anderen Weltregionen akzeptiert.

Derzeit erscheint ein solcher *grand bargain*, in dem die USA und China zu einer gemeinsamen Vision für die künftige Gestaltung ihrer Beziehungen und der Welt kommen, unwahrscheinlich. Denn zum einen herrscht in den USA weiterhin ein parteiübergreifender Konsens darüber, die Volksrepublik als Gegner zu betrachten, zum anderen werden Chinas macht- und sicherheitspolitische Interessen die USA auch künftig herausfordern.

**16** Vgl. Dewey Sim, China-US Grand Bargain Not on Horizon but Small Deals Within Reach: Analysts, 21.3.2025, [www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3303395/china-us-grand-bargain-not-horizon-small-deals-within-reach-analysts](http://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3303395/china-us-grand-bargain-not-horizon-small-deals-within-reach-analysts).

**17** Graham Allison, Is Trump a China Hawk?, 6.2.2025, [www.washingtonpost.com/opinions/2025/02/05/trump-china-ukraine-xi-hawks-doves/](http://www.washingtonpost.com/opinions/2025/02/05/trump-china-ukraine-xi-hawks-doves/) (eigene Übersetzung).

Die Systemgegensätze bleiben so lange bestehen, bis zumindest eine der Konfliktparteien zu einer veränderten Position der eigenen Kerninteressen kommt. Wahrscheinlicher ist daher die Verhandlung kleinerer spezifischer Abkommen zu Handelsfragen oder der Fentanyl-Krise.<sup>16</sup>

Ein grundsätzlicher Bruch mit der bisherigen, eher konfrontativen Chinapolitik der USA sollte dennoch nicht ganz ausgeschlossen werden: Der amerikanische Politikwissenschaftler Graham Allison hält es etwa für denkbar, dass Trump „eine völlig andere Ansicht zum Umgang mit China – und insbesondere mit Xi – vertreten könnte als der derzeitige Konsens der etablierten Republikaner und Demokraten“.<sup>17</sup>

#### ANGELA STANZEL

ist promovierte Sinologin und Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Asien der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

## Call for Contributions

**Beiträge gesucht zum Thema  
„KI in der politischen Bildung“**

Fachtag der anerkannten Träger  
der politischen Bildung

**23. bis 24. September 2025  
in Köln**

Mehr Infos unter:



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. Mai 2025

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel  
Julia Heinrich  
Sascha Kneip  
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Leontien Potthoff (Volontärin)  
Luise Römer  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung

„DAS PARLAMENT“ ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.

Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe  
21/2025, 17. Mai 2025

QUEER



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)